



Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Grevesmühlen, Nr: SI/12HA/2010/02

Sitzungstermin: Dienstag, 01.06.2010, 16:30 Uhr

Ort, Raum: Rathaus, Rathausplatz 1, 23936 Grevesmühlen, Beratungsraum Haus 1
EG

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|------------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Einwohnerfragestunde | |
| 3 | Bestätigung der Tagesordnung | |
| 4 | Billigung der Sitzungsniederschrift vom 09.03.2010 | |
| 5 | Wahl der 1. Stadträtin/des 1. Stadtrates | VO/12SV/2010-040 |
| 6 | Wahl der 2. Stadträtin/des 2. Stadtrates | VO/12SV/2010-041 |
| 7 | Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung (Benutzungssatzung KITA) | VO/12SV/2010-026 |
| 8 | Neufassung der Gebührensatzung zur Unterbringung der Obdachlosen der Verwaltungsgemeinschaft Grevesmühlen | VO/12SV/2010-027 |
| 9 | Abschluss eines Leasingvertrages für eine Kehrmaschine | VO/12SV/2010-029 |
| 10 | Information zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für die Stadt Grevesmühlen | VO/12SV/2010-030 |
| 11 | Konzept Badeanstalt Plogensee | VO/12SV/2010-031 |
| 12 | Beschluss der Ergänzung zum Wärmeliefervertrag für den Rathausblock vom 01.04.1998 | VO/12SV/2010-032 |
| 13 | Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.33 der Stadt Grevesmühlen "Wohnbebauung Karl-Marx-Straße" hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss | VO/12SV/2010-033 |
| 14 | Beschluss einer außerplanmäßigen Ausgabe auf der Haushaltsstelle 0397 0000 | VO/12SV/2010-042 |
| 15 | Anfragen und Mitteilungen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----|--|------------------|
| 16 | Verkauf des Flurstückes 300 der Flur 8 Gemarkung Grevesmühlen | VO/12SV/2010-028 |
| 17 | Bestätigung der Eilentscheidung des Bürgermeisters zum Vergabebeschluss Neubau Radweg an der L 02 Grevesmühlen nach Warnow | VO/12SV/2010-034 |
| 18 | Verkauf eines Gewerbegrundstückes in der Flur 16 der Gemarkung Grevesmühlen (Gewerbegebiet Nordwest - Anbindung Klärwerk) | VO/12SV/2010-035 |
| 19 | Verkauf eines Gewerbegrundstückes in der Flur 12 der Gemarkung Grevesmühlen (Gewerbegebiet Südl. Kapellenberg) | VO/12SV/2010-036 |
| 20 | Beschluss zur Vergabe der Breitbandversorgung für die Ortsteile Barendorf, Hoikendorf, Everstorf und Hamberge | VO/12SV/2010-037 |
| 21 | Anfragen und Informationen | |

Öffentlicher Teil

- | | |
|----|---|
| 22 | Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse |
|----|---|

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/12SV/2010-040				
Federführender Geschäftsbereich: Hauptamt	Status: öffentlich Aktenzeichen: Datum: 19.05.2010 Verfasser:				
Wahl der 1. Stadträtin/des 1. Stadtrates					
Beratungsfolge:					
Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
01.06.2010	Hauptausschuss				
14.06.2010	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung wählt lt. § 40 (1) der Kommunalverfassung
die 1. Stadträtin/den 1. Stadtrat.

1. Stadtrat

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Sachverhalt:

Die bisherige 1. Stadträtin, Frau Margarete Steffen, tritt mit Wirkung vom 01.06.2010 in die Freiphase der Altersteilzeit.

Damit entfällt die Voraussetzung für dieses Amt nach § 40 Abs. 3 der Kommunalverfassung MV.

Entsprechend ist die 1. Stadträtin / der 1. Stadtrat neu zu wählen.

Information zum Einfluss dieser Entscheidung auf Leitbilder							
Leitbild 1	Leitbild 2	Leitbild 3	Leitbild 4	Leitbild 5	Leitbild 6	Leitbild 7	Leitbild 8

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/12SV/2010-041				
Federführender Geschäftsbereich: Hauptamt	Status: öffentlich				
	Aktenzeichen:				
	Datum: 19.05.2010				
	Verfasser:				
Wahl der 2. Stadträtin/des 2. Stadtrates					
Beratungsfolge:					
Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
01.06.2010	Hauptausschuss				
14.06.2010	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung wählt lt. § 40 (1) der Kommunalverfassung
die 2. Stadträtin/den 2. Stadtrat.

2. Stadtrat:

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Sachverhalt:

Für den Fall, dass die bisherige 2. Stadträtin, Frau Kristine Lenschow mit der notwendigen Neubesetzung des Amtes der 1. Stadträtin / des 1. Stadtrates zur 1. Stadträtin gewählt wird, macht sich auch für das Amt der 2. Stadträtin/ des 2. Stadtrates eine Neuwahl erforderlich.

Information zum Einfluss dieser Entscheidung auf Leitbilder							
Leitbild 1	Leitbild 2	Leitbild 3	Leitbild 4	Leitbild 5	Leitbild 6	Leitbild 7	Leitbild 8

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/12SV/2010-026				
Federführender Geschäftsbereich: Hauptamt	Status: öffentlich Aktenzeichen: Datum: 07.04.2010 Verfasser: Wulff, Manuela				
Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung (Benutzungssatzung KITA)					
Beratungsfolge:					
Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
11.05.2010	Kultur- und Sozialausschuss				
01.06.2010	Hauptausschuss				
14.06.2010	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung Grevesmühlen beschließt die Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung (Benutzungssatzung KITA) in beiliegender Fassung.

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Sachverhalt:

Diese Satzung berücksichtigt die am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung vom 3. Januar 2005 (OZ 01/2005).

Im Zusammenhang der Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit wurde der Inhalt der Satzung vollständig aufgeführt. Einige Passagen, die bisher auszugsweise aus dem Kindertagesförderungsgesetz (KiföG M-V) aufgeführt waren, wurden aus dem vorliegenden Satzungsentwurf gestrichen. Die in diesem Entwurf blau gekennzeichneten Ausführungen dienen der Konkretisierung, Änderung bzw. Erläuterung oder Ergänzung.

zu § 1 (1):

Diese Änderung ist bedingt durch die Schließung der städtischen Kindertageseinrichtung „Hummelland“, Maxim Gorki Straße 3 in Grevesmühlen zum 1. September 2008. Die Stadt Grevesmühlen (Stadt GVM) betreibt ab diesem Zeitpunkt nur noch die Kindertageseinrichtung „Am Lustgarten“, Am Lustgarten 24 - 26“, in Grevesmühlen mit insgesamt drei Gebäuden.

zu § 1 (6) und § 5:

Die stundenweise Betreuung von Gastkindern wurde bereits im März 2010 als zusätzliches Angebot in die Gebührensatzung KITA neu mit aufgenommen. Hier ist die künftige formale Verwaltung dieses Angebotes geregelt. Diese soll möglichst zeitnah vor Ort, einfach und unkompliziert sein.

Anhand der Auslastung der Plätze und der aktuellen Personalsituation kann die Leiterin künftig selbst über eine befristete Aufnahme entscheiden.

Der Landkreis Nordwestmecklenburg hält für solche Bedarfe leider keine Angebote vor. Das zusätzliche Angebot soll unter anderem die Personensorgeberechtigten bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützen und auch mit zur Kostendeckung der Einrichtung beitragen.

zu § 2 (5):

Auf Wunsch des Elternrates wurde diese Festlegung weiter konkretisiert.

Zur Wiederaufnahme eines erkrankten Kindes soll künftig von den Sorgeberechtigten in jedem Fall ein ärztliches Attest vorgelegt werden. Damit soll einer Selbstbehandlung durch Eltern oder auch eine vorzeitige Aufnahme eines noch nicht vollständig genesenen Kindes vorgebeugt werden. In der Vergangenheit kam es sehr häufig durch unverantwortliches und rücksichtsloses Verhalten einiger Sorgeberechtigten zur gesundheitlichen Gefährdung anderer Kinder in der Einrichtung. Das Betreuungspersonal kann künftig in solchem Falle die Wiederaufnahme bezugnehmend auf diese Satzung verwehren.

zu § 3 (2):

Um außerhalb der festgelegten Frist von der Gebührenpflicht der Kindertagesbetreuung befreit zu werden, muss die zeitgleiche Neubelegung des Platzes gesichert sein. Eine Anpassung des Personals ist bei der Kürze der Abmeldefrist arbeitsrechtlich nicht möglich. Da die Stadt Grevesmühlen bereits die Elterngebühren monatlich großzügig stützt, sollte dem wirklich nur bei zeitgleicher Neubelegung des Platzes stattgegeben werden.

zu § 4 (1):

Aufgrund von angezeigten Betreuungsbedarfen im Februar 2010 werden die Öffnungszeiten der drei Gebäude der Einrichtung „Am Lustgarten“, Am Lustgarten 24- 26 ab 1. April 2010 täglich gestaffelt von 6.30 bis 18.00 Uhr wie folgt angeboten:

Haus Nr. 24	(Hort)	11.30 – 16.30 Uhr	
Haus Nr. 25	(KK, Kiga)	06.30 – 16.30 Uhr	
Haus 26	(Hort)	12.00 – 18.00 Uhr	sowie
<i>gemeinsamer Spätdienst</i>		<i>16.30 – 18.00 Uhr</i>	<i>für KK, Kiga, Hort im Haus 26</i>

Durch die Staffelung muss kein Gebäude zusätzlich über die Stunden der Ganztagsbetreuung (KK, Kiga = 10 Stunden und Hort = 6 Stunden) geöffnet werden. Mehrkosten für Eltern und Träger können so vermieden werden.

zu § 4 (3):

Durch die Schließung der Kita „Hummelland“ kann in keine andere eigene Kita der Stadt Grevesmühlen wie bisher eine ausweichende Betreuung bei Schließtagen angeboten werden. Eine ersatzlose Betreuung von Kindern aus dem Krippen- und Kindergartenbereich bei Schließtagen der Kindertageseinrichtung in den Sommerferien entspricht in Verbindung mit der schnelllebigen und flexiblen Arbeitsmarktentwicklung unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht mehr dem aktuellen Bedarf. Bereits 2009 wurde hierauf reagiert und eine Betreuung für diejenigen Eltern angeboten, die in dieser Zeit keine Freistellung/Urlaub in Anspruch nehmen konnten. Die Verwaltung empfiehlt dies auch künftig bei zu behalten.

Die vorliegende Fassung lag dem Elternrat der Kindertageseinrichtung „Am Lustgarten 24-26“ in Grevesmühlen am 09. April 2010 vor.

Die Verwaltung empfiehlt der Stadtvertretung die Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung in der beiliegenden Fassung zu beschließen.

Anlage/n:

- Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung (Benutzungssatzung KITA)
- Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung vom 3. Januar 2005 (OZ 01/2005)

**Satzung der Stadt Grevesmühlen
zur Kindertagesförderung
(Benutzungssatzung KITA)
vom2010**

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juni 2004 (GVOBl. M-V S. 205), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (GVOBl. M-V S. 687,719) geändert worden ist, sowie der §§ 17 bis 21 des Kindertagesförderungsgesetzes (KiföG M-V) vom 1. April 2004 (GVOBl. M-V S. 146) zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2008 (GVOBl. M-V S. 295) wird nach Beschluss der Stadtvertretung vom 2010 nachfolgende Satzung zur Kindertagesförderung erlassen:

**Präambel
Ziele und Aufgaben der Kindertagesförderung**

Die Ziele und Aufgaben der Förderung in Kindertageseinrichtungen sind verankert im Gesetz zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege (Kindertagesförderungsgesetz – KiföG M- V).

**§ 1
Träger, Rechtsform, Grundsätze**

- (1) Die Stadt Grevesmühlen unterhält folgende öffentlich-rechtliche Kindertageseinrichtung:

Kindertageseinrichtung „Am Lustgarten“, Am Lustgarten 24 – 26, in 23936 Grevesmühlen.
- (2) In der Kinderkrippe werden Kinder ab dem 3. Monat bis zum Beginn des Monats, indem sie das dritte Lebensjahr vollenden, gefördert.
- (3) Im Kindergarten werden Kinder vom Beginn des Monats, indem sie das dritte Lebensjahr vollenden, bis zum Schuleintritt gefördert.
- (4) Im Hort werden Kinder vom Schuleintritt bis zum Ende der Grundschule gefördert.
- (5) Eine Förderung von Tagespflegeverhältnissen erfolgt durch die Stadt Grevesmühlen nach § 6 KiföG M-V i.V.m. § 3 Abschnitt D der Richtlinien des Landkreises Nordwestmecklenburgs zur Ausgestaltung des KiföG M- V.

- (6) Eine stundenweise Betreuung ist in der Kinderkrippe, im Kindergarten und im Hort als Gastkind möglich. Über die Bewilligung einer stundenweisen Betreuung entscheidet die Leiterin entsprechend den vorhandenen Platzkapazitäten und personellen Möglichkeiten.
- (7) Für die Inanspruchnahme der Kindertageseinrichtung werden mittels Bescheid Gebühren entsprechend der jeweils geltenden Gebührensatzung erhoben.
- (8) Es gilt die erlassene Hausordnung für die Einrichtung.

§ 2 Aufnahme des Kindes

- (1) Bei Bestätigung des objektiven Bedarfes durch den Landkreis Nordwestmecklenburg können Personensorgeberechtigte bei der Stadt Grevesmühlen eine Betreuung in der städtischen Kindertageseinrichtung beantragen. Im Rahmen der Platzkapazität der Einrichtung wird eine Betreuungsvereinbarung geschlossen, die den Beginn der Betreuung und die tägliche Inanspruchnahme des Betreuungsplatzes festlegt.
- (2) Die Aufnahme des Kindes erfolgt in der Regel zum 1. des Monats.
- (3) Die Personensorgeberechtigten müssen vor Aufnahme des Kindes grundsätzlich beibringen:
 - den Bescheid bzw. Änderungsbescheid des Landkreises Nordwestmecklenburgs auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung,
 - die von ihnen unterzeichnete Betreuungsvereinbarung,
 - eine ärztliche Bescheinigung (nicht älter als eine Woche) über die gesundheitliche Eignung des Kindes zum Besuch einer Kindertageseinrichtung, einschließlich des Nachweises über den Erhalt der letzten Impfung,
 - die Bestätigung der zuständigen Gemeinde, in der das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, über die anteilige finanzielle Beteiligung an den Kosten des Betreuungsplatzes der betreffenden Kindertageseinrichtung,
- (4) Zur Wiederaufnahme des Kindes **nach Erkrankung** ist **grundsätzlich** eine ärztliche Bescheinigung erforderlich. Besondere, beim Kind oder in der Familie, auftretende ansteckende Krankheiten sind der Kindertageseinrichtung sofort zu melden.

§ 3 Änderung und Beendigung des Betreuungsverhältnisses

- (1) Änderungen bzw. Abmeldungen erfolgen in schriftlicher Form.
- (2) Die Personensorgeberechtigten können unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende die Änderung oder die Aufhebung der Betreuungsvereinbarung beantragen. **Abweichungen sind nur bei zeitgleicher Neubelegung des Platzes möglich.**
- (3) Die Stadt Grevesmühlen kann die Betreuungsvereinbarung aus besonderen Gründen ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn:
 - a.) die Personensorgeberechtigten trotz schriftlicher Mahnung ihre fälligen Elternbeiträge nicht entrichten, bzw. ein Rückstand in Höhe des zweifachen Monatsgebührensatzes besteht;
 - b.) das Kind wiederholt nicht pünktlich abgeholt wird;
 - c.) das Kind spezieller Hilfe bedarf, die die Kindertageseinrichtung trotz erheblicher Bemühungen fachlich nicht leisten kann;
 - d.) wenn das Kind mit Ungeziefer behaftet ist und dieser Zustand trotz Hinweise und Hilfe der Einrichtung wegen mangelnder Mitarbeit der Personensorgeberechtigten nicht beseitigt wird;
 - e.) wenn die Verpflegung des Kindes während des Kitabesuches durch die Personensorgeberechtigten nicht gesichert wird;
 - f.) die Regelungen dieser Satzung grob verletzt werden.

§ 4 Öffnungs- und Betreuungszeiten

- (1) Die Kindertageseinrichtung der Stadt Grevesmühlen ist, außer an gesetzlichen Feiertagen und verfüzten Betriebsferien, montags bis freitags geöffnet:

Kindertageseinrichtung „Am Lustgarten 24 - 26“

Krippe und Kindergarten:	von 6.30 bis 16.30 Uhr.
Hort :	vor Unterrichtsbeginn: von 6.30 bis 7.30 Uhr
	nach Unterrichtsschluss: von 10.30 bis 16.30 Uhr
sowie	von 12.00 bis 18.00 Uhr

Spätbetreuung Krippe, Kindergarten, Hort	von 16.30 bis 18.00 Uhr
gruppenübergreifend im Haus 3 (Nr. 26)	

Hort in Ferien/an unterrichtsfreien Tagen:

Ganztagsbetreuung:	von 7.30 bis 13.30 Uhr
Teilzeitbetreuung:	von 7.30 bis 11.30 Uhr

Bei Mehrbedarf ab 11.30 bzw. 13.30 Uhr kann eine Betreuung **bis 18.00 Uhr** angeboten werden.

Für den Mehrbedarf nach § 5 (3) KiföG M- V ist von den Personensorgeberechtigten eine zusätzlich Gebühr entsprechend der geltenden Gebührensatzung zu entrichten. Diese wird mittels Bescheid erhoben.

- (2) Veränderungen der Öffnungszeiten legt der Träger, unter Einbeziehung des Elternrates, nach bestehendem Bedarf fest.
- (3) Jeweils die **ersten drei Wochen** in den Sommerferien eines Jahres (Betriebsferien nur für Krippe und Kindergarten) und vom 24. Dezember bis zum 31. Dezember eines Jahres ist die Kindertageseinrichtung geschlossen. **In den Betriebsferien kann eine Bedarfsgruppe für die Betreuung von Krippen- und Kindergartenkindern eingerichtet werden.** Die Einrichtung kann in Abstimmung mit dem Elternrat auch an so genannten Brückentagen geschlossen werden. Die Schließzeiten der Einrichtung werden mindestens acht Wochen vorher bekannt gegeben.
- (5) Die Betreuung in der Kindertageseinrichtung richtet sich nach den §§ 4 und 5 des KiföG M-V.

§ 5 Gastkinder

- (1) **Gastkinder, sind Besucherkinder, die die Einrichtung stundenweise besuchen können, wenn es die Situation hinsichtlich der Platz- und Personalauslastung der Einrichtung erlaubt.**
- (2) **Für Gastkinder ist eine vereinfachte und befristete Betreuungsvereinbarung abzuschließen.**

§ 6 Aufsicht

- (1) Die Aufsichtspflicht der Kindertageseinrichtung beginnt mit der Übergabe des Kindes an die Erzieher und endet mit der Übernahme des Kindes durch die Personensorgeberechtigten oder einen Bevollmächtigten. Besucht das Kind selbständig die Kindertageseinrichtung, beginnt die Aufsichtspflicht beim Begrüßen des Kindes durch die Erzieher und endet beim Verabschieden von den Erziehern.
- (2) Die Aufsicht auf dem Weg von und zur Kindertageseinrichtung obliegt den Personensorgeberechtigten. Das Kind darf den Heimweg nur dann allein

antreten, wenn die Personensorgeberechtigten darüber eine schriftliche Erklärung bei der Leitung der Einrichtung abgegeben haben.

- (3) Soll das Kind von einer anderen beauftragten Person abgeholt werden, muss in der Kindertageseinrichtung eine Vollmacht für diese Person schriftlich vorgelegt werden.
- (4) Während des Aufenthaltes in der Kindertageseinrichtung sind die Kinder im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen unfallversichert. Dies gilt für die Hortkinder auch auf dem direkten Weg von und zur Kindertageseinrichtung.
- (5) Zur Sicherstellung einer kurzfristigen Kontaktaufnahme bei unvorhersehbaren Gegebenheiten mit den Personensorgeberechtigten ist jede Änderung (Anschrift, Telefon usw.) der Kindertageseinrichtung unverzüglich mitzuteilen. Für Schäden, die in Folge einer unterlassenen Mitteilung entstehen, haftet die Stadt nicht.

§ 7 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 2010 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung vom 3. Januar 2005 außer Kraft.

Grevesmühlen, den 2010

Jürgen Ditz
Bürgermeister

(Dienstsiegel)

Amtl. Bekanntmachungen

Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung vom 3. Januar 2005

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) i.d.F. der Bekanntmachung vom 8. Juni 2004 (GVBl. M-V S. 205) sowie der §§ 17 bis 21 des Kindertagesförderungsgesetzes (KiföG M-V) vom 1. April 2004 (GVBl. M-V S. 146) hat die Stadtvertretung am 13. Dezember 2004 nachfolgende Satzung zur Kindertagesförderung beschlossen:

Präambel - Ziele und Aufgaben der Kindertagesförderung

Die Kindertageseinrichtungen haben einen eigenständigen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes und die Beratung und Information der Personensorgeberechtigten sind dabei von wesentlicher Bedeutung. Sie ergänzt und unterstützt die Erziehung des Kindes in der Familie und wirkt somit positiv auf die Gesamtentwicklung des Kindes durch allgemeine und gezielte erzieherische Hilfen und Bildungsangebote ein. Aufgabe ist es, dem Kind zur größtmöglichen Selbständigkeit und Eigenaktivität zu verhelfen, seine schöpferischen Kräfte unter Berücksichtigung der individuellen Neigungen und Begabungen zu fördern, die körperlichen und geistigen Fähigkeiten zu entfalten und durch ein breites Angebot von Erfahrungsmöglichkeiten elementare Kenntnisse von der Umwelt zu vermitteln. Durch das Zusammenleben wird die Gemeinschaftsfähigkeit gefördert und allen Kindern gleiche Entwicklungschancen gegeben. Jede Kindertageseinrichtung arbeitet nach einer eigenen Konzeption.

§ 1 - Träger, Rechtsform, Grundsätze

- (1) Die Stadt Grevesmühlen unterhält folgende Kindertageseinrichtungen als öffentlich-rechtliche Einrichtungen:
 - Kindertageseinrichtung "Hummerland", Maxim Gorki Straße 3, mit dem Aufnahmealter ab dem 3. Monat bis zum Schuleintritt;
 - Kindertageseinrichtung "Am Lustgarten", Am Lustgarten 24 - 25, mit dem Aufnahmealter ab dem 3. Monat bis Ende des Besuches der Grundschule.
- (2) Für jedes Kind, dessen Hauptwohnsitz die Stadt Grevesmühlen ist, können die Personensorgeberechtigten einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung beantragen.
- (3) Im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten können Kinderbetreuungsplätze auch für Kinder aus anderen Gemeinden bereitgestellt werden, sofern die Übernahme der Ausgleichszahlung für die entfallenden Betriebskosten, die Anspruchsvoraussetzungen nach dem KiföG M-V und die Auslastung der Einrichtung dies zulässt.
- (4) In Krippen werden Kinder bis zum Beginn des Monats, indem sie das dritte Lebensjahr vollenden, gefördert.
- (5) In Kindergärten werden Kinder vom Beginn des Monats, indem sie das dritte Lebensjahr vollenden, bis zum Schuleintritt gefördert.
- (6) Die Hortbetreuung beginnt mit dem Schuleintritt bis zum Ende der Grundschule, in begründeten Ausnahmefällen bis zum Ende der Orientierungsstufe.
- (7) Ein Jahr vor Eintritt in die Schule haben die Kinder Anspruch auf eine zielgerichtete Vorbereitung auf die Schule.
- (8) Eine Förderung von Tagespflegeverhältnissen erfolgt durch die Stadt Grevesmühlen nach § 6 KiföG M-V i.V.m. § 3 Abschnitt D der Richtlinien des Landkreises Nordwestmecklenburg zur Ausgestaltung des KiföG M-V.
- (9) Für die Inanspruchnahme der Kindertageseinrichtungen werden mittels Bescheid Gebühren entsprechend der jeweils geltenden Gebührenordnung erhoben.
- (10) Es gelten die erlassenen Hausordnungen für die einzelnen Einrichtungen.

§ 2 - Aufnahme des Kindes

- (1) Personensorgeberechtigte zeigen ihren Bedarf auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung dem Landkreis Nordwestmecklenburg als örtlich zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in der Regel mindestens drei Monate vor Beginn der Förderung schriftlich an. Dabei sind Arbeitszeitbescheinigungen des Arbeitgebers bzw. eine Bestätigung der Agentur für Arbeit beizufügen. Gleichzeitig ist der Stadt Grevesmühlen der Betreuungsbedarf schriftlich zu melden.
- (2) Nach Prüfung des objektiven Bedarfs durch den Landkreis Nordwestmecklenburg als örtlich zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wird im Rahmen der Platzkapazität der Einrichtung mit der Stadt Grevesmühlen eine Betreuungsvereinbarung geschlossen, die den Beginn und den zeitlichen Umfang der Betreuung festlegt.
- (3) Die Aufnahme des Kindes erfolgt in der Regel zum 1. des Monats.
- (4) Die Personensorgeberechtigten müssen bei Erlaubnisnahme des Kindes folgende Unterlagen beibringen:
 - den Bescheid des Landkreises Nordwestmecklenburgs auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung;
 - die von ihnen unterzeichnete Betreuungsvereinbarung;
 - eine ärztliche Bescheinigung (nicht älter als eine Woche) über die gesundheitliche Eignung des Kindes zum Besuch einer Kindertagesstätte, einschließlich des Nachweises über den Erhalt der letzten Impfung;
 - die Bestätigung der zuständigen Gemeinde, in der das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, über die anteilige finanzielle Beteiligung an den Kosten der Betreuungskosten der betreffenden Kindertageseinrichtung.
- (5) Besonders, wenn das Kind oder in der Familie, auftretende ansteckende Krankheiten sind der Kindertageseinrichtung sofort zu melden. Zur Wiederaufnahme des Kindes ist eine ärztliche Bescheinigung erforderlich.

§ 3 - Änderung und Beendigung des Betreuungsverhältnisses

- (1) Änderungen bzw. Abmeldungen erfolgen in schriftlicher Form.
- (2) Die Personensorgeberechtigten können unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende die Änderung oder die Aufhebung der Betreuungsvereinbarung beantragen. Verkürzte Abmeldefristen sind möglich, wenn wichtige Gründe z.B. Wegzug, Arbeitslosigkeit o.ä. geltend gemacht werden.

- (3) Die Stadt Grevesmühlen kann die Betreuungsvereinbarung aus besonderen Gründen ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn:
 - a.) die Personensorgeberechtigten trotz schriftlicher Mahnung ihre fälligen Elternbeiträge nicht entrichten, bzw. ein Rückstand in Höhe des zweifachen Monatsgebührensatzes besteht;
 - b.) das Kind wiederholt nicht pünktlich abgeholt wird;
 - c.) das Kind spezieller Hilfe bedarf, die die Kindertageseinrichtung trotz erheblicher Bemühungen fachlich nicht leisten kann;
 - d.) wenn das Kind mit Ungezieler behaftet ist und dieser Zustand trotz Hinweise und Hilfe der Einrichtung wegen mangelnder Mitarbeit der Personensorgeberechtigten nicht beseitigt wird;
 - e.) wenn die Verpflegung des Kindes während einer Ganztagsbetreuung durch die Personensorgeberechtigten nicht gesichert wird;
 - f.) die Regelungen dieser Satzung grob verletzt werden.

§ 4 - Öffnungs- und Betreuungszeiten

- (1) Die Kindertageseinrichtungen der Stadt Grevesmühlen sind, außer an gesetzlichen Feiertagen und verfügbaren Betriebsferien, montags bis freitags in der Regel wie folgt geöffnet:

Kindertageseinrichtung "Hummerland":	von 07.00 bis 17.00 Uhr
Kindertageseinrichtung "Am Lustgarten":	
- Haus Nr. 24 (nur Hart):	von 10.30 bis 16.30 Uhr
- in Ferien/schulfreien Tagen:	von 07.30 bis 13.30 Uhr
- Haus Nr. 25:	von 06.30 bis 16.30 Uhr

 Veränderungen der Öffnungszeit legt der Träger, unter Einbeziehung des Elternrates, nach bestehendem Bedarf fest. Dabei werden der Wohl der Kinder und die Belange der Personensorgeberechtigten ebenso berücksichtigt, wie der örtliche Bedarf und die Möglichkeiten der Einrichtung. Dasselbe gilt für die Öffnungszeiten in den Schulfreien.
- (2) Ein erhöhter Bedarf an Hortförderung, der sich während der Schulfreien auf Grund des Wegfalls der Unterrichtszeiten ergibt, ist durch die Personensorgeberechtigten dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und dem Einrichtungsträger unverzüglich anzuzeigen. Für den Mehrbedarf ist von den Personensorgeberechtigten eine zusätzlich Gebühr entsprechend der geltenden Gebührenordnung zu entrichten. Diese wird mittels Bescheid erhoben.
- (3) Jeweils drei Wochen in den Sommerferien eines Jahres und vom 24. Dezember bis zum 31. Dezember eines Jahres ist nur eine Kindertageseinrichtung geöffnet, die in dieser Zeit den nachgewiesenen Bedarf an Betreuung absichert. Die Kindertageseinrichtungen können auch an sogenannten Brückentagen geschlossen werden.
- (4) Die Schließzeiten der betreffenden Einrichtungen werden mindestens acht Wochen vorher bekannt gegeben.
- (5) Die Betreuung in den Kindertageseinrichtungen richtet sich nach den §§ 4 und 5 des KiföG M-V:
 - Ganztagsförderung bis zu 10 Stunden täglich;
 - Teilzeitförderung bis zu 6 Stunden täglich (bis spätestens 14.00 Uhr);
 - Hort:
 - Ganztagsförderung außerhalb der Unterrichtszeiten bis zu 6 Stunden täglich;
 - Teilzeitförderung außerhalb der Unterrichtszeiten bis zu 3 Stunden täglich.

Bei Vorliegen wichtiger Gründe können auf Antrag der Personensorgeberechtigten Ausnahmen von den Regelungen der Teilzeitförderung für Krippen und Kindergärten vereinbart werden. Dabei sollen insbesondere Arbeitszeitregelungen Berücksichtigung finden.

§ 5 - Aufsicht

- (1) Die Aufsichtspflicht der Kindertageseinrichtung beginnt mit der Übergabe des Kindes an die Erzieher und endet mit der Übernahme des Kindes durch die Personensorgeberechtigten oder einen Bevollmächtigten. Besucht das Kind selbstständig die Kindertageseinrichtung, beginnt die Aufsichtspflicht beim Begrüßen des Kindes durch die Erzieher und endet beim Verabschieden von den Erziehern.
- (2) Die Aufsicht auf dem Weg von und zur Kindertageseinrichtung obliegt den Personensorgeberechtigten. Das Kind darf den Heimweg nur dann allein antreten, wenn die Personensorgeberechtigten darüber eine schriftliche Erklärung bei der Leihung der Einrichtung abgegeben haben.
- (3) Soll das Kind von einer anderen beauftragten Person abgeholt werden, muss in der Kindertageseinrichtung eine Vollmacht für diese Person schriftlich vorgelegt werden. Diese Vollmacht ist bei Veränderungen zu aktualisieren.
- (4) Während des Aufenthaltes in der Kindertageseinrichtung sind die Kinder im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen unfallversichert. Dies gilt für die Hortkinder auch auf dem direkten Weg von und zur Kindertageseinrichtung.
- (5) Zur Sicherstellung einer kurzfristigen Kontaktaufnahme bei unvorhersehbaren Gegebenheiten mit den Personensorgeberechtigten soll jede Änderung (Anschrift, Telefon usw.) der Kindertageseinrichtung unverzüglich mitgeteilt werden. Für Schäden, die in Folge einer unterlassenen Mitteilung entstehen, haftet die Stadt nicht.

§ 6 - In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am 1. Januar 2005 rückwirkend in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Grevesmühlen über die Benutzung und die Erhebung von Benutzungsgebühren in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Grevesmühlen vom 13. Dezember 2001 außer Kraft.

Grevesmühlen, den 3. Januar 2005

Jürgen Ditz, Bürgermeister

(Dienststempel)

Sowohl beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese gemäß § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern nach Ablauf eines Jahres seit dieser öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Einschränkung gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften.

**Empfehlung zu dem TOP "Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung
(Benutzungssatzung KITA) Beschlussvorlage: VO/12SV/2010-026**

Auszug aus dem Protokoll des Kultur- und Sozialausschusses vom 11.05.2010

zu 5	Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung (Benutzungssatzung KITA) Beschlussvorlage: VO/12SV/2010-026
------	--

**Die Mitglieder des Kultur- und Sozialausschusses empfehlen der Stadtvertretung, die
Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung mit folgenden
Änderungen zu beschließen:**

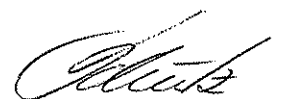
1. Vorschlag Nr. 1 der Vorschläge zur Satzungsänderung der Elternvertretung (Anlage 3) soll mit in die Satzung aufgenommen werden:
§ 2 Abs. 4 "Bei Verdacht auf eine Erkrankung oder Ungezieferbefall sollte der Erzieher den Hinweis auf einen Arztbesuch geben und eine Gesundheitschreibung fordern können."
2. § 4 Abs. 1 Die Betreuungszeit "Hort teilzeit" in Ferien/an unterrichtsfreien Tagen muss von 11.30 Uhr auf 10.30 Uhr korrigiert werden.
3. Die Schließzeiten des Hortes zwischen Weihnachten und Neujahr sollen in die Satzung mit aufgenommen werden.

Beschluss:

Der Kultur- und Sozialausschuss empfiehlt der Stadtvertretung Grevesmühlen die Satzung der Stadt Grevesmühlen zur Kindertagesförderung (Benutzungssatzung KITA) mit den genannten Änderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen:	8
Nein- Stimmen:	0
Enthaltungen:	0



Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/12SV/2010-027				
	Status: öffentlich				
	Aktenzeichen:				
Federführender Geschäftsbereich: Ordnungsamt	Datum: 21.04.2010				
	Verfasser: Herr Welzer				
Neufassung der Gebührensatzung zur Unterbringung der Obdachlosen der Verwaltungsgemeinschaft Grevesmühlen					
Beratungsfolge:					
Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
11.05.2010	Kultur- und Sozialausschuss				
17.05.2010	Finanzausschuss				
01.06.2010	Hauptausschuss				
14.06.2010	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt die Neufassung der Gebührensatzung zur Unterbringung der Obdachlosen der Verwaltungsgemeinschaft Grevesmühlen.

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Sachverhalt:

Die alte Satzung zur Unterbringung der Obdachlosen enthält noch nicht kalkulierte Gebühren zur Unterbringung der Obdachlosen.

Nach dem Abriss der Baracke und der Neuanschaffung von Container zur Unterbringung der Obdachlosen war die Notwendigkeit gegeben, die Unterkunftsgebühren neu festzusetzen. Die Gebühren für die Unterbringung der Obdachlosen wurden neu kalkuliert, die Kalkulation ist Bestandteil der Satzung als Anlage.

**Gebührensatzung der Stadt Grevesmühlen
für Obdachlosenunterkünfte der Verwaltungsgemeinschaft
Grevesmühlen
Vom 14. Juni 2010**

Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juni 2004 (GVOBl. M-V S. 205), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2007 (GVOBl. M-V S. 410, 413) und der §§ 1, 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KAG M-V) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 12. April 2005 (GVOBl. M-V S. 146), geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2007 (GVOBl. M-V S. 410) wird nach Beschlussfassung der Stadtvertretung vom 14. Juni 2010 folgende Satzung erlassen:

**§ 1
Gegenstand der Gebühr**

Für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Verwaltungsgemeinschaft Grevesmühlen wird eine Gebühr erhoben.

**§ 2
Gebührenhöhe**

- (1) Die Benutzungsgebühr wird nach der zugewiesenen Nutzfläche berechnet, wobei Bruchteile auf volle Quadratmeter aufgerundet werden.
- (2) Die Benutzungsgebühr wird berechnet nach der Kalkulation, die als Anlage beigefügt ist.
- (3) Wird die Unterkunft keinen vollen Monat benutzt, so wird für jeden Tag ein Dreißigstel der Monatsgebühr berechnet.

**§ 3
Gebührenpflicht und Gebührenpflichtiger**

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Benutzung der Obdachlosenunterkunft. Sie endet mit Ablauf des Tages, an dem die Benutzung endet. Gebührenpflichtig ist der Benutzer der Unterkunft.
- (2) Haben mehrere Personen eine Unterkunft bezogen, so haften sie für die Benutzungsgebühr als Gesamtschuldner, minderjährige Kinder jedoch nur, wenn sie über ein eigenes Einkommen verfügen.

§ 4
Fälligkeit und Beitreibung

(1) Die Benutzungsgebühr nach § 2 Abs. 2 ist bis zum dritten Werktag nach der Zustellung des Gebührenbescheides und für die folgenden Monate ohne besondere Aufforderung bis zum dritten Werktag eines jeden Monats im Voraus zu entrichten. Sie ist an die Stadtkasse zu zahlen.

(2) Rückständige Benutzungsgebühren werden im Verwaltungswege beigetrieben.

§ 5
Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung für Obdachlosenunterkünfte der Stadt Grevesmühlen vom 11.12.1995 außer Kraft.

Grevesmühlen, den 14.06.2010

Jürgen Ditz
Bürgermeister

(Dienstsiegel)

Anlage zur Gebührensatzung zu § 2 Abs. 2

Gebührenkalkulation Obdachlosenunterbringung

22.01.2010

Auswertung auf Basis Jahresrechnung

		2009	2008	2007	Durchschnitt
Obdachlosenunterkunft Boienhagen					
Aufwand	gesamt	18.995	22.192	21.315	
	Mietzahlung an Amt	13.337	13.904	12.780	
	Bewirtschaftung	5.034	7.210	6.578	
	Gas	2.912			
	Abfall	292			
	Strom	1.250			
	Wasser	580			
	Sonstige	0			
	Unterhaltung	460	891	1.275	
	Innere Verrechnung	164	57	592	
	Einr./Gebrauchsgegenstände	0	129	89	
Ertrag	gesamt	0	0	0	
	Bewirtschaftungsentgelte		0	0	
	Erstattung von Ausgaben		0	0	
verbleibender Aufwand		18.995	22.192	21.315	20.834
Obdachlosenunterkünfte Grevesmühlen					
Aufwand	gesamt	23.860	22.117	25.409	
	Bewirtschaftung	18.295	20.437	12.822	
	Strom	16.005			
	Wasser	1.945			
	Abfall	141			
	Sonstige	204			
	Versicherungen	63			
	Unterhaltung	661	327	891	
	Innere Verrechnung	1.356	1.308	10.343	
	Einr./Gebrauchsgegenstände	0	45	1.353	
	Abschreibungen	3.485	3.485	3.485	
Ertrag	gesamt	0	5.092	5.523	
	Bewirtschaftungsentgelte		4.907	4.240	
	Erstattung von Ausgaben		186	1.283	
verbleibender Aufwand		23.860	17.025	19.887	20.257,06
beide Standorte zusammen:		42.855	39.217	41.202	41.091,03
Verwaltungskostenanteil:					3.528,00
Gesamtaufwand für Obdachlosenunterbringung:					44.619,03

Berechnung Verwaltungskostenanteil:		Abschätzung Fachamt:		
		2	Std./Woche sind MA des OA für	
			Obdachlosenunterbringung tätig	
	entspricht:	0,05	VbE	
sh. KGST 3/2007	Personalkosten	45.800	Euro	EG 8, 40 h/Wo., neue BL
sh. KGST 3/2007	Sachkosten	15.600	Euro	pauschal
sh. KGST 3/2007	Gemeinkosten	9.160	Euro	20% auf Personalkosten
	Summe 40-h-Kraft	70.560	Euro	
	anteiliger Verwaltungskostenanteil	3.528,00	Euro	

durchschnittlicher Gesamtaufwand:		€/a	44.619,03
Nutzfläche Boienhagen in m²		m²	133,10
Nutzfläche Grevesmühlen in m²		m²	270,90
Nutzfläche Gesamt in m²		m²	404
Benutzungsgebühr monatlich in €/m²		€/m²	9,20
Benutzungsgebühr monatlich in €/m² gerundet		€/m²	9,20

Nutzfläche insgesamt: 404 m²

Anzahl der Räume: 23

Durchschn. Raumgröße 17,57 m²

Raumgröße x
Benutzungsgebühr = 161,60 € pro Monat

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/12SV/2010-029				
	Status: öffentlich				
	Aktenzeichen:				
Federführender Geschäftsbereich: Finanzen	Datum: 27.04.2010				
	Verfasser: Lenschow, Kristine				
Abschluss eines Leasingvertrages für eine Kehrmaschine					
Beratungsfolge:					
Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
17.05.2010	Finanzausschuss				
01.06.2010	Hauptausschuss				

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beauftragt den Bürgermeister, zur Finanzierung einer Kehrmaschine einen kündbaren Leasingvertrag mit der GEFA-Leasing, Hamburg abzuschließen und genehmigt die Eilentscheidung des Bürgermeisters vom 08.04.2010.

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Sachverhalt:

Im März 2005 hat die Stadt Grevesmühlen mit der GEFA-Leasing GmbH einen kündbaren Leasingvertrag für ein Bucher-Schörling Kehrfahrzeug Typ „CityCat 2020 XL“ abgeschlossen. Leasingbeginn war Mai 2005. Die aktuelle Jahresrate beträgt 16.964,64 Euro brutto. Das Fahrzeug ist im Rahmen der Straßenreinigung durch den Bauhof nahezu täglich im Einsatz. Da nach nunmehr 5 Jahren die Reparaturanfälligkeit der Maschine steigt, hat die Bauhofleiterin ein neues Kehrfahrzeug ausgeschrieben. Unter 3 Angeboten fiel die Entscheidung auf das kostengünstigste Angebot der Fa. Bucher Schörling für ein Kehrfahrzeug Typ „CityCat 2020 XL“. Somit wird es auch möglich, vorhandene Zusatzgeräte weiter zu nutzen. Der Anschaffungspreis beträgt 97.315,82 Euro brutto.

Nachdem die erste Angebotseinholung zur Leasingfinanzierung kein befriedigendes Ergebnis brachte, wurde die Ausschreibung am 20.04.2010 wiederholt und mit zwei Varianten (siehe Anlage) untersetzt.

Im Ergebnis bietet die GEFA-Leasing die besten Konditionen. Empfohlen wird seitens der Kämmerei ein kündbarer Teilamortisationsvertrag, da dieser zum 60. Monat gekündigt werden kann, aber nicht muss. Zudem bietet er die sicherste Kalkulationsgrundlage für die Straßenreinigungsgebühren, deren Neukalkulation ohnehin ansteht. Gegenüber einer Kreditfinanzierung bietet die Variante zudem den Vorteil, dass die Stadt sich bei steigenden Reparaturaufwendungen unkomplizierter von dem Fahrzeug trennen kann und sich nicht selbst um eine Verwertung kümmern muss. Außerdem ist keine Kreditgenehmigung der unteren Rechtsaufsichtsbehörde erforderlich. Zum Barkauf fehlt der Stadt die Liquidität.

Die jährliche Leasingrate liegt mit 16.731,40 Euro brutto noch unter der bisherigen Rate. Nach einer Bonusregelung aus dem Altvertrag bei Abschluss des Leasingvertrages mit der GEFA wird ein die Abschlusszahlung übersteigender Verwertungserlös zudem auf die neue Leasingrate angerechnet. Die Finanzierung ist über den Haushalt der Stadt Grevesmühlen für das Jahr 2010 abgesichert.

Da die Lieferung erst 12-14 Wochen nach Absendung der Auftragsbestätigung und Abklärung aller technischen Fragen erfolgt und die nächste Hauptausschusssitzung erst am 01.06.2010 stattfindet, hat der Bürgermeister am 08.04.2010 von seinem Recht der Eilentscheidung Gebrauch gemacht, um höhere Reparaturkosten von der Stadt abzuwenden und den Auftrag für die Anschaffung einer neuen Kehrmaschine erteilt. Das Leasingunternehmen wird vor Auslieferung des Leasingobjektes in den Kaufvertrag eintreten.

Finanzielle Auswirkungen:

Produktsachkonto 114 02 – 5622:

2010: Ansatz 17.000 €, verfügt: 5.654,88 €, verfügbar: 11.345,12 €, benötigt: 8.365,70 € abzüglich Bonus

2011-2015: je 16.731,40 € Leasingrate jährlich

2016: Leasingrate anteilig 8.365,70 €, Abschlusszahlung 24.328,96 € abzüglich Anrechnung Verwertungserlös oder sinkende Abschlusszahlung in den Folgejahren bei Weiterführung Leasingvertrag

Anlage/n:

Auswertung Leasingabfrage

Angebot/Vertragsentwurf

Eilbeschluss vom 08.04.2010

Kündbarer Teilamortisationsvertrag, erstmals kündbar zum 60. Monat

	Sparkasse		GEFA		VR-Leasing	
	Netto	Brutto	Netto	Brutto	Netto	Brutto
Kaufpreis	81.778,00	97.315,82	81.778,00	97.315,82		
Laufzeit:	60 Monate		60 Monate		kein Angebot	
Anzahlung:	0,00	0,00	0,00	0,00		
Leasingsatz p. m.	1,15					
mtl. Leasingrate	940,00					
Leasingsatz p. a.	13,79					
Leasingrate 1. Jahr anteilig	5.640,00	6.711,60	7.030,00	8.365,70		
Leasingrate 1. Jahr	0,00	0,00	0,00	0,00		
Leasingrate 2. Jahr	11.280,00	13.423,20	14.060,00	16.731,40		
Leasingrate 3. Jahr	11.280,00	13.423,20	14.060,00	16.731,40		
Leasingrate 4. Jahr	11.280,00	13.423,20	14.060,00	16.731,40		
Leasingrate 5. Jahr	11.280,00	13.423,20	14.060,00	16.731,40		
Leasingrate 6. Jahr anteilig	5.640,00	6.711,60	7.030,00	8.365,70		
Ges. kosten Finanzierung über Mindestlaufzeit:	56.400,00	67.116,00	70.300,00	83.657,00		
Kündigungsmöglichkeiten:	Abzug p.m.					
zum Ablauf des	2,037%					
60. Monats	0,0%	36.800,10	25%	20.444,50	24.328,96	
72. Monats	24,444%	27.804,68	20%	16.355,60	19.463,16	
84. Monats	48,888%	18.809,27	12%	9.813,36	11.677,90	
96. Monats	73,332%	9.813,85	3%	2.453,34	2.919,47	
Ges. Kosten bei Kündigung zum 60. Monat		93.200,10		90.744,50	107.985,96	
Leasingpartner	S-Leasing (LGS)		GEFA-Leasing GmbH			
Sitz Leasinggesellschaft			Wuppertal			
Filiale Leasinggesellschaft			Hamburg			
sonstige Bedingungen:			Bonus -Anrechnung aus altem Leasingvertrag			
Anmerkungen:	Leasingvertrag nicht mitgeliefert		Leasingvertrag beiliegend			

Variante 2

Teilamortisationsvertrag mit Mehr-/Mindererlösbeteiligung, Vertragslaufzeit 60 Monate

	Sparkasse		GEFA		VR-Leasing	
	Netto	Brutto	Netto	Brutto	Netto	Brutto
Kaufpreis	81.778,00	97.315,82	81.778,00	97.315,82	81.778,00	97.315,82
Laufzeit:	60 Monate		60 Monate		60 Monate	
Anzahlung:	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Leasingatz p. m.	0,00					
mtl. Leasingrate	0,00					
Leasingatz p. a. in %	14,224					
Leasingrate 1. Jahr anteilig	0,00	0,00	17,02781		18,7869	0,00
Leasingrate 1. Jahr	11.631,75	13.841,78	13.925,00	16.570,75	15.363,55	18.282,63
Leasingrate 2. Jahr	11.631,75	13.841,78	13.925,00	16.570,75	15.363,55	18.282,63
Leasingrate 3. Jahr	11.631,75	13.841,78	13.925,00	16.570,75	15.363,55	18.282,63
Leasingrate 4. Jahr	11.631,75	13.841,78	13.925,00	16.570,75	15.363,55	18.282,63
Leasingrate 5. Jahr	11.631,75	13.841,78	13.925,00	16.570,75	15.363,55	18.282,63
Leasingrate 6. Jahr anteilig	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
Ges. kosten Finanzierung über Mindestlaufzeit:	58.158,75	69.208,91	69.625,01	82.853,76	76.817,76	91.413,13
kalk. Restwert	45%	36.800,10	25%	20.444,50	20%	16.355,60
voraussichtl. Ges. Kosten	94.958,85	113.001,03	90.069,51	107.182,72	93.173,36	110.876,29
Leasingpartner	S-Leasing (LGS)		GEFA-Leasing GmbH		VR-Leasing	
Sitz Leasinggesellschaft			Wuppertal		Eschborn	
Filiale Leasinggesellschaft			Hannover		Berlin	
sonstige Bedingungen:			Bonus -Anrechnung aus altem Leasingvertrag		mtl. Differenzabsicherung 10,00	
Anmerkungen:	Leasingvertrag nicht mitgeliefert		Leasingvertrag beiliegend		Leasingvertrag nicht mitgeliefert	



An: Frau Kristine Lenschow
Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister -
Kämmerei-

GEFA-Leasing GmbH

Fax-Nr: 03881 / 723-111

Seiten: 1

Region Nord - Hamburg
Frank-Michael Kreft
Tel.: 040 / 45061 - 109
Fax: 040 / 45061 - 700109
e-mail: Frank-Michael.Kreft@gefa.de

Torsten Schultz
Tel.: 040 / 45061 - 162
e-mail: torsten.schultz@gefa.de
23.04.2010 / ts

Unser Zeichen: 05224926

Sehr geehrte Frau Lenschow,

wir freuen uns, dass Sie Ihre anstehende Investition mit uns durchführen möchten.

Freibleibend nennen wir Ihnen, vorbehaltlich der positiven Kreditentscheidung, folgende Konditionen:

Objekt: 1 Kehrsaugmaschine CityCat 2020 XL
Nettoanschaffungswert: EUR 81.778,00 + USt.

Kündbarer Vertrag

Leasingrate	jährlich	
	Rate in %	Rate in EUR
01. Rate (01.07.2010)	8,59644	7.030,00
02. - 05. Rate (15.01.2011, 15.01.2012, 15.01.2013, 15.01.2014)	17,19289	14.060,00
06. Jahr (15.01.2015)	8,59644	7.030,00

Bei Kündigung werden zu folgenden Monaten Abschlusszahlungen in % vom Nettoanschaffungswert fällig:

	36. Monat	51
	48. Monat	35
	60. Monat	25
	72. Monat	20
	84. Monat	12
	96. Monat	3

Berechnungsbasis der Raten ist der Nettoanschaffungswert. Allen Zahlungen ist die gesetzliche Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

Zur Beantwortung von Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Wir hoffen, dass Ihnen unser Vorschlag zusagt.

Mit freundlichen Grüßen

GEFA - Leasing GmbH

GEFA-Leasing GmbH
Warburgstr. 26, 20354 Hamburg; Postfach 30 20 10, 20307 Hamburg
www.gefa.de

GEFA-Leasing GmbH

Betreuende Filiale:
20354 Hamburg, Warburgstr. 26
Telefon 040 / 45061-0 / Fax 040 / 45061-122
e-mail service.hamburg@gefa.de

Kündbarer Leasingvertrag

Vertrags-Nummer

1. Name und Anschrift des Leasingnehmers
Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister -Kämmerei-
Rathausplatz 1
D23936 Grevesmühlen

2. Name und Anschrift des Lieferanten
Bucher Schörfling GmbH
Schörflingstr. 3
D30453 Hannover

3. Leasingobjekt (Maschinen-/Geräte-/Fahrgestell-Nummer) Liefertermin Netto-Kaufpreis (NKP) in EUR/USD
1 Kahrtaugmaschine CityCat 2020 XL 81.778,00 19,00%

Standort des Leasingobjektes:

4. Leasingkonditionen

Kaufpreis insgesamt EUR 81.778,00 ✓
Leasingsonderzahlung (LSZ) 0,00% vom NKP = EUR 0,00 zzgl. ges. USt. z. Z. 19,00%

5. Ratenplan

jährliche Rate	Rate in % vom NKP	Nettorate in EUR	jeweils zzgl. ges. USt. z. Z.
01. Rate (01.07.2010)	8,59644	7.030,00	19,00%
02.-05. Rate (15.01.2011, 15.01.2012, 15.01.2013, 15.01.2014)	17,19289 ✓	14.060,00 ✓	
06. Rate (15.01.2015)	8,59644	7.030,00	

6. Kündigungstermine und Abschlusszahlungen

Der Leasingvertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
Kündigungstermine und Abschlusszahlungen in % des Nettokaufpreises gem. § 5 der BesGB zum

siehe Anlage
nach Zahlung der 1. Rate jeweils zzgl. ges. USt. z. Z. 19,00%

Vorbehaltlich einer anderen Vereinbarung gilt: Leasingbeginn und Fälligkeit einer zusätzlichen Leasingzahlung gemäß § 1 der BesGB mit Abnahme. Fälligkeit der ersten Leasingrate: am 1. des der tatsächlichen Abnahme folgenden Monats. Die Raten sind vorbehaltlich des § 3 der AGBL und § 1 der BesGB ausgewiesen. Die in diesem Vertrag genannten Daten sind vorläufig. Die endgültigen Daten ergeben sich aus dem bei Vertragsabrechnung erstellten Leasingsschein.

Mit der ersten Leasingrate berechnet GEFA eine einmalige Bearbeitungsgebühr in Höhe von EUR 19,00% zzgl. ges. USt. z. Z. 19,00% ✓
Der Leasingnehmer ermächtigt die GEFA, fällige Beträge zu Lasten seines Kontos bei Nummer (BLZ) einzuziehen.

Die Vertragspartner sind sich einig, dass die vom Leasingnehmer zu entrichtenden Leasingraten bei einer Kündigung des Leasingvertrages vor dem Kündigungstermin, zu dem erstmals keine Abschlusszahlung nach § 5 der BesGB zu leisten ist, die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die Nebenkosten einschließlich der Finanzierungskosten der GEFA nicht decken. Der Leasingnehmer erkennt dementsprechend seine Verpflichtung an, die vollständige Amortisation der GEFA durch Leistung einer Abschlusszahlung an die GEFA, wie in § 5 der BesGB vorgesehen, herbeizuführen.

7. Anlagen Abschlusszahlungen

Der Leasingnehmer bietet der GEFA-Leasing GmbH - nachfolgend GEFA genannt - den Abschluss dieses Leasingvertrages zu den vorstehenden, umsichtigen Besonderen Geschäftsbedingungen (BesGB) genannt, den Allgemeinen Geschäftsbedingungen Leasing (AGBL) genannt, Stand 02.09 sowie alle Sondervereinbarungen (unabhängig an). Der Leasingnehmer bestätigt, dass ihm die AGBL Stand 02.09 ID 05225017 ausgehändigt wurden.

Wuppertal

Grevesmühlen

Ort/Datum

Ort/Datum

GEFA-Leasing GmbH

(Firmenstempel und Unterschrift des Leasingnehmers)

GEFA-Leasing GmbH • Postfach 10 13 06 • 42013 Wuppertal • Robert-Dorn-Platz 1 • 42117 Wuppertal
Telefon (02 02) 362-0 • Telefax (02 02) 362-354 • Konto-Nr. 223 4557 • bei Deutsche Bank AG, Wuppertal (BLZ 330 700 90)
Beiratvorsitzender: Didier Hauguel • Geschäftsführer: Maurice Caulliez, Rolf Hagen, Jochen Jernflich
Umsatzsteuer-ID: DE 811248368 • HRB Nr. 3619, Amtsgericht Wuppertal
Bk. Gen. L 722 KV 03.10 05225017 Druckdatum 23.04.2010

• Besondere Geschäftsbedingungen
• Allgemeine Geschäftsbedingungen Leasing

§ 1 Höhe und Fälligkeit der Leasingraten, zusätzliche Leasingdauer und -zahlung

Für den Zeitraum zwischen der tatsächlichen Abnahme und dem Ersten des der Abnahme folgenden Monats ist zusätzlich zu den umeistig aufgeführten Leasingraten ein Betrag in Höhe einer anteiligen, taggenau berechneten Leasingrate zu zahlen. Der Betrag ist mit Abnahme fällig.

Anstelle des § 3 Ziffer 2 Satz 3 der AGBL gilt: Ändert sich der Nettokaufpreis des Leasingobjektes im Einvernehmen mit dem Leasingnehmer, so ändern sich die Leasingrate und die Abschlusszahlung gemäß § 5 der BesGB im gleichen Verhältnis.

§ 2 Sach- und Preislagefahr

Wenn der Leasingnehmer die vorzeitige Ablösung nach § 7 der AGBL wählt, so hat er der GEFA die Summe der bis zum nächsten Kündigungstermin gemäß § 5 der BesGB noch ausstehenden Leasingraten und die entsprechende Abschlusszahlung, jeweils auf den Gegenwartswert abgezinst, zuzüglich Umsatzsteuer zu zahlen. Der für die Abzinsung maßgebliche Zinssatz entspricht dem des § 4 a) der BesGB. Der vom Leasingnehmer hiermit geschuldete Betrag vermindert sich um von GEFA eventuell ersparte Aufwendungen für die weitere Abwicklung des Leasingvertrages. Zug um Zug gegen Zahlung des Ablösebetrages geht das Eigentum an dem Leasingobjekt auf den Leasingnehmer über.

§ 3 Mängel, bei Sach- und/oder Rechtsmängeln

Sollte der Lieferant den Anspruch auf Lieferung eines mangelfreien Objektes durch Lieferung eines Austauschobjektes erfüllen und verlangt der Leasingnehmer, dass der Leasingvertrag wie ursprünglich vereinbart, fortgesetzt wird, so wird GEFA in Ergänzung zu § 9 Ziffer 4.2 der AGBL den Leasingnehmer bei Verwertung des Leasingobjektes nach Beendigung des Leasingvertrages angemessen an einem durch die Nachlieferung bedingten erhöhten Erlös im Rahmen der nach § 6 Abs. 3 der BesGB getroffenen Regelung beteiligen.

§ 9 Ziffer 5 der AGBL wird wie folgt geändert: Setzt der Leasingnehmer gegenüber dem Lieferanten Minderung durch, werden die Leasingraten von Anfang an und die Abschlusszahlung gemäß § 5 der BesGB in dem Maße ermäßigt, um den sich der Kaufpreis mindert. Die GEFA wird dem Leasingnehmer zu viel gezahlte Beträge erstatten.

§ 4 Schadensberechnung bei außerordentlicher Kündigung gem. § 10 AGBL

Der Leasingnehmer ist verpflichtet, GEFA ihren durch die Nichterfüllung des Vertrages bedingten Schaden zu ersetzen. Dieser Schaden berechnet sich aus der Differenz zwischen

- a) der Summe der bis zum nächsten Kündigungstermin gemäß § 5 der BesGB noch ausstehenden Leasingraten und der entsprechenden Abschlusszahlung, ohne Umsatzsteuer, abgezinst mit dem Zinssatz, der im Zeitpunkt des Abschlusses des Leasingvertrages - wenn der Leasingnehmer gemäß der Anpassungsregelung nach § 3 Nr. 2 der AGBL angepasst wurde, der im Zeitpunkt der Anpassung - für die Aufnahme eines entsprechenden Kredites am Geld- und Kapitalmarkt hätte gezahlt werden müssen und
- b) den von GEFA ersparten Aufwendungen sowie 90 % des Nettoerlöses aus der Verwertung des Leasingobjektes abzüglich der Verwertungskosten.

Der Nachweis eines abweichenden höheren oder geringeren Schadens bleibt den Parteien unbenommen.

§ 5 Laufzeit, Beendigung des Leasingvertrages, Abschlusszahlungspflicht des Leasingnehmers

1. In Abänderung zu § 10 Nr. 1 S. 1 der AGBL wird der Leasingvertrag auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Der Leasingnehmer kann den Leasingvertrag erstmals zum Ende des umeistig genannten Monats und danach jeweils zu einem sechs Monate später liegenden Termin schriftlich kündigen. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate.
2. Für den Fall der Kündigung werden die umeistig in Prozent des Netto-Kaufpreises zu dem jeweiligen Kündigungstermin vereinbarten Abschlusszahlungen fällig. Auf die Abschlusszahlung ist die gesetzliche Umsatzsteuer zu zahlen.
3. Auf die Abschlusszahlung werden 90 % des bei einer Verwertung des Leasingobjektes erzielten Erlöses bis zur Höhe des geschuldeten Betrages angerechnet. Schließt der Leasingnehmer spätestens einen Monat nach Beendigung des Leasingvertrages einen neuen gleichartigen Leasingvertrag mit der GEFA ab, wird der Verwertungserlös voll auf die Abschlusszahlungen angerechnet. Ein die Abschlusszahlung übersteigender Verwertungserlös wird auf den neuen Leasingvertrag als Bonus angerechnet. Ein Fehlbetrag ist vom Leasingnehmer innerhalb von zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung auszugleichen.

Vereinbarungen zum Leasingvertrag**Leasingabschlusszahlungen**

Der Leasingvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Der Leasingnehmer kann ihn erstmals zum Ende des 12. Monats kündigen. Im Übrigen gilt § 5 der BesGB. Die Abschlusszahlung zum Ende des jeweiligen Monats gemäß § 5 der BesGB beträgt jeweils vom Nettoanschaffungspreis:

zum	in %
36. Monat	51%
48. Monat	35%
60. Monat	25%
72. Monat	20%
84. Monat	12%
96. Monat	3%

§ 1 Vertragsabschluss

- Der Leasingnehmer (LN) beauftragt die GEFA, durch Vereinbarung mit dem Lieferanten an seiner Stelle zu den von ihm ausgehandelten Bedingungen einschließlich der von ihm akzeptierten Lieferbedingungen des Lieferanten in den von ihm mit dem Lieferanten geschlossenen Kauf-/Werk-/Lieferungsvertrag (nachfolgend Liefervertrag) einzutreten oder mit diesem einen Liefervertrag zu den von ihm mit diesem ausgehandelten und der GEFA vom LN schriftlich bestätigten Bedingungen zu schließen.
- Der LN ist an sein Vertragsangebot für einen Zeitraum von vier Wochen nach Einreichung aller für die Entscheidung über sein Vertragsangebot erforderlichen Unterlagen gebunden. Der Leasingvertrag kommt mit schriftlicher Annahme durch GEFA zustande. Nach Annahme wird GEFA dem Lieferanten ein Angebot zum Eintritt in den bzw. zum Abschluss eines Liefervertrages zusenden. Die Parteien können den Leasingvertrag kündigen, wenn ein Liefervertrag zwischen GEFA und dem Lieferanten nicht in angemessener Zeit zustande kommt.

§ 2 Abnahme

- Der LN ist verpflichtet, das Leasingobjekt (LO) vom Lieferanten abzunehmen. Er übernimmt anstelle der GEFA die Pflicht, das LO unverzüglich auf Übereinstimmung mit dem zwischen dem LN und dem Lieferanten Vereinbarten, Vollständigkeit und nötige und mangelfreie Lieferung hin zu untersuchen und dem Lieferanten sowie der GEFA einen derartigen Mangel unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Hat sich bei Untersuchung des LOs ein Mangel nicht gezeigt, so hat der LN die GEFA schriftlich zu bestätigen, dass und wann ihm das LO geliefert wurde und dass ein Mangel hieran nicht ersichtlich war (Abnahmeerklärung). Nach Eingang der Abnahmeerklärung wird GEFA den Kaufpreis/Werklohn (nachfolgend Kaufpreis) an den Lieferanten zahlen.
- Mit dem Datum der tatsächlichen Abnahme des LOs tritt der Leasingvertrag - vorbehaltlich anderer Absprachen - in Kraft (Leasingbeginn). Die GEFA ist berechtigt, den Leasingbeginn auf der Vorderseite einzutragen.

§ 3 Höhe und Fälligkeit der Leasingraten

- Die Leasingraten, deren erste zu dem vereinbarten Termin fällig ist, sind jeweils am Ersten der Folgemonate fällig. Bei quartalsmäßiger, halbjährlicher oder jährlicher Fälligkeit sind die folgenden Leasingraten am Ersten des ersten Monats des jeweils folgenden Quartals/Halbjahres oder Jahres fällig.
- Den Leasingraten liegt das Zinsniveau zum Zeitpunkt der Abgabe des Leasingangebots zugrunde. Hat sich das Zinsniveau bei Eingang der Abnahmeerklärung bei GEFA im Vergleich hierzu geändert, können beide Vertragsparteien binnen vier Wochen nach Beginn des Leasingvertrages durch Zugang einer entsprechenden Erklärung bei der jeweils anderen Vertragspartei eine Anpassung des Leasingatzes verlangen. Ändert sich der Nettokaufpreis des LOs im Einvernehmen mit dem LN, so ändert sich die Leasingrate im gleichen Verhältnis. Der LN hat auf die Leasingraten die jeweils gültige Umsatzsteuer zu zahlen.

§ 4 Pflichterfüllung durch Nicht- oder nicht rechtzeitige Lieferung

- Sollte das LO nicht oder nicht rechtzeitig geliefert werden, stehen dem LN mittelrechtliche Erfüllungsansprüche gegenüber GEFA nicht zu. Stattdessen tritt GEFA hiermit ihre Ansprüche gegen den Lieferanten wegen Nichtlieferung, Lieferverzögerung sowie die Ansprüche und Rechte aus der Lieferung oder Beschaffenheit des LOs betreffende Garantien, auch wenn diese von Dritten würden, an den LN ab. Nicht abgetreten sind der Anspruch auf Erstattung von GEFA bereits geleisteter Zahlungen sowie die Ansprüche der GEFA aus einer Rückabwicklung des Liefervertrages und Ersatz eines GEFA entstandenen Schadens.
- Der LN ist verpflichtet, die abgetretenen Rechte und Ansprüche unverzüglich und auf seine Kosten - auch gerichtlich - geltend zu machen und durchzusetzen. Soweit Rechte und Ansprüche nicht auf ihn übertragen sind, wird er hiermit zum Geltendmachen im eigenen Namen und für eigene Rechnung mit der Maßgabe ermächtigt und verpflichtet, dass Zahlungen aus der Rückabwicklung und auf einen Schaden der GEFA nur an diesen zu leisten sind. Der LN hat die GEFA über das Geltendmachen etwaiger Ansprüche unverzüglich und fortlaufend zu informieren.
- Trifft der LN aufgrund der abgetretenen Ansprüche vom Liefervertrag wirksam zurück oder wird der Vertrag im Zusammenhang mit dem Geltendmachen von Schadenersatz statt Leistung rückabgewickelt, sind die Parteien zur Kündigung des Leasingvertrages berechtigt. Wird der Leasingvertrag gekündigt, hat GEFA dem LN Leistungen, die dieser auf den Leasingvertrag erbracht hat, Zug um Zug gegen Herausgabe des LOs zu erstatten.

§ 5 Freistellung

- Der LN hat GEFA von allen privat- und öffentlich-rechtlichen Ansprüchen, die Dritte gegen sie als Eigentümerin des LOs, dessen Überlassung an den LN oder aus sonstigen Gründen wie Einfuhr, Lieferung, Aufstellung, Montage oder Gebrauch des LOs geltend machen, sowie von allen mit diesen Tatbeständen zusammenhängenden Kosten freizustellen und GEFA hierauf erbrachte Leistungen zu ersetzen.

§ 6 Schutz der Rechte der GEFA

- Der LN hat das LO auf seine Kosten in betriebsfähigem und nutzbarem Zustand zu erhalten und entsprechend den Herstellerempfehlungen bzw. dem allgemein üblichen Umfang zu warten bzw. durch einen qualifizierten Fachbetrieb warten zu lassen.
- Ohne schriftliche Zustimmung der GEFA darf der LN an dem LO Änderungen, die dessen Wesen beeinträchtigen oder seinen Wert mindern, nicht vornehmen und es Dritten weder entgeltlich noch unentgeltlich überlassen.
- GEFA ist während der gewöhnlichen Geschäftszeit berechtigt, das LO zu überprüfen und als ihr gehörig zu kennzeichnen.

4. Eine Verbindung des LOs mit einem Grundstück geschieht zu einem vorübergehenden Zweck und mit der Absicht, der Trennung zum Ende des Leasingvertrages. Der LN wird dies gegenüber dem jeweiligen Grundstückseigentümer mitteilen.
5. Eine bewegliche Sache, die der LN in das LO einbaut, geht in das Eigentum der GEFA über; der Leasingvertrag erstreckt sich auch auf diese Einbauten. Der LN hat das Recht, den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen.
6. Der LN wird GEFA unverzüglich über Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in das LO oder das Grundstück, auf dem es sich befindet, unterrichten. Die der GEFA entstehenden Interventionskosten trägt, soweit sie der GEFA nicht ersetzt werden, der LN.
7. Ein Kraftfahrzeug als LO wird auf den Namen des LNs, der Halter im Sinne des Straßenverkehrsrechts, des Pflichtversicherungsgesetzes usw. ist zugelassen. Seine Überlassung an Betriebangehörige ist zulässig, soweit diese im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis und ein Kfz-Brief/Zulassungsbescheinigung Teil II wird von der GEFA in Verwahrung genommen.

§ 7 Sach- und Preisgefahr

1. Der LN trägt die Gefahr des zufälligen Untergangs, des Abhandenkommens, des Totalschadens, der Verschlechterung und des Wegfalls der Gebrauchstauglichkeit des LOs aus welchen Gründen auch immer, sofern diese nicht von GEFA zu vertreten sind. Der LN bleibt bei Eintritt eines dieser Ereignisse vorbehaltlich der folgenden Regelungen verpflichtet, von ihm geschuldete Leistungen weiterhin zu erbringen.
2. Bei Eintritt eines Ereignisses nach Abs. 1 ist der LN berechtigt und verpflichtet, nach seiner Wahl unverzüglich und unabhängig davon, ob eine Versicherung oder ein Dritter für das Ereignis einzustehen hat, entweder das LO auf seine Kosten Instand zu setzen bzw. durch einen gleichartigen und gleichwertigen Gegenstand zu ersetzen und den Leasingvertrag unverändert fortzusetzen oder den Leasingvertrag vorzeitig abzubrechen. Über die von ihm getroffene Wahl wird der LN die GEFA unverzüglich schriftlich informieren.
3. Wählt der LN die Instandsetzung, so hat er das LO in einen vertragsgemäßen Zustand zu versetzen und GEFA dies nachzuweisen. Wählt er die Ersetzung, so hat er der GEFA, soweit er das Ersatz-LO nicht vom Lieferanten erwirbt, das Eigentum an diesem zu verschaffen. Der Leasingvertrag gilt unverändert für das Ersatzobjekt. Wählt der LN die Abbrechung, so richtet sich seine Zahlungsverpflichtung nach § 2 der BesGB.
4. Trifft der LN seine Wahl nicht unverzüglich oder unterlässt er es, innerhalb angemessener Frist entsprechend seiner Wahl den Leasingvertrag abzulösen, das LO Instand zu setzen oder zu ersetzen, ist GEFA berechtigt, vom LN die vorzeitige Ablösung des Leasingvertrages zu verlangen. In diesem Fall gilt die Rechtsfolge des § 2 der BesGB entsprechend.

§ 8 Versicherung

1. Der LN wird das LO während der Leasingdauer auf eigene Kosten zum Neuwert gegen Verlust, Untergang, Beschädigung sowie alle weiteren Risiken für die GEFA nach pflichtgemäßer Beurteilung eine Versicherung für erforderlich halten und es in seine Betriebshaftpflichtversicherung einschließen. Eine EDV-Anlage wird der LN durch den Abschluss einer Elektronikversicherung versichert. Für ein Kraftfahrzeug wird der LN eine Haftpflichtversicherung mit einem üblichen Deckungsumfang (Personen-, Sach- und reine Vermögensschäden) und eine Vollkaskoversicherung mit einer üblichen Selbstbeteiligung abschließen. Das LO darf erst benutzt werden, wenn diese Versicherungen in Kraft sind.
2. Der LN verpflichtet sich, der GEFA bis spätestens 14 Tage nach Leasingbeginn einen Antrag auf Abgabe eines Sachverständigen- oder Sachverständigenbestätigung zur Weiterleitung an seinen Versicherer einzureichen. Sollte er dieser Pflicht bei der Zahlung der vereinbarten Versicherungsprämien trotz Mahnung nicht nachkommen, ist die GEFA berechtigt, auf seine Kosten eine entsprechende Versicherung abzuschließen.
3. Der LN tritt hiermit seine Rechte und Ansprüche aus der Versicherung des LOs sowie seine Ersatzansprüche wegen Beschädigung des LOs an die GEFA ab.
4. An sie gezahlte Versicherungs- und Entschädigungsbeträge hat GEFA im Falle des § 2 der BesGB auf die Zahlungsverpflichtungen des LNs bis zur Höhe des von ihm geschuldeten Betrages anzurechnen. Im Falle des § 7 Abs. 3 der AGB gegen Vorlage entsprechender Belege an den LN oder - für den Fall, dass der LN den Reparatur- bzw. Anschaffungsbetrag nicht oder nicht vollständig entrichtet hat - ganz oder teilweise an die Werkstatt bzw. den Lieferanten des Ersatzobjektes ausbezahlen.
5. Soweit der LN seiner Verpflichtung zur Ablösung des Leasingvertrages oder zur Instandsetzung bzw. zum Ersatz des LOs nachgekommen ist, hat GEFA die aus einem in § 7 Abs. 1 der AGB genannten Ereignis resultierenden Versicherungsansprüche in Höhe der von dem LN bereits erbrachten Leistung auf diesen zurückzübertragen.
6. Kommt der Versicherer bzw. ein Schlichter seiner Zahlungsverpflichtung nicht nach, obliegt es dem LN, die der GEFA übertragenen Rechte und Ansprüche auf eigene Kosten gegenüber der Versicherung bzw. dem Schlichter im eigenen Namen - auch gerichtlich - mit der Maßgabe durchzusetzen, dass er Zahlung an GEFA verlangt.

§ 9 Haftung bei Sach- und/oder Rechtsmängeln

1. Im Hinblick darauf, dass die Auswahl des Lieferanten und des LOs allein durch den LN erfolgt, sind Ansprüche des LNs gegen GEFA wegen Sach- und/oder Rechtsmängeln oder mangelnder Nutzbarkeit des LOs sowie wegen mangelnder Zahlungs- oder Leistungsfähigkeit des Lieferanten ausgeschlossen.
2. Zum Ausgleich tritt GEFA hiermit ihre kauf- bzw. werkvertraglichen Ansprüche gegen den Lieferanten wegen nicht vertragsgemäßer Leistungen, insbesondere

Allgemeine Geschäftsbedingungen Leasing

des Recht auf Nachlieferung, zum Rücktritt vom Liefervertrag, auf Minderung oder auf Schadensersatz sowie die Ansprüche aus der Verletzung vertraglicher und/oder vorvertraglicher Nebenpflichten neben den in § 4 Abs. 1 Satz 2 der AGBL bereits abgetretenen Ansprüchen und Rechten an den LN ab. Wegen der Geltendmachung der Rechte und Ansprüche gilt § 4 Abs. 2 der AGBL entsprechend. Nicht abgetreten sind neben den in § 4 Abs. 1 Satz 3 der AGBL aufgeführten Ansprüchen die Ansprüche aus Minderung und Nachlieferung. Im Fall der Zahlung von Schadensersatz ist GEFA verpflichtet, an den LN an sie gelangte Beträge soweit auszukehren, soweit sie über ihr Interesse im Fall des Rücktritts vom Vertrag hinausgehen.

3. Der LN kann die Zahlung der Leasingraten infolge eines Sach- und/oder Rechtsmangels nur (bei Minderung lediglich anteilig) verweigern, wenn die Wirksamkeit der Rücktritts- oder Minderungserklärung vom Lieferanten nachweislich und berechnungswegweise nicht bestritten wird oder dieser den Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung berechnungswegweise anerkennt, ansonsten nur nachdem er Klage auf Rückabwicklung des Liefervertrages, Schadensersatz statt der Leistung oder Minderung des Kaufpreises erhoben hat. Stellt der LN infolgedessen die Retenzzahlung (teilweise) ein, hat er, sofern er das LO weiter nutzt, nach Wahl der GEFA entweder die Leasingraten auf ein Treuhandkonto zu zahlen oder aber eine Bankbürgschaft für die Erfüllung des Leasingvertrages beizubringen. Das - auch gerichtliche - Geltendmachen von Nachlieferungsansprüchen entbindet den LN nicht von seinen Zahlungspflichten.

4. Setzt der LN gegen den Lieferanten den Anspruch auf Lieferung eines mangelfreien LO durch, ist die GEFA einverstanden, dass das bisherige Objekt gegen ein gleichwertiges neues ausgetauscht wird, sofern ihr das Eigentum an dem neuen Objekt übertragen wird. Der LN wird die GEFA unverzüglich von dem beabsichtigten Austausch des LO in Kenntnis setzen. Sollte der LN vom Lieferanten das Eigentum an dem Austauschobjekt erhalten, sind die Parteien sich bereits jetzt einig, dass in diesem Fall das Eigentum an dem Objekt auf die GEFA übergeht. Die Übergabe wird dadurch ersetzt, dass GEFA dem LN das Austauschobjekt als LO nach den Bedingungen dieses Vertrages zur Nutzung überlässt. Ist ein Dritter im Besitz des Austauschobjektes, wird die Übergabe dadurch ersetzt, dass der LN seinen Herausgabeanspruch gegen diesen an die GEFA abtritt.

4.2 Der Leasingvertrag beginnt in diesem Fall erst mit Übergabe des Austauschobjektes. Vor Nachlieferung gezahlte Leasingraten wird die GEFA dem LN nach Abzug einer angemessenen Nutzungsentschädigung, die mindestens der vom Lieferanten geltend gemachten Nutzungsentschädigung entspricht, vergüten. Stattdessen kann der LN verlangen, dass der Leasingvertrag wie ursprünglich vereinbart fortgesetzt wird. In diesem Fall hat der LN ab Vertragsbeginn die Leasingraten zuzüglich einer ggfs. von der GEFA an den Lieferanten zu zahlenden Nutzungsentschädigung zu leisten. Als Vertragsbeginn gilt in diesem Fall der Zeitpunkt der Übergabe des ursprünglichen LOs.

Zum Ausgleich wird GEFA dem LN bei Verwertung des LOs nach Beendigung des Leasingvertrages angemessen an einem durch die Nachlieferung bedingten eventuellen Erlös beteiligen.

4.3 Der LN hat der GEFA mit Benachrichtigung von der beabsichtigten Nachlieferung mitzuteilen, ob er den Neubeginn oder die Fortsetzung des Leasingvertrages wünscht. Unterlässt er dies, kann die GEFA ihm eine 2-wöchige Frist zur Ausübung des Wahlrechtes unter Ankündigung, dass nach ergebnislosem Ablauf der Frist der Leasingvertrag gemäß § 9 Abs. 4.2, 2. Abschnitt der AGBL fortgesetzt wird, setzen.

5. Setzt der LN gegenüber dem Lieferanten Minderung durch, werden die Leasingraten von Anfang an in dem Maße ermäßigt, um das sich der Kaufpreis mindert. Die GEFA wird dem LN zuviel gezahlte Beträge erstatten.

6. Setzt der LN gegen den Lieferanten den Rücktritt vom Liefervertrag bzw. die Rückabwicklung des Liefervertrages wegen der Geltendmachung von Schadensersatz statt der Leistung durch, entfällt die Geschäftsgrundlage für den Leasingvertrag. Die Parteien sind zur Kündigung des Vertrages berechtigt. In beiden Fällen hat GEFA dem LN zuviel gezahlte Beträge zu erstatten; andererseits bleibt der Anspruch der GEFA auf Herausgabe der vom LN gezogenen Nutzungen unberührt.

Der LN ist verpflichtet, dem Lieferanten das mangelfreie LO im Rahmen der Lieferung eine mangelfreie Sache aufgrund Rücktritts oder im Zusammenhang mit Schadensersatz statt Leistung nur Zug um Zug gegen Erfüllung der Zahlungs- bzw. Eigentumsverschaffungspflicht des Lieferanten/Dritten gegenüber der GEFA zurückzugeben. Im Verhältnis zur GEFA erfolgt die Rückgabe auf Gefahr und Kosten des LNs.

§ 10 Leasingdauer, außerordentliche Kündigung

Die ordentliche Kündigung des Leasingvertrages vor Ablauf der auf der vorstehende vereinbarten Leasingdauer ist ausgeschlossen. Dem Erben des LNs steht ein Kündigungsrecht nicht zu. Das Recht beider Vertragsparteien zur außerordentlichen Kündigung des Leasingvertrages bei Vorliegen eines wichtigen Grundes bleibt unberührt. GEFA ist zur außerordentlichen Kündigung des Leasingvertrages insbesondere berechtigt, wenn

- der LN, der kein Verbraucher i.S.d. § 500 BGB ist, entweder für zwei aufeinanderfolgende Termine mit der Zahlung der Leasingraten oder mit einem Betrag in Höhe einer Leasingrate seit mindestens zwei Monaten in Verzug ist;
- der LN, der Verbraucher im Sinne des § 500 BGB ist, mit mindestens zwei aufeinanderfolgenden Raten ganz oder teilweise und mindestens 10 %, bei einer Laufzeit des Leasingvertrages über 3 Jahre mit 5 % des Nennbetrages in Verzug ist und die GEFA ihm, zuvor erfolglos eine 2-wöchige Frist zur Zahlung des rückständigen Betrages mit der Erklärung gesetzt hat, dass sie bei

Kundenname: Stadt Grevenbroich Der Bürgermeister

- Nichtzahlung innerhalb der Frist die gesamte Restschuld verlangen werde;
- seit dem Zeitpunkt des Vertragschlusses eine wesentliche Verschlechterung in den wirtschaftlichen Verhältnissen des LNs eintritt und deshalb der Anspruch der GEFA auf Erfüllung der Verbindlichkeiten aus dem Leasingvertrag gefährdet ist;
- der LN trotz Abmahnung eine vertragswidrige Nutzung des LOs fortsetzt, gegen ihn obliegende, wesentliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag verletzt oder Folgen seines vertragswidrigen Verhaltens nicht beseitigt und dadurch die Rechte der GEFA in erheblichem Maße verletzt;
- der LN falsche Angaben über seine Vermögenslage gemacht hat, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Interessen der GEFA in erheblichem Umfang zu gefährden;
- der LN seine Zahlungen einstellt, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt oder gegen ihn ein Verfahren zur Ableistung der eidesstattlichen Versicherung eingeleitet wird;
- im Falle der außerordentlichen Kündigung des Leasingvertrages ist der LN zur sofortigen Herausgabe des LO verpflichtet. § 12 Abs. 1 der AGBL gilt entsprechend. GEFA wird das LO nach pflichtgemäßem Ermessen freihändig verwerten. Der LN ist verpflichtet, GEFA ihren durch Nichterfüllung des Vertrages bedingten Schaden zu ersetzen. Dieser Schaden berechnet sich entsprechend § 4 der BesGB.
- Erfolgt die Kündigung vor der Abnahme gemäß § 2 der AGBL, hat der LN der GEFA Leistungen auf den Kaufpreis zu erstatten und GEFA von allen Verpflichtungen aus dem Liefervertrag und dem Leasingvertrag freizustellen. Zug um Zug gegen Zahlung und Freistellung gehen die Rechte der GEFA an dem LO auf den LN über.

§ 11 Abtretung, Gesamtschuldner

- Die Abtretung der Rechte und Ansprüche des LNs aus dem Leasingvertrag bedarf der schriftlichen Zustimmung der GEFA.
- LN und Miethafer schulden als Gesamtschuldner.

§ 12 Rückgabe, Entsorgung des LOs, Rückabtretung von Ansprüchen

- Nach Beendigung des Leasingvertrages hat der LN das LO, sofern er es nicht kauft, auf seine Kosten und Gefahr transportversichert der GEFA an deren Anschrift Roben-Daum-Platz 1, 42117 Wuppertal oder einen anderen von GEFA bestimmten Ort innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zurückzugeben oder auf Verlangen der GEFA auf seine Kosten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu entsorgen.

Gerät der LN mit der Rückgabe des LOs in Verzug, hat er für jeden angefallenen Monat bis zur vollständigen Rückgabe des LOs einen Betrag in Höhe der im Leasingvertrag vereinbarten Leasingrate pro Monat als Nutzungsentschädigung zu zahlen.

- Das Leasingverhältnis wird bei Fortsetzung des Gebrauchs durch den LN über den Zeitpunkt der Beendigung des Vertrages hinaus nicht verlängert.

- Bei Beendigung des Leasingvertrages mit der LN hiermit alle ihm gemäß § 4 Abs. 1 und § 9 Abs. 2 der AGBL abgetretenen Ansprüche, die von ihm im Zeitpunkt der Beendigung nicht bereits gerichtlich verfolgt werden, an GEFA ab. Einen der Zahlung des rückständigen Betrages mit der Erklärung gesetzt hat, dass sie bei GEFA hieraus erwachsenden Vorteil wird sie auf die Verpflichtungen des LNs anrechnen.

§ 13 Auskünfte insbesondere Vorlage des Jahresabschlusses als wesentliche Vertragspflicht; Wertegabe an Dritte

Der LN ist verpflichtet, GEFA während der Leasingdauer auf Anforderung seine wirtschaftlichen Verhältnisse offen zu legen, insbesondere seine Jahresabschlüsse vorzulegen. Hierbei handelt es sich um eine wesentliche Vertragsverpflichtung. Der LN ermächtigt GEFA hiermit, diese Unterlagen und Informationen, dem Refinanzierungsinstitut sowie anderen Gesellschaften des Société Générale-Konzerns vorzulegen.

§ 14 Schlussbestimmungen

- Änderungen dieses Vertrages, einschließlich dieser Schriftformklausel, bedürfen der Schriftform.
- Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wuppertal. Der Gerichtsstand ist ebenfalls Wuppertal, wenn der LN nach Vertragsschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt aus dem Geltungsbereich der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland verlegt oder dessen Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, so wird die Wirksamkeit der übrigen Vereinbarungen davon nicht berührt. Diejenige Regelung, die dem beabsichtigten wirtschaftlichen Zweck rechtswirksam am nächsten kommt, soll an die Stelle der unwirksamen Vereinbarung treten.

§ 15 Datenschutzklausel

Die GEFA ist berechtigt, Daten - auch personenbezogene - über die Beantwortung (z.B. LN, Gesamtschuldner, Bürgen, Leasingraten, Laufzeit des Vertrages, Beginn der Leasingzahlungen) und Durchführung des Vertrages (z.B. vorzeitige Vertragsablösung, fristlose Kündigung, Klageerhebung, Zwangsvollstreckungsmaßnahmen) mit Beginn der Geschäftsbeziehung zum LN und zu einem Gesamtschuldner oder Bürgen intern zu speichern (§ 23 BDSG) für die Bearbeitung des Angebotes/Vertrages zu nutzen, zum Zwecke der Refinanzierung des Vertrages an ein Refinanzierungsinstitut zu übermitteln sowie im Falle von Zahlungsverbindlichkeiten an ein Inkassounternehmen oder sonstige zum Inkasso beauftragte Dritte zu übermitteln. Der LN kann jederzeit Auskunft hinsichtlich der Verwendung der Daten fordern. Die GEFA wird die ihm zur Verfügung gestellten Daten nach Beendigung des Vertrages aus seinen Beständen löschen, sofern gesetzliche Aufbewahrungspflichten der Löschung nicht entgegenstehen.

Der Leasingnehmer bestätigt hiermit, die AGBL erhalten zu haben:

Eilentscheidung des Bürgermeisters gemäß § 38 (4) KV M-V

Gemäß § 38 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern treffe ich hiermit folgende Eilentscheidung:

Im März 2005 hat die Stadt Grevesmühlen mit der GEFA-Leasing GmbH einen kündbaren Leasingvertrag für ein Bucher-Schörling Kehrfahrzeug Typ „CityCat 2020 XL“ abgeschlossen. Leasingbeginn war Mai 2005. Die aktuelle Jahresrate beträgt 16.964,64 Euro brutto. Das Fahrzeug ist im Rahmen der Straßenreinigung durch den Bauhof nahezu täglich im Einsatz. Da nach nunmehr 5 Jahren die Reparaturanfälligkeit der Maschine steigt, hat die Bauhofleiterin ein neues Kehrfahrzeug ausgeschrieben. Unter 3 Angeboten fiel die Entscheidung auf das kostengünstigste Angebot der Fa. Bucher Schörling für ein Kehrfahrzeug Typ „CityCat 2020 XL“. Somit wird es auch möglich, vorhandene Zusatzgeräte weiter zu nutzen. Der Anschaffungspreis beträgt 97.315,82 Euro brutto. Ein erstes Leasingangebot zeigt, dass die Leasingrate mit 16.955,07 Euro brutto noch unter der bisherigen Rate liegt. Es wurde nunmehr eine Leasingfinanzierung für das genannte Fahrzeug ausgeschrieben. Dadurch dürfte sich die Leasingrate weiter reduzieren, da eine Jahresratenzahlung angestrebt wird und eine Bonusregelung aus dem Altvertrag bei Abschluss des Leasingvertrages mit der GEFA zudem auf die neue Leasingrate angerechnet wird. Die Finanzierung ist über den Haushalt der Stadt Grevesmühlen für das Jahr 2010 abgesichert.

Da die Lieferung erst 12-14 Wochen nach Absendung der Auftragsbestätigung und Abklärung aller technischen Fragen erfolgt und die nächste Hauptausschusssitzung erst am 01.06.2010 stattfindet, mache ich von meinem Recht der Eilentscheidung Gebrauch, um höhere Reparaturkosten von der Stadt abzuwenden. Ich erteile hiermit den Auftrag für die Anschaffung einer neuen Kehrmaschine.

Der eigentliche Leasingvertrag wird dem Hauptausschuss frist- und formgemäß zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ich treffe hiermit folgende Eilentscheidung:

Entsprechend der vorgelegten Angebote erteile ich auf Grund der günstigsten gebotenen Konditionen den Zuschlag an:

Fa. Bucher Schörling für eine Kehrmaschine CityCat 2020 XL
gemäß Angebot vom 31.03.2010

Dieser Beschluss bedarf der nachträglichen Bestätigung durch den Hauptausschuss.

Begründung der Eilbedürftigkeit:

Gemäß Hauptsatzung § 7 (2) entscheidet der Bürgermeister bei Vergaben nach VOL bis zu einer Wertgrenze von 50.000 Euro. Darüber hinaus entscheidet der Hauptausschuss. Da die Lieferung erst 12-14 Wochen nach Absendung der Auftragsbestätigung und Abklärung aller technischen Fragen erfolgt und die nächste Hauptausschusssitzung erst am 01.06.2010 stattfindet, muss ich von meinem Recht der Eilentscheidung Gebrauch machen.

Jürgen Ditz
Bürgermeister



Stadt Grevesmühlen

Informationsvorlage	Vorlage-Nr: VO/12SV/2010-030				
	Status: öffentlich				
	Aktenzeichen:				
Federführender Geschäftsbereich: Finanzen	Datum: 03.05.2010				
	Verfasser: Lenschow, Kristine				
Information zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für die Stadt Grevesmühlen					
Beratungsfolge:					
Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
17.05.2010	Finanzausschuss				
20.05.2010	Rechnungsprüfungsausschuss				
01.06.2010	Hauptausschuss				
14.06.2010	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Sachverhalt:

Die Stadtvertretung hat in ihrer Sitzung am 22.03.2010 die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2010 beschlossen. Im Planjahr 2010 wird ein Jahresfehlbetrag von - 2.664.100 Euro ausgewiesen. Das negative Ergebnis ist nicht ausschließlich aus den Aufwendungen für Abschreibungen zurückzuführen. Bereits mit der Haushaltsdiskussion in den Ausschüssen und der Stadtvertretung wurde deutlich, dass ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen ist. Es wurde sich darüber verständigt, dieses nach Beschluss des Haushaltes aufzustellen.

Die untere Rechtsaufsichtsbehörde hat in Ihrer Genehmigung vom 08.04.2010 zur Haushaltssatzung der Stadt Grevesmühlen für das Haushaltsjahr 2010 die Vorlage eines Haushaltssicherungskonzeptes zum 01.06.2010 erbeten. Seitens der Kämmerei wurde um Fristverlängerung gebeten.

Das Haushaltssicherungskonzept befindet sich derzeit in der Vorbereitung. Seitens der Verwaltung wird zunächst eine umfangreiche Haushaltsanalyse vorgenommen um die Bereiche mit den größten Potentialen zu ermitteln, der dann eine Produktanalyse folgt. Insbesondere werden die demografische Entwicklung, sämtliche Ertragsarten bzw. Einzahlungsarten sowie die Aufwandsarten/Auszahlungsarten unter die Lupe genommen werden. Hieraus werden anschließend gemeinsam mit der Stadtvertretung der Maßnahmenkatalog und der Umsetzungsplan entwickelt.

Ziel des Haushaltssicherungskonzeptes muss es zwar sein, Ergebnis- und Finanzhaushalt mittel- bzw. langfristig auszugleichen. Allerdings wird es nur praktikabel sein, hierzu Etappenziele zu finanzieren. Priorität sollten die Liquiditätssicherung und damit der Ausgleich des Finanzhaushaltes haben.

Angesichts des Umfanges des zu konsolidierenden Defizits und der damit verbundenen Analysen und Diskussionen in den Ausschüssen und der Stadtvertretung wird dies nicht in einem Sitzungsturnus abzuarbeiten sein.

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/12SV/2010-031				
Federführender Geschäftsbereich: Bauamt	Status: öffentlich Aktenzeichen: Datum: 07.05.2010 Verfasser: Prahler, Lars				
Konzept Badeanstalt Ploggensee					
Beratungsfolge:					
Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
17.05.2010	Finanzausschuss				
20.05.2010	Bauausschuss				
25.05.2010	Umweltausschuss				
01.06.2010	Hauptausschuss				
14.06.2010	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:

1.

Die Stadtvertretung beschließt aufgrund der bestehenden Sicherheitsmängel, wie sie im TÜV-Bericht vom ... ausgewiesen sind, den Betrieb der Badeanstalt für die Saison 2010 auszusetzen.

2.

Die Stadtvertretung beschließt den Rückbau der aus Sicht der erforderlichen Sicherheitsstandards und aufgrund Alters nicht mehr geeigneten Anlagenteile der Badeanstalt (Steganlagen, Mauerpodest, Absturzsicherungen) sowie das Herrichten des Uferbereichs in 2010. Die entsprechenden planerischen Vorbereitungen sind zu treffen und entsprechende bau- und naturschutzrechtliche Genehmigungen einzuholen.

3.

Die Stadtvertretung beschließt, die im Sachverhalt eingehender beschriebene Variante ... weiter vorzubereiten.

4.

Die Gegenfinanzierung der Mehrkosten für den Betrieb der Badeanstalt bzw. Badestelle nach Neugestaltung ist wie folgt vorzunehmen ...

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Sachverhalt:

Die Stadtvertretung hat mit Beschluss vom 14.12.2009 Nr. VO/12SV/2009-090 festgelegt, dass das Areal der Badeanstalt aus dem bisherigen Erbpachtverhältnis mit dem bisherigen Betreibern heraus gelöst wird und mit Beschluss Nr. VO/12SV/2009-091 im Rahmen eines Bieterverfahrens eine langfristige Neuverpachtung angestrengt wird.

Die öffentliche Ausschreibung des Pachtvertrages erfolgte zu Beginn dieses Jahres, wurde letztlich aber ohne Vergabe eines Pachtvertrages abgeschlossen. (sh. Beschluss Nr. VO/12SV/2010-025). In diesem Zusammenhang wurde die Verwaltung zugleich aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, mit dem Ziel, ein Konzept für den Erhalt der Badeanstalt zeitnah vorzulegen.

Daher hat die Verwaltung am 01.04.2010 eine Güteprüfung durch den TÜV Nord durchführen lassen, da die sicherheitsrelevanten Anforderungen an die Badeanstalt zu prüfen waren. Dabei erfolgte eine Begutachtung der bestehenden Anlagen, die in Anlage ... dokumentiert ist (**lag bei Redaktionsschluss noch nicht schriftlich vor!**). Demnach sind insbesondere die Steganlagen, die Sprungkombination und das Podest und dessen Absturzsicherung mit erheblichen Sicherheitsmängeln behaftet.

Da diese Anlagen zudem alterbedingten Verschleiß aufweisen, wird von einer Wiederherrichtung seitens der Verwaltung aufgrund des erforderlichen Kostenaufwandes dringend abgeraten.

Alternativ zur schnellst möglichen Wiederinbetriebnahme müsste also der Abriss der Anlagenteile erfolgen. Dieser wurde von dem eingeschalteten Planungsteam vorbereitet und dabei nach Rücksprache mit dem Landkreis festgestellt, dass insbesondere aufgrund der naturschutzrechtlichen Belange ein Baugenehmigungsverfahren inklusive Biotop- und faunistischer Kartierung hierfür erforderlich würde.

Diese Vorleistungen sowie das Genehmigungsverfahren selbst sind zeitlich nicht so gestalten, dass die Abbrucharbeiten noch bis zu den Sommerferien durchgeführt werden. Auch sind Brutzeiten von Wasservögeln zu beachten, die sich bis zum Juni eines Jahres erstrecken.

Darüber hinaus sind keine Mittel in 2010 für den zu erwartenden Kostenumfang der Abbrucharbeiten i.H.v. 50.000 € im HHP 2010 vorgesehen, da ja ursprünglich eine Verpachtung des Areals an Dritte vorgesehen war. Eine Kostentragung im Rahmen des Produktes 11401 im Rahmen der Budgetverantwortung ist möglich, ergibt eine Reduzierung der umsetzbaren Maßnahmen an Objekten dieses Produktes (z.B. Rathaus, Vereinshaus Wotenitz).

In den beiliegenden Betriebsfolgekostenberechnungen sind im wesentlichen zwei Varianten gegenüber gestellt. Variante 1 geht von dem Ausbau zu einer Badeanstalt aus, Variante 2 beschränkt sich im wesentlichen auf die Vorhaltung einer öffentlich zugänglichen Badestelle. Hierbei wurden auch Ansätze für eine zeitweilige Bewachung und Mehrkosten für das Errichten einer einfachen Steganlage ausgewiesen.

Variante I: Badeanstalt

Die neugestaltete Badeanstalt sollte indes den Anforderungen an den Schulsport genügen und eine hohe Attraktivität aufweisen, damit überhaupt Interesse an der Badeanstalt bei den potenziellen Nutzern geweckt werden kann. Darüber hinaus sollte die Badeanstalt dem Standort gerecht gestaltet werden. Zudem sollte die Badeanstalt bewacht sein, um Unfallrisiken zu vermeiden.

Hierzu erfolgte die Erarbeitung eines Grobkonzepts, das im Bauausschuss am 20.05.2010 vorgestellt wird, und das einen Kostenumfang von 425.000 € (inkl. 1. Bauabschnitt: Abriss) aufweist.

Es beinhaltet eine neue Steganlage und eine Sprunganlage sowie diverse Einrichtungen, die insbesondere für den Schulsport unerlässlich sind. Darüber hinaus sind weitere Spielbereiche und -geräte ausgewiesen (sh. Anlage). Es wird jedoch weitgehend auf Umkleiden und größere Sanitäreinrichtungen mit Duschbereichen verzichtet.

In der beiliegenden Betriebsfolgekostenberechnung ist dargelegt, das hieraus unter Berücksichtigung der Abschreibung und der Betriebskosten jährliche Kosten von ca. 55.500 €/anno zu erwarten sind. Die Einnahmen, die diesem gegenüber zu stellen sind, betragen 18.500 €/anno, wobei von 2.000 Gästen pro Saison ausgegangen wird.

Es ergebe sich also ein voraussichtlicher jährlicher Zuschussbedarf i.H.v. 37.000 €/anno. Wenn keine Fördermittel für die baulichen Maßnahmen akquiriert werden können, erhöht sich dieser Zuschussbedarf auf ca. 49.500 €/anno.

Variante II: Badestelle:

Dem gegenüber gestellt wurde eine Variante, bei der davon ausgegangen wird, dass die Badeanstalt zu einer einfachen, frei zugänglichen Badestelle umgebaut wird. In der Grundvariante erfolgt keine Bewachung, es ist auch keine Steganlage vorgesehen. Bis auf weiteres werden die bestehenden Sanitäreinrichtungen weiterhin genutzt, aber hierfür kein zukünftiger Ersatz vorgesehen.

Der Schulsport wäre somit in diesem Areal nicht mehr möglich. Es müsste daher ein anderweitiges Angebot im Umfeld genutzt werden. Nach ersten Preisabfragen kämen im Rahmen unserer Schulträgerschaft Mehrkosten von 10 T€/anno hinzu. Die Abläufe im Schulbetrieb sind bei dieser Variante zudem durch längere Anfahrtswege beeinträchtigt.

Bei dieser Variante II ergibt sich somit ein Zuschussbedarf für den kommunalen Haushalt i.H.v. 16.000 €/anno. Bei einer Bewachung würden weitere 6 T€/anno zu berücksichtigen sein und eine einfache Steganlage würde darüber hinaus 6 T€/anno Kosten erzeugen, die nur teilweise Fördermittel ausgeglichen werden können.

Für beide Varianten besteht grundsätzlich die Möglichkeit, Fördermittel einzuwerben. Hierzu ist die weitere Ausarbeitung der Projektskizze erforderlich und die Kontaktaufnahme zu pot. Fördermittelgebern (LEADER, Dorferneuerung).

Auch bei Einwerbung von Fördermitteln steht aber außer Frage, dass ein Defizit bei einem Betrieb der Badeanstalt in Eigenregie zu erwarten sein wird und/oder bei einer Verpachtung keine nennenswerte Refinanzierung durch Pachteinahmen erreicht werden kann.

Insofern sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich um freiwillige Leistungen handelt und diese nur bei einer Gegenfinanzierung in mindestens gleicher Höhe möglich ist.

Die Gegenfinanzierung wird im Finanzausschuss diskutiert und in der weiteren Beschlussfolge ergänzt.

Mit der Beschlussfassung wird nicht die spätere Betriebsform der Badeanstalt festgelegt. Vielmehr ist denkbar und auch wünschenswert, im Zuge der Neugestaltung der Badeanstalt nochmals eine Verpachtung an Dritte anzustrengen. Es ist aber nahezu auszuschließen, dass damit Einnahmen für den kommunalen Haushalt zu erzielen sind. Eher ist zu erwarten, dass zumindest umfangreichere Neuanschaffungen wiederum in Zukunft von der Stadt zu tätigen sein werden und hierfür Abschreibungen im Haushalt vorzusehen sind.

Anlagen:

- Anlage 1: Betriebsfolgekostenberechnung Variante 1: "Umbau zur Badeanstalt"
- Anlage 2: Betriebsfolgekostenberechnung Variante 2: "Rückbau zur Badestelle"

Anmeldung von Investitionen und Betriebsfolgekostenberechnung

Grevesmühlen	GKZ 12	Variante 1: "Umbau zur Badeanstalt"
erstellt für ...	Haushaltsplan	
HH-Jahr	2010	
Bezeichnung der Maßnahme	Badeanstalt "Plogensee"	
Teilhaushalt	1 bisher, neues Produkt zukünftig erforderlich	
Produkt	11401 bisher, neues Produkt zukünftig erforderlich	
Projekt		

1. Kurzbeschreibung

Die Badeanstalt "Plogensee" befindet sich seit mehreren Jahren in einem schlechten Zustand, der auch tw. aus sicherheitsrelevanten Aspekten heraus dringenden Handlungsbedarf aufweist. Die Anlagen sind vorwiegend aus den 70er Jahren, umfassende Modernisierungen sind seitdem nicht durchgeführt worden. Zudem fehlt es an Umkleidemöglichkeiten, ausreichenden Sanitäreinrichtungen sowie attraktiver Freianlagengestaltung und Spielgeräten, die eine Nutzung gegen Eintritt rechtfertigen würden.

Die nachfolgende Kostenkalkulation geht von einem Abriss sämtlicher, sicherheitsbedenklicher Einrichtungen, einer umfassenden Neugestaltung des Areals und der Neuerrichtung eines Steges aus, der für den Schulsport geeignet ist. Darüber hinaus sollen Spielgeräte zur Attraktivität der Badeanstalt beitragen. Für den Schulsport und auch weiteren Betrieb der Badeanstalt sind darüber hinaus einfache Umkleidemöglichkeiten und Einrichtungen für den Schwimmsport erforderlich. Die Bewachung der Badestelle wird durch einen hauptamtlichen Bademeister zu gewährleisten sein. Es handelt sich um gegen Eintritt zugängliche Badeanstalt. Damit wäre von der Stadt als Schulträger der Schwimmsport über diese Anlage abgesichert.

2. Investitionskosten	Gesamt	Vorjahre	2010	2011	2012	2013	2014
1. Umfassende Modernisierung	425.000,00 €		20.000,00 €	50.000,00 €	250.000,00 €	105.000,00 €	
Summe	425.000,00 €	0,00 €	20.000,00 €	50.000,00 €	250.000,00 €	105.000,00 €	0,00 €

3. Finanzierungsanteile	Gesamt	Vorjahre	2010	2011	2012	2013	2014
1. Mittel aus dem Fischereifonds	250.000,00 €				150.000,00 €	100.000,00 €	
Eigenanteil	175.000,00 €	0,00 €	20.000,00 €	50.000,00 €	100.000,00 €	5.000,00 €	0,00 €

4. Betriebsfolgekosten	nach Invest.	vor Invest.	Differenz	Kommentar	€/anno
1. Baul. Unterhaltung	5.000,00	0,00	5.000,00	Abschätzung	
2. Strom	1.800,00	0,00	1.800,00	Abschätzung (Ansatz SP Grüner Ring: ca. 1.700 €)	
3. Fernwärme/Gas/Öl/Pellets	2.000,00	0,00	2.000,00	Abschätzung (Ansatz SP Sportlerheim: 5.600 €)	
4. Wasser/Abwasser	1.000,00	0,00	1.000,00	Abschätzung (Ansatz SP Sportlerheim T.: 8.000 €)	
5. sonst. Bewirtschaftungskosten	2.000,00	0,00	2.000,00	TÜV-Kontrollen, Qualitätssicherung	
6. interne Leistungen (Bauhof)	5.000,00	0,00	5.000,00	Abschätzung (Bürgerwiese: 16.600 €)	
7. Kosten der Überwachung des Badebetriebs	17.500,00		17.500,00	Personalkosten eines Bademeisters f. 5 Mon. Inkl. Vertretung	
8. Abschreibungen	21.250,00	0,00	21.250,00	Durchschnittliche Abschreibungsdauer v. 20 J.	
			0,00		
Summe	55.550,00	0,00	55.550,00	Angaben in €/anno; geschätzt	

5. Einnahmen aus lfd. Betrieb	nach Invest.	vor Invest.	Differenz	Kommentar	€/anno
1. Eintrittsgelder	3.000,00	0,00	3.000,00	Schätzung 80 Tage und 25 Gäste im Durchschn.; 1,50 €	
2. Mieteinnahmen Dritter	1.500,00	0,00	1.500,00	z.B. durch Vermietung Kiosk (5 Mon. A 300 €)	
3. Gebühren/Einbalmietzahlungen	1.000,00		1.000,00	Einnahmen aus Schulsport anderer Schulträger	
4. Einnahmen aus interne Leistungsverrechn.			0,00		
5. Kostenerstattungen Dritter			0,00		
6. sonst. Bewirtschaftungseinnahmen	500,00		500,00	Sondereinnahmen durch Fremdvermietung	
7. Auflösung der Sonderposten	12.500,00		12.500,00		
			0,00		
Summe	18.500,00	0,00	18.500,00	Angaben in €/anno; geschätzt	

6. laufendes Ergebnis	nach Invest.	vor Invest.	Differenz	Kommentar	€/anno
1. Badeanstalt (mit Fördermittel)	-37.050,00	0,00	-37.050,00	bei Annahme, dass 250 T€ FM fließen.	
2. Badeanstalt (ohne Förderung)	-49.550,00	0,00	-49.550,00	bei Annahme, dass keine FM ausgereicht werden.	

Hr. Prahler; 17.05.2010
Sachbearbeiter/Datum

Hr. Prahler; 17.05.2010
Produktverantwortlicher/Datum

Anmeldung von Investitionen und Betriebsfolgekostenberechnung

Grevesmühlen	GKZ	12	Variante 2: "Rückbau zur Badestelle"
erstellt für ...	Haushaltsplan		
HH-Jahr	2010		
Bezeichnung der Maßnahme	Badeanstalt "Ploggensee"		
Teilhaushalt	1 bisher, neues Produkt zukünftig erforderlich		
Produkt	11401 bisher, neues Produkt zukünftig erforderlich		
Projekt			

1. Kurzbeschreibung

Die Badeanstalt "Ploggensee" befindet sich seit mehreren Jahren in einem schlechten Zustand, der auch tw. aus sicherheitsrelevanten Aspekten heraus dringenden Handlungsbedarf aufweist. Die Anlagen sind vorwiegend aus den 70er Jahren, umfassende Modernisierungen sind seitdem nicht durchgeführt worden. Zudem fehlt es an Umkleidemöglichkeiten, ausreichenden Sanitäreinrichtungen sowie attraktiver Freianlagengestaltung und Spielgeräten, die eine Nutzung gegen Eintritt rechtfertigen würden.

Die nachfolgende Kostenkalkulation geht von einem Abriss sämtlicher, sicherheitsbedenklicher Einrichtungen aus, ggf. Neuerrichtung eines einfachen Steges, der aber nicht für den Schulsport geeignet ist. (Kosten hierfür nur nachrichtlich in der Kalk.) Eine Bewachung der Badestelle ist nur fakultativ vorgesehen und Form einer Bereitstellung von Rettungsschwimmern von entspr. Trägern gegen Aufwandsentschädigung (nicht in Kalk. enthalten!). Es handelt sich um eine öffentliche zugängliche, öffentliche Badestelle, die also nicht bewacht sein wird. Damit wäre von der Stadt als Schulträger der Schwimmsport über diese Anlage nicht abgesichert und es sind daher in der Vergleichsbetrachtung auch die Mehrkosten für den Schülertransport in Badeanstalten im Umland darzustellen.

2. Investitionskosten	Gesamt	Vorjahre	2010	2011	2012	2013	2014
1. Rückbauarbeiten	50.000,00 €		50.000,00 €				
2. Steganlage (nur nachrichtlich!)	70.000,00 €			70.000,00 €	nur nachrichtlich!		
Summe	50.000,00 €	0,00 €	50.000,00 €	70.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

3. Finanzierungsanteile	Gesamt	Vorjahre	2010	2011	2012	2013	2014
2. Fördermittel für den Steg	50.000,00 €		0,00 €	50.000,00 €	nur nachrichtlich!		
Eigenanteil	0,00 €	0,00 €	50.000,00 €	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

4. Betriebsfolgekosten	nach Invest.	vor Invest.	Differenz	Kommentar	€/anno
1. Baul. Unterhaltung	500,00	0,00	500,00	Abschätzung	
2. Strom	500,00	0,00	500,00	Abschätzung (Ansatz SP Grüner Ring: 1.700 €)	
3. Fernwärme/Gas/Öl/Pellets	0,00	0,00	0,00	entfällt	
4. Wasser/Abwasser	1.000,00	0,00	1.000,00	Abschätzung (Ansatz SP Sportlerheim T.: 8.000 €)	
5. sonst. Bewirtschaftungskosten	1.000,00		1.000,00	TÜV-Kontrollen, Qualitätssicherung	
6. interne Leistungen (Bauhof)	3.000,00	0,00	3.000,00	Abschätzung (Bürgerwiese: 16.600 €)	
7. Kosten der Überwachung des Badebetriebs	6.000,00		6.000,00	ca. 6 T€; 70 €/Tag bei 80 Tagen Betrieb, nur nachrichtlich	
8. Abschreibungen	2.000,00	0,00	2.000,00	Durchschnittliche Abschreibungsdauer v. 25 J.	
und mit Steg	6.000,00		6.000,00	nur nachrichtlich, 20 J. Abschreibungsdauer	
9. Mehrkosten Schulsport	10.000,00		10.000,00	Eintrittsgeld Schlutup inkl. Anfahrtkosten	
Summe	18.000,00	0,00	18.000,00	Angaben in €/anno; geschätzt	

5. Einnahmen aus lfd. Betrieb	nach Invest.	vor Invest.	Differenz	Kommentar	€/anno
1. Eintrittsgelder	0,00	0,00	0,00	kein Eintritt	
1. Mieteinnahmen Dritter	1.500,00	0,00	1.500,00	z.B. durch Vermietung Kiosk (5 Mon. A 300 €)	
2. Gebühren/Einmalmietzahlungen	0,00		0,00	Einnahmen aus Schulsport anderer Schulträger	
3. Einnahmen aus interne Leistungsverrechn.			0,00		
4. Kostenerstattungen Dritter			0,00		
5. sonst. Bewirtschaftungseinnahmen	500,00		500,00	Sondereinnahmen durch Fremdvermietung (Strandpartys, Events)	
6. Auflösung der Sonderposten	2.500,00		2.500,00	Fördermittel für Steg, nur nachrichtlich	
			0,00		
Summe	2.000,00	0,00	2.000,00	Angaben in €/anno; geschätzt	

6. laufendes Ergebnis	nach Invest.	vor Invest.	Differenz	Kommentar	€/anno
1. Badestelle, unbewacht, kein Steg	-16.000,00	0,00	-16.000,00		
2. Badestelle, bewacht, kein Steg	-22.000,00	0,00	-22.000,00		
3. Badestelle, bewacht, Steg	-25.500,00		-25.500,00		

Hr. Prahler; 17.05.2010
Sachbearbeiter/Datum

Hr. Prahler; 17.05.2010
Produktverantwortlicher/Datum



Badeanstalt Ploggensee Grevesmühlen

Auftraggeber:

**Stadt Grevesmühlen
Bauamt
Rathausplatz 1
23936 Grevesmühlen**

Planungsbüros :

**Ingenieurbüro Dr. Busch, Ivers, Dr. Wobschal
Lübsche Straße 137
23966 Wismar**

**Planungsbüro Mahnel
Rudolf-Breitscheid-Straße 11
23936 Grevesmühlen**

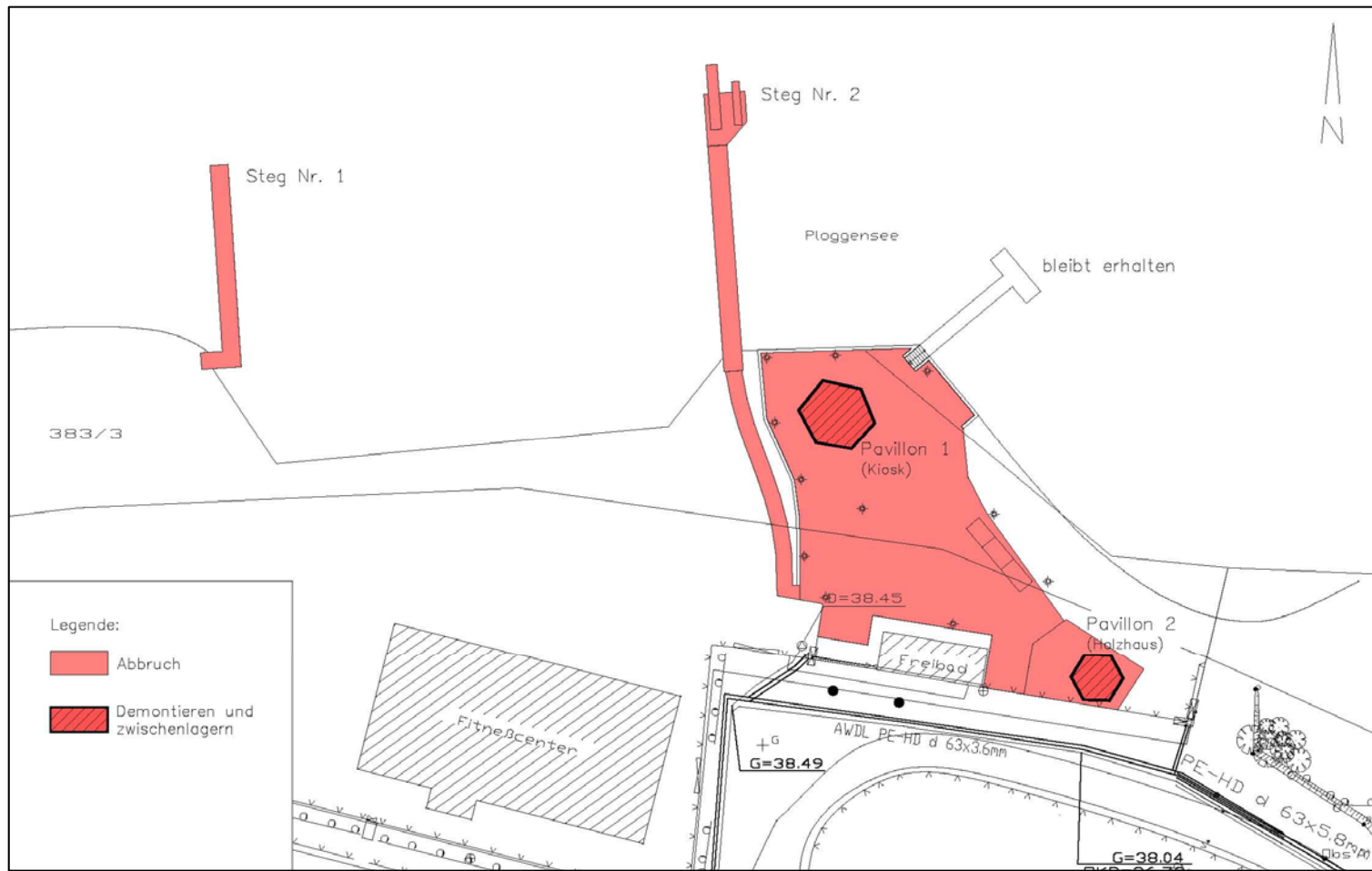


Badeanstalt Plogensee Grevesmühlen



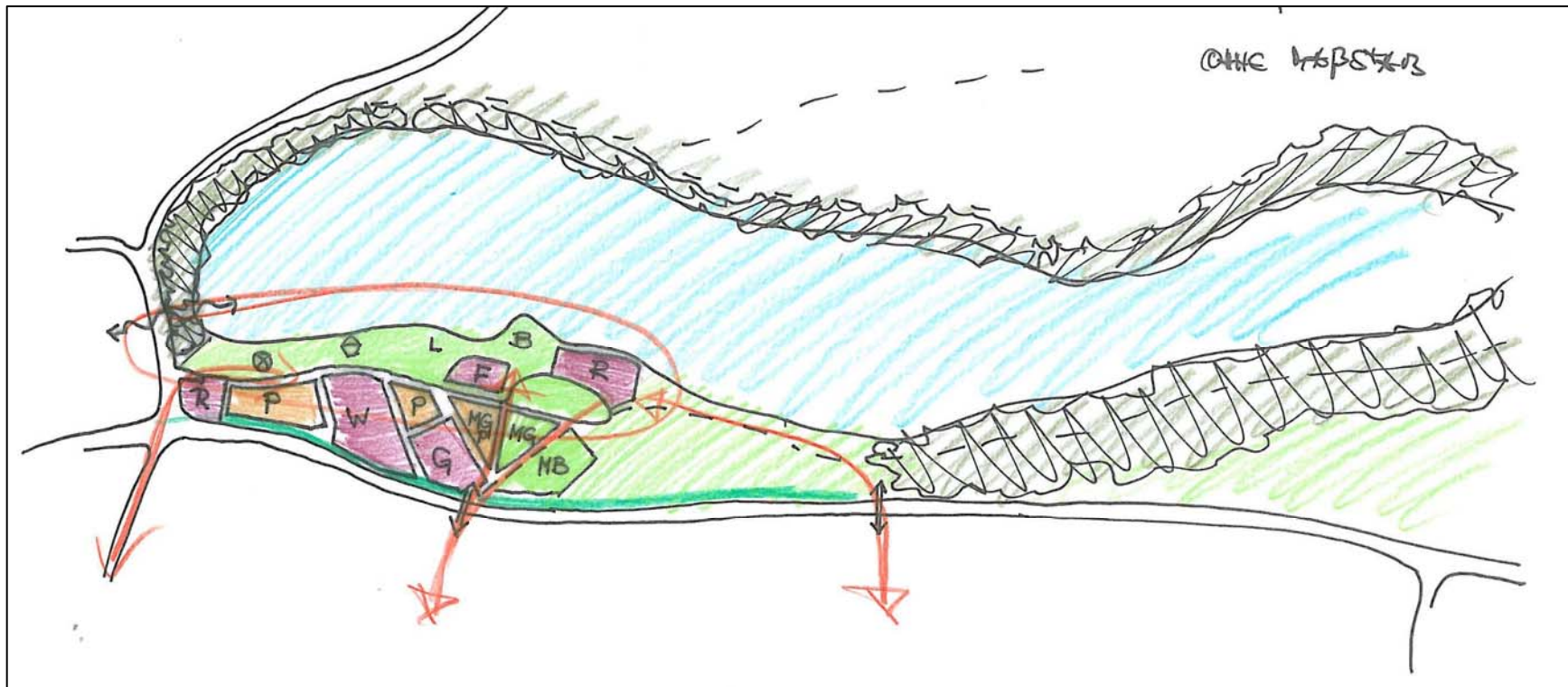


Badeanstalt Ploggensee Grevesmühlen



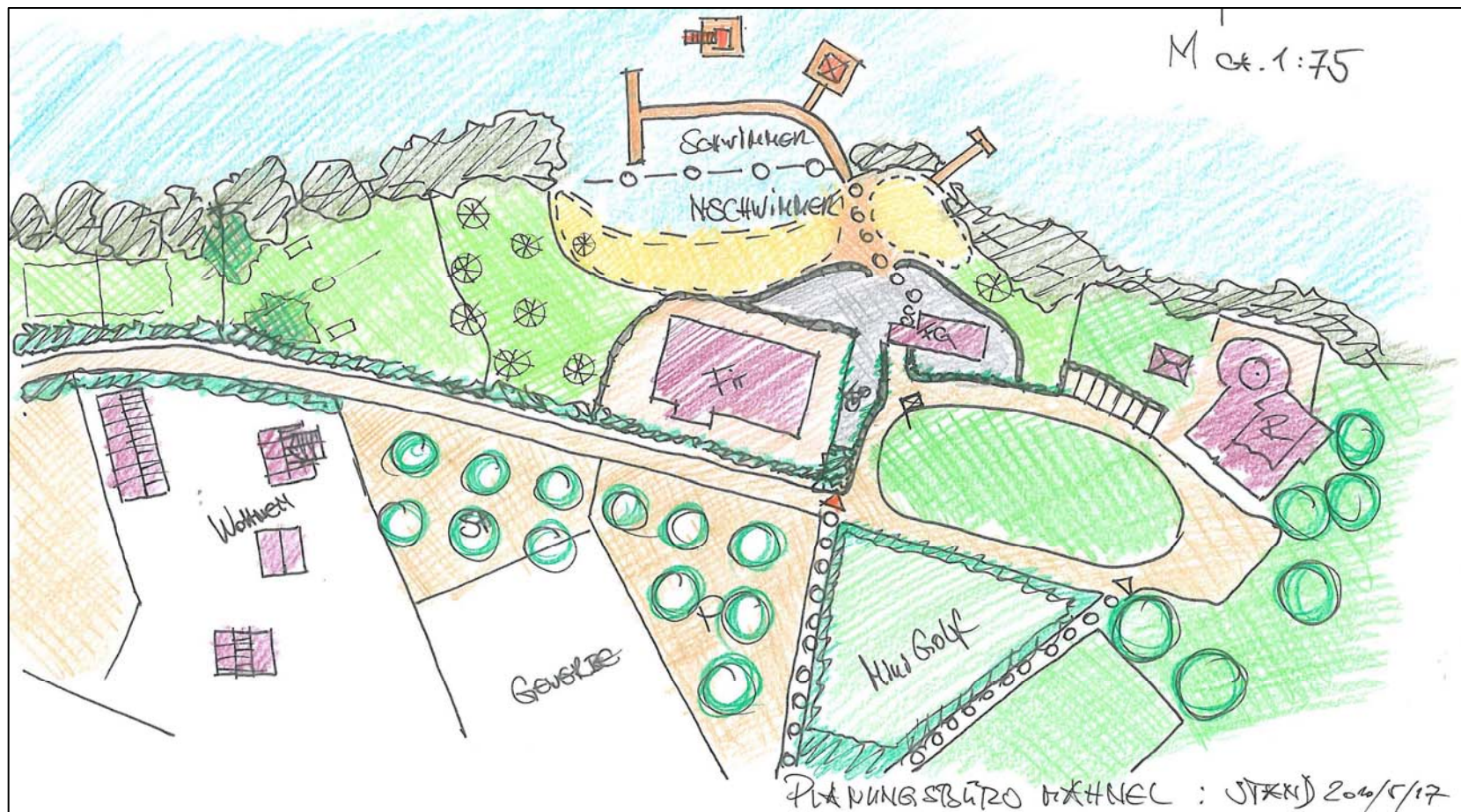


Badeanstalt Ploggensee Grevesmühlen



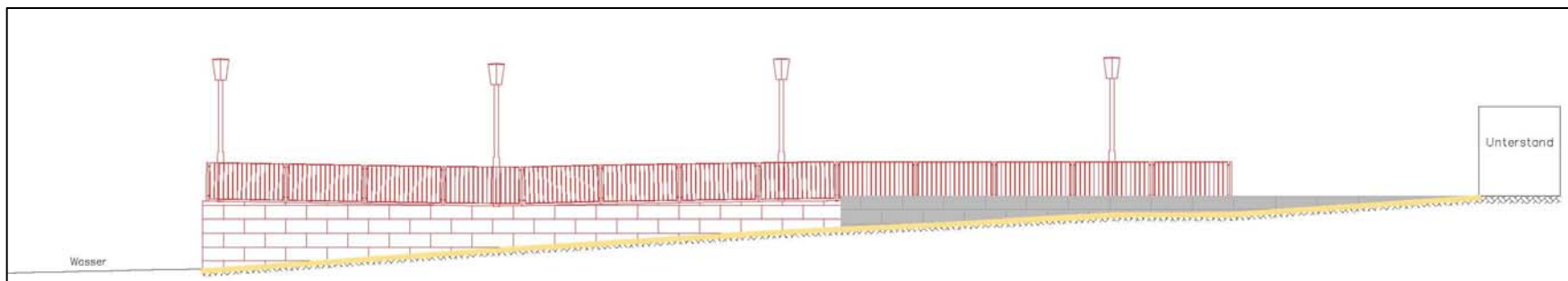


Badeanstalt Poggensee Grevesmühlen





Badeanstalt Ploggensee Grevesmühlen



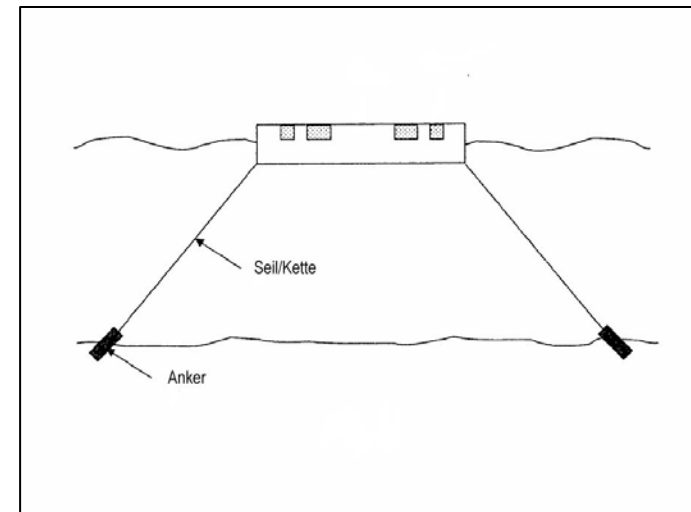
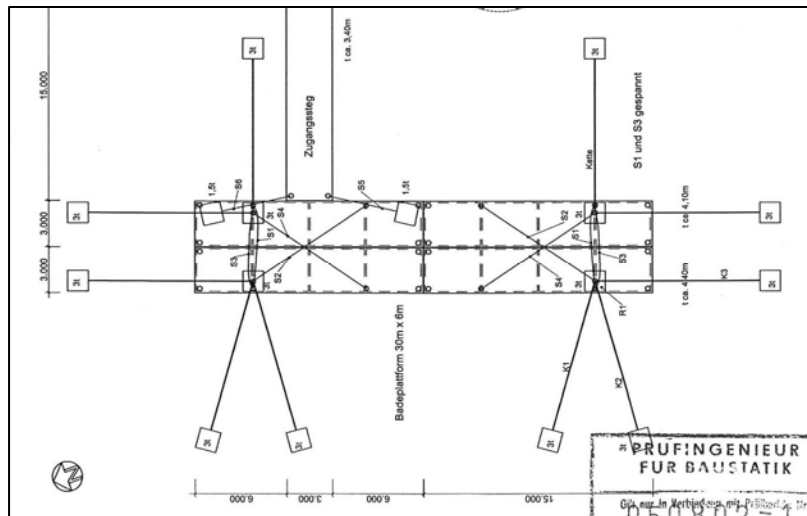


Badeanstalt Ploggensee Grevesmühlen





Badeanstalt Plogensee Grevesmühlen





Badeanstalt Ploggensee Grevesmühlen



Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/12SV/2010-032				
	Status: öffentlich				
	Aktenzeichen:				
Federführender Geschäftsbereich: Bauamt	Datum: 07.05.2010				
Verfasser:					
Beschluss der Ergänzung zum Wärmeliefervertrag für den Rathausblock vom 01.04.1998					
Beratungsfolge:					
Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
17.05.2010	Finanzausschuss				
20.05.2010	Bauausschuss				
01.06.2010	Hauptausschuss				
14.06.2010	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt die Ergänzung zum Wärmeliefervertrag für den Rathausblock vom 01.04.1998.

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Sachverhalt:

Die Stadtwerke Grevesmühlen planen den Rathausblock ab September 2010 mit Fernwärme zu versorgen.

Die bisherige Heizkesselanlage ist nach Angaben der Stadtwerke technisch abgeschrieben und aufgrund der fehlenden Abnehmer (Kamm und Wohnbebauung) überdimensioniert.

Mit dem Fernwärmeanschluss erfolgt ein Anschluss an das vorhandene Fernwärmesystem der Stadtwerke und somit auch anteilig ein Umstieg auf die Abwärme der Biogasanlage.

Damit wird zukünftig ein erheblicher Anteil des Energieverbrauches des Rathauses CO₂ - neutral erfolgen.

Die Kosteneinsparungen gegenüber des bisherigen Vertrages betragen nach derzeitigem Stand rd. 4.000 €/anno. Dies rechtfertigt, die im Gegenzug eingeräumte feste Laufzeit von mind. 10 Jahren. Diese wird zudem erforderlich zur Absicherung der Investitionen der Stadtwerke für den Fernwärmeanschluss.

Finanzielle Auswirkungen:

Einsparung Stadt in 10 Jahren gegenüber Altvertrag ca. 40.000,-€

Anlage/n:

- Gegenüberstellung Vertragsänderungen alter Vertrag/ neuer Vertrag
- Ergänzung zum Wärmeliefervertrag vom 01.04.1998

Vertragsänderung Belieferung Rathausblock ab 01. September 2010

Alte Regelung Nahwärme bis 30.08.10	Neue Regelung Fernwärme ab 01.09.10	Bemerkungen
Normwärmebedarf für Objekt 1 - 5 472 kW	Normwärmebedarf für Objekt 1 - 3 232 kW	Objekt 4 - Betreutes Wohnen - ist weggefallen Objekt 5 - Kammbebauung - wurde nicht angeschlossen
Mitteilungsschreiben <u>vor</u> Preisänderung	Preismitteilungsschreiben mit informativem Charakter	Preisänderung ergibt sich aus Preisgleitklausel; Lohn und Investgüterindex werden erst Ende Januar für das Vorjahr veröffentlicht, so dass eine Preismitteilung ab 1.1.d.J. erst ab Februar d. J. möglich ist.
Wartung, Inspektion, Instandsetzung der Heizung bis zum einzelnen Heizkörper pauschal 5.121,62 EUR. Preis nach fünf Jahren verhandlungsfähig	Wartung, Inspektion, Instandsetzung der Heizung bis zum einzelnen Heizkörper pauschal 2.500 EUR. Preis fest vereinbart	Einsparung Stadt von 2.622 EUR (3.120 EUR brutto)
Vertrag jährlich kündbar	erstmal nach 10 Jahren kündbar, danach Verlängerung um 5 Jahre	Der Bau der Fernwärmeleitung bedingt sicheren Wärmeabsatz über mindestens 10 Jahre. Laufzeit deshalb wie gesetzlich in der AVB Fernwärme vorgesehen.
Individuelle Preisgleitklausel Nahwärme Rathausblock	Verwendung Fernwärmepreisgleitklausel der SWG	
Arbeitspreis lt. Preisgleitklausel 1.1.10 = 5,34 ct./kWh	Arbeitspreis lt. Preisgleitklausel = 4,94 ct./kWh	bei 308.000 kWh Verbrauch Stadt 2009 resultiert daraus eine dauerhafte jährliche Einsparung von 1.232 EUR (1.466 EUR brutto)
Grundpreis lt. Preisgleitklausel 1.1.10 = 51,61 EUR/kW/Jahr	Grundpreis lt. Preisgleitklausel 1.1.10 = 50,95 EUR/kW/Jahr	bei 232 kW Anschlussleistung resultiert daraus eine dauerhafte jährliche Einsparung von 153 EUR (182 EUR brutto)

(Alle genannten Preise verstehen sich, sofern nicht anders ausgewiesen, zzgl. MWSt., derzeit 19%)

**Einsparung Stadt in 10 Jahren gegenüber Altvertrag:
= rd. 40.070 EUR (47.683 Euro brutto)**

Ergänzung

zum Wärmeliefervertrag vom 01.04.1998

zwischen

Stadt Grevesmühlen,
Rathausplatz 1,
23936 Grevesmühlen

vertreten durch den Bürgermeister Jürgen Ditz

nachstehend auch **Stadt** genannt -

und

Stadtwerke Grevesmühlen GmbH,
Grüner Weg 26,
23936 Grevesmühlen,

vertreten durch den Geschäftsführer Heiner Wilms

- nachstehend auch **SWG** oder **Versorger** genannt -

*für die **Verbrauchsstelle**: Rathaus, Rathausplatz 1, Grevesmühlen
(bestehend aus:
Objekt 1 – Rathaus Altbau
Objekt 2 – Rotunde/Bibliothek
Objekt 3 – Rathaus Neubau)*

Präambel

Die SWG planen, den Rathausblock Grevesmühlen ab September 2010 mit Fernwärme aus den am Sitz der SWG vorhandenen technischen Wärmeherzeugungsanlagen zu versorgen. Zu diesem Zweck wird eine Fernwärmeleitung in die Innenstadt verlegt.

Für die Stadt wird dadurch eine dauerhafte Senkung der Wärmekosten realisiert.

Die im Rathausblock bisher installierten technischen Anlagen der Nahwärmeversorgung bleiben bestehen.

Daraus resultieren **ab 01.09.2010 folgende Vertragsänderungen:**

Art. 2 Wärmelieferung, § 1 Lieferumfang, Absatz (1):

Die Aufstellung der Anschlusswerte wird wie folgt aktualisiert:

- (1) Für die Wärmeversorgung wird als Anschlusswert folgender Normwärmebedarf vereinbart:

	Wärmebedarf	Vorlauftemperatur (max/min)			
<u>Objekt 1 – Rathaus Altbau</u>					
Raumheizung	62 kW	70	/	55	°C
Raumluftechnische Anlagen	-		/		°C
Wassererwärmung	-		/		°C
Sonstige Anlagen für Sonderzwecke	-		/		°C
<u>Objekt 2 – Rotunde/Bibliothek</u>					
Raumheizung	35 kW	70	/	55	°C
Raumluftechnische Anlagen	-		/		°C
Wassererwärmung	-		/		°C
Sonstige Anlagen für Sonderzwecke	-		/		°C
<u>Objekt 3 – Rathaus Neubau</u>					
Raumheizung	95 kW	70	/	55	°C
Raumluftechnische Anlagen	40 kW		/		°C
Wassererwärmung	-		/		°C
Sonstige Anlagen für Sonderzwecke	-		/		°C
Summe:	<u>232 kW.</u>				

Art. 2 Wärmelieferung, § 5 Preisanpassung, Absatz (4):

Dieser Absatz wird gestrichen.

Art. 4 Serviceleistungen, § 2 Preisregelung, Abs. (1)

wird wie folgt ersetzt:

- (1) Der Preis für die erbrachten Serviceleistungen wird wie folgt pauschal vereinbart:

Objekt 1-3 2.500 EUR netto
(2.975 EUR brutto incl. derzeit gültiger Umsatzsteuer von 19%)

Art. 4 Serviceleistungen, § 2 Preisregelung, Abs. (3):

Dieser Absatz wird gestrichen.

Art. 6 Weitere Vertragsabreden, § 4 Vertragsdauer/Kündigung, Abs. (2)

wird wie folgt neu gefasst:

- (2) Die Vertragslaufzeit beträgt zunächst 10 Jahre ab dem 01.09.2010. Der Vertrag verlängert sich um jeweils weitere 5 Jahre, wenn er nicht 9 Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Die Anlage 1 zum Wärmeliefervertrag wird ersetzt :

siehe Anlage

Grevesmühlen, den

Stadt Grevesmühlen

Stadtwerke Grevesmühlen GmbH

Anlagen:

Anlage 1 - Preisgleitklauseln

Anlage 1 zum Wärmeliefervertrag

Preisgleitklauseln

1. Der **Arbeitspreis** beträgt am 01.09.2010:

$$\text{AP} = 49,40 \text{ EUR/ MWh (netto)}$$

des tatsächlichen Verbrauchs. Er ist nach Punkt 2a) dieser Anlage 1 veränderlich und wird **vierteljährlich** zum 01. Januar, 01. April, 01. Juli und 01. Oktober angepasst. Die erste Preisanpassung erfolgt zum 01. Januar 2011.

Der Kunde erhält vierteljährlich eine informatorische Preismitteilung, die in der Regel mit der Fernwärmeabrechnung für den Vormonat versandt wird. Die Preismitteilung zum 01. Januar wird erst mit der Fernwärmeabrechnung für Januar versandt.

Der Verbrauch wird anhand von geeichten Wärmemengenzählern ermittelt. Beim Einsatz weiterer Messgeräte zur differenzierten Verbrauchserfassung hat der Kunde die dadurch zusätzlich entstehenden Kosten zu tragen.

Der **Jahresgrundpreis** richtet sich nach dem bereitgestellten Normwärmebedarf entsprechend Art. 2 Wärmelieferung, § 1 Lieferumfang, Absatz (1) und beträgt am 01.09.2010:

$$\text{GP} = 50,95 \text{ EUR/kW/Jahr (netto)}$$

Er ist nach Punkt 2b) dieser Anlage 1 veränderlich und wird zum 01.01. eines jeden Jahres angepasst. Die erste Preisanpassung erfolgt zum 01.01.2011. Eine informatorische Preismitteilung erhält die Stadt jährlich, in der Regel mit der Fernwärmeabrechnung für Januar des neuen Jahres.

Der Normwärmebedarf in §1 Absatz 3 kann durch die SWG rückwirkend für das gesamte Kalenderjahr angepasst werden, wenn messtechnisch nachgewiesen wird, dass die bereitgestellte höchste Wärmeleistung zu niedrig angegeben wurde.

Der **Messpreis** wird dem Kunden gesondert in Rechnung gestellt. Er richtet sich nach dem jeweils gültigen Preisblatt der Wärmeversorgung Grevesmühlen GmbH entsprechend der Zählergröße (siehe Anlage).

2. Preisänderungsklauseln:

$$\text{a) AP} = 46,43 + 0,787 (L - 12,04) + 0,755 (\text{HEL} - 44,70) + 0,149 (I_e - 103,0)$$

In der Änderungsklausel bedeuten:

AP = neuer Arbeitspreis (netto)

L = Jahresdurchschnitt des Stundenlohns für Arbeiter und Angestellte des TVÖD für Kommunen Ost, Entgeltgruppe 6, Entwicklungsstufe 5
Ausgangsbasis $L_0 = 12,04$ EUR (Stand: 31.12.2005)

HEL = Preis für leichtes Heizöl, veröffentlicht vom Statistischen Bundesamt in der Fachserie 17, Reihe 2, Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise); Preis bei Lieferung in Tankkraftwagen an Verbraucher, 40 bis 50 hl pro Auftrag, einschließlich Verbrauchssteuer, frei für Verbraucher, für den Berichtsort Hamburg; Ausgangsbasis: $\text{HEL}_0 = 44,70$ EUR/hl (Jahresdurchschnitt 2005).

Referenzperioden für leichtes Heizöl:

In den Referenzperioden werden die Referenzwerte für HEL wie folgt festgelegt:

zum 01. Januar: der arithmetische Durchschnitt der Notierungswerte für die Monate Juni bis einschließlich November des vorangegangenen Jahres;
zum 01. April: der arithmetische Durchschnitt der Notierungswerte für die Monate September des vorangegangenen Jahres bis einschließlich Februar des laufenden Jahres;
zum 01. Juli: der arithmetische Durchschnitt der Notierungswerte für die Monate Dezember des vorangegangenen Jahres bis einschließlich Mai des laufenden Jahres;
zum 01. Oktober: der arithmetische Durchschnitt der Notierungswerte für die Monate März bis einschließlich August des laufenden Jahres;

le = Jahresdurchschnitt des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Erzeugnisse des Investitionsgüterproduzenten aus der Fachserie 17 des Statistischen Bundesamtes, Reihe 2, Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise),
Ausgangsbasis: $I_0 = 103,0$ (Jahresdurchschnitt 2005)

$$b) GP = 49,6 + 0,787 (L - 12,04) + 0,149 (le - 103,0)$$

In der Änderungsklausel bedeuten:

GP = neuer Jahresgrundpreis (netto)

L = Jahresdurchschnitt des Stundenlohns für Arbeiter und Angestellte des TVÖD für Kommunen Ost, Entgeltgruppe 6, Entwicklungsstufe 5
Ausgangsbasis $L_0 = 12,04$ EUR (Stand: 31.12. 2005)

le = Jahresdurchschnitt des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Erzeugnisse des Investitionsgüterproduzenten aus der Fachserie 17 des Statistischen Bundesamtes, Reihe 2, Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise),
Ausgangsbasis: $I_0 = 103,0$ (Jahresdurchschnitt 2005)

3. Auch bei Nichtanwendung der Preisgleitklauseln gemäß Absatz 2 für einen bestimmten Zeitraum bleibt deren Wirksamkeit erhalten. Das Recht der SWG zu deren Anwendung bleibt bestehen.

4. Alle unter Ziffer 1 genannten Nettopreise werden zuzüglich der jeweils geltenden Umsatzsteuer, z. Z. 19 % berechnet.

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/12SV/2010-033				
Federführender Geschäftsbereich: Bauamt	Status: öffentlich Aktenzeichen: Datum: 07.05.2010 Verfasser: G. Matschke				
Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.33 der Stadt Grevesmühlen "Wohnbebauung Karl-Marx-Straße" hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss					
Beratungsfolge:					
Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
20.05.2010	Bauausschuss				
25.05.2010	Umweltausschuss				
01.06.2010	Hauptausschuss				
14.06.2010	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen billigt die Entwürfe der Planzeichnung und der Begründung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 33 „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“.
2. Die Entwürfe der Planzeichnung und der Begründung sind für die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu nutzen.
3. Die Planung ist mit den Nachbargemeinden abzustimmen.
4. In der Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung ist darauf hinzuweisen, dass ein Umweltbericht nicht gefertigt wird und eine Ausgleichs- und Ersatzbilanz nicht erforderlich wird, weil es sich um ein Verfahren nach § 13a BauGB handelt.
5. In der Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung ist darauf hinzuweisen, dass nicht innerhalb der öffentlichen Auslegungsfrist abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan nach § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben können, wenn die Stadt Grevesmühlen deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.
6. Mit der Bekanntmachung zur Öffentlichkeitsbeteiligung wird mitgeteilt, dass bei Aufstellung eines Bebauungsplanes ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Sachverhalt:

Die Stadt Grevesmühlen stellt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 für das Gebiet an der Karl-Marx-Straße auf.

Für den Bebauungsplan wurde die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit im Verfahren nach § 13a BauGB, Verfahren der Innenentwicklung durchgeführt.

Es ergeben sich:

- zu berücksichtigende,
- teilweise zu berücksichtigende,
- nicht zu berücksichtigende Anregungen und Stellungnahmen.

Die Behandlung der Stellungnahmen ist erfolgt. Für die Behandlung der Stellungnahmen liegen eine Kurzzusammenfassung und die tabellarische Auswertung der Stellungnahmen vor. Die Planunterlagen wurden in Bezug auf die Planzeichnung und den Text Teil B überarbeitet. Nach Auswertung des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens ist der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zu fassen. Das Verfahren ist durch weitere Verfahrensschritte fortzuführen.

Information zum Einfluss dieser Entscheidung auf Leitbilder der Stadt Grevesmühlen

Leitbild 2: Grevesmühlen, die wachsende Stadt !

Projekt 19: Entwicklung des ehemaligen Gewerbestandortes „Diamant“
zum Wohnstandort

Priorität: gering

Finanzielle Auswirkungen:

Sämtliche anfallenden Kosten werden vom Vorhabenträger übernommen.

Anlage/n:

- Tabellarische Auswertung der Stellungnahmen zum Vorentwurf mit Kurzzusammenfassung
- Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ (Planzeichnung und Text-Teil B; Stand: Entwurf Mai 2010)

Satzung über den vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen "Wohnbebauung Karl-Marx-Straße"									
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB									
VORENTWURF									
Ud.Nr.	Träger öffentlicher Belange	Anforderung	Postfälligkeit	Schreiben vom	1	2	3		
I.1	Planungsstellen								
I.1.1	Landesplanung								
I.1.2	Landesplanung Westmecklenburg								
I.2	Träger öffentlicher Belange								
I.2.1	Landkreis Nordwestmecklenburg	04.02.2010	04.03.2010	02.03.2010	x				
I.2.2	Landkreis Nordwestmecklenburg	04.02.2010	04.03.2010	02.03.2010	x				
I.2.3	Minist. f. Verkehr, Bau u. Landesentw.	04.02.2010	02.03.2010	28.02.2010					
I.2.4	Minist. f. Umwelt	04.02.2010	02.03.2010	25.02.2010					
I.2.5	LA f. Umwelt, Naturschutz u. Geologie	04.02.2010	15.02.2010	10.02.2010					
I.2.6	Stadtbauamt Schwentin	04.02.2010	15.02.2010	11.02.2010					
I.2.7	Industrie- und Handelskammer	04.02.2010	02.03.2010						
I.2.8	Handwerkskammer Schwentin	04.02.2010	10.02.2010						
I.2.9	Ministerium für Verkehr	04.02.2010	10.02.2010	08.02.2010					
I.2.10	Deutsche Telekom	04.02.2010	23.02.2010	22.02.2010					
I.2.11	Ev.-Luth. Landeskirche	04.02.2010							
I.2.12	Katholische Kirche	04.02.2010							
I.2.13	Zweckverband f. Wasserversorgung	04.02.2010	09.03.2010	04.03.2010					
I.2.14	Grevesmühlener Busgesellschaft	04.02.2010							
I.2.15	Stadtwerke Grevesmühlener GmbH	04.02.2010	23.02.2010	19.02.2010					
I.2.16	Gasnetz Grevesmühlener GmbH	04.02.2010	23.02.2010	19.02.2010					
I.2.17	Farne-Wärme Grevesmühlener GmbH	04.02.2010	01.03.2010	26.02.2010					
I.2.18	E.ON eds AG	04.02.2010	22.02.2010	15.02.2010					
I.2.19	E.ON HANSA AG	04.02.2010	09.02.2010	09.02.2010					
I.2.20	GD&M	04.02.2010	16.02.2010	16.02.2010					
I.2.21	SO HERTZ	04.02.2010	16.02.2010	12.02.2010					
I.2.22	Bundesanstalt f. Immobilienaufgaben	04.02.2010	04.03.2010	03.03.2010					
I.2.23	LA für Kultur und Denkmalpflege	04.02.2010							
I.2.24	LA für Gesundheit und Soziales	04.02.2010							
I.2.25	Fondant Schiffberg	04.02.2010							
I.2.26	Minist. f. Landw. Umwelt, Verbraucherschutz	04.02.2010	15.02.2010	08.02.2010					
I.2.27	Landesgesellschaft	04.02.2010	04.03.2010	23.02.2010					
I.2.28	LA f. Umwelt u. Naturschutz	04.02.2010	10.03.2010	02.03.2010					
I.2.29	Minist. f. Bild., Wiss. u. Kultur	04.02.2010							
I.2.30	Naturschutzverband Deutschland	04.02.2010	23.02.2010	17.02.2010					
I.2.31	Wasser- und Bodenverband	04.02.2010							
I.2.32	Bau für Bau und Liegenschaften	04.02.2010	ohne	19.02.2010					
I.2.33	Ministerium f. Gesundheit u. Soziales	04.02.2010	23.02.2010	18.02.2010					
I.2.34	LA f. Brand-Katastrophenschutz	04.02.2010	18.02.2010	18.02.2010					
I.2.35	Polizeidirektion Schwentin	04.02.2010	12.02.2010	10.02.2010					
I.2.36	Wirtschaftsinstitut Schwentin	04.02.2010							
I.2.37	Freiwillige Feuerwehr	04.02.2010	31.03.2010	08.03.2010					
I.2.38	Landesjugendverband	04.02.2010	25.02.2010	22.02.2010					
I.2.39	Landesjugendverband	04.02.2010	08.03.2010	03.03.2010					

Ud.Nr.	Schutzgemeinschaft/Deutscher Wald	04.02.2010							
III.1	Nachbargemeinden								
III.1.1	Stadt Grevesmühlen	04.02.2010							
III.1.2	Gemeinde Harschagen	ohne							
III.1.3	Gemeinde Bützow	ohne							
III.1.4	Gemeinde Warnow	ohne							
III.1.5	Gemeinde Pfirschnow	ohne							
III.1.6	Gemeinde Lipkau	ohne							
III.1.7	Gemeinde Gölchow	ohne							
III.1.8	Ant. Klitzow Winkel	04.02.2010							
III.1.9	Gemeinde Dornstegen								
III.1.10	Gemeinde Hohentietzen	06.05.2010							
IV	Bürger								
IV.1	Karen Gröhn								
IV.2	Fam. Kobiela	23.02.2010							
IV.3	Andre Borchert	02.03.2010							
1	Abwägungsgründungen								
2	Hinweise								
3	Ohne Anmerkungen								

Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit den Vorentwurfsunterlagen

Hier: Kurzzusammenfassung von Stellungnahmen

Stellungnehmende und Stelle und Bürger	Behörde	Inhalt
Landkreis Nordwestmecklenburg Untere Wasserbehörde		- Trinkwasserschutzzone III beachten. - Trinkwasserversorgung mit Zweckverband klären. - Schmutzwasserversorgung mit Zweckverband klären. - Regenwasserableitung mit Zweckverband regeln. - Allgemeine Anforderungen an Ver- und Entsorgung und Gesetze und Verordnungen, die hierzu gelten, beachten. - Mitteilung, dass keine Altlasten berührt sind.
Landkreis Nordwestmecklenburg Untere Abfallbehörde		- Abgabe, die gesundheitsschädigend sind, ausschließen.
Landkreis Nordwestmecklenburg Untere Immissionsschutzbehörde		- Artenschutztaugliche ergänzen. Gutachten durch das Gutachterbüro Martin Bauer soll insbesondere in Bezug auf Fledermäuse erstellt werden.
Landkreis Nordwestmecklenburg Untere Naturschutzbehörde		- Keine Kartier-Ergebnisse bei der Unteren Naturschutzbehörde vorhanden; Schlussfolgerung, dass auch keine Arten bekannt sind, sonst wären diese mitgeteilt worden. - Keine geschützten Bäume nach § 26a LNatG M-V vorhanden.
Landkreis Nordwestmecklenburg Abfallwirtschaft		- Abfallbehälter sind an der Karl-Marx-Straße bereitzustellen. Die zentrale Müllsammelung soll in der Tiefgarage erfolgen. Die Bereitstellung der Abfallbehälter erfolgt an der Karl-Marx-Straße am Entsorgungslager zum Abholtermin. Detailfragen, wie Anzahl und Größe der Abfallbehälter in Abhängigkeit von Entsorgungsintervallen sind im Zuge des Bauantragsverfahrens zu klären. Eine Wendeanlage soll mit Durchmesser von 12 m und Überhang vorgesehen werden.
Landkreis Nordwestmecklenburg Brandschutz		- Löschwasser in ausreichendem Umfang zur Verfügung. - Zufahrten auf Stellplätze und Bewegungsflächen werden durch den Bauherren abgesichert. Befahrbarkeit der inneren Erschließungsstraße ist zu sichern. Straßenbreite und Kurvenradien nach DIN 14090 auslegen, Aufsicht- und Bewegungsflächen im Zuge des Bauantragsverfahrens mit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Grevesmühlen abstimmen. - Brandschutzkonzept für die Tiefgarage dem Bauantrag beifügen. - Brandschutz für Wohnhäuser in Abstimmung mit der Brandschutzbehörde in Bauantragspläne eintragen.

Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit den Vorentwurfsunterlagen

Hier: Kurzzusammenfassung von Stellungnahmen

Stellungnehmende und Stelle und Bürger	Behörde	Inhalt
Landkreis Nordwestmecklenburg Baufreiplanung		- Die Anwendbarkeit nach § 13a BauGB wird zusätzlich begründet. - Eine Festsetzung nach § 12 Abs. 3a BauGB in Verbindung mit § 9 Abs. 2 BauGB wird getroffen, dass nur solche Vorhaben zulässig sind, die auch der Durchführungsvertrag enthält. - Die Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan ist gegeben, weil im Flächennutzungsplan auch eine entsprechende Baufläche dargestellt ist. - Verfahrensmerkmale werden entsprechend angepasst. - Die Zeichen auf der Planzeichnung „A“ und „B“ werden konkretisiert. „A“ und „B“ beziehen sich auf das Betreute bzw. auf das Allgemeine Wohnen. - Es wird eine einheitliche/gesamtheitliche Satzung erstellt. - Vor den Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten wird der Begünstigte ergänzt. - Auf die Sicherung des ausreichenden Brandschutzes ist einzugehen. - Abstandsflächen sind einzuhalten. - Der Ausschluss bzw. die Notwendigkeit des Ausschlusses von Einrichtungen nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 BauGB wird geprüft. Es handelt sich hierbei um die Zulässigkeit von Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke. - Die städtebauliche Begründung für das Konzept wird überprüft und ergänzt. - Die Unzulässigkeit von Windenergieanlagen als Nebenanlagen, die Zulässigkeit von Flachdächern, die Notwendigkeit der Tiefgarage, wird begründet. - Es sind keine Bodendenkmale betroffen. Dies ergab die Abstimmung mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege. Nach nochmaliger Aufforderung hat der Landkreis Nordwestmecklenburg mitgeteilt, dass die Belange der Bodendenkmalpflege nicht zu beachten sind. - Das LUNG hat sich nicht zu artenschutzrechtlichen Belangen geäußert. Diese sind unabhängig davon im weiteren Verfahren abzustimmen. - Leitungsverläufe sind zu beachten. - Die Vorgehensweise zur Verlegung ist im Rahmen der Erschließungsplanung für das Projekt abzustimmen. - Mit dem Zweckverband Grevesmühlen fand eine Abstimmung statt, nach der grundsätzlich die Ver-
Landkreis Nordwestmecklenburg Denkmalschutz		
LUNG		
Deutsche Telekom		
Zweckverband Grevesmühlen		

Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit den Vorentwurfsunterlagen

Hier: Kurzzusammenfassung von Stellungnahmen

Stellungnehmende und Stelle	Behörde und Bürger	Inhalt
		und Entsorgung möglich ist. Zur Sicherung der anerkannten Kosten der Erschließungsmaßnahme ist vor der Rechtskraft des Bebauungsplanes beim Zweckverband Grevesmühlen eine entsprechende Bürgschaft zu hinterlegen. - Trinkwasserversorgung / Schmutzwasserentsorgung geregelt. - Der Erschließungsvertrag ist zur Vereinbarung und vor Satzungsbeschluss vorzulegen. - Kosten dürfen dem Zweckverband Grevesmühlen nicht entstehen. - Die Kleinkläranlage auf dem Grundstück ist zu beseitigen. - Allgemeine Hinweise sind zu beachten. - Für die Trinkwasserleitung ist eine Fachplanung zu erstellen und vorhandene Leitungen sind zurückzubauen. - Schmutzwasserentsorgungsleitungen auch durch Fachplanung erstellen. Geordneten Rückbau anstreben. - Regenwasser möglichst versickern oder alternativ ableiten. - Nachweise sind zu führen. - Fachplanungen sind entsprechend vorzubereiten. - Löschwasserbereitstellung ist zu sichern (ist gesichert nach Stellungnahme der Freiwilligen Feuerwehr).
Stadtwirke Grevesmühlen GmbH		- Leitungsverläufe Elektroenergie sind zu beachten. - Fernwärme, allgemeine Ausführungen zu Leitungen. - Schutzanforderungen zu Leitungen. - Fernwärmeversorgung angestrebt. - Der Vorhabenträger hat Abstimmungen geführt. Ein Termin für die Realisierung der Fernwärmeversorgung wurde noch nicht benannt. Der Bebauungsplan soll auf die Möglichkeit eines entsprechenden Fernwärmeantrages hinweisen. - Abstimmungen im weiteren Vorbereitungsverfahren. - Leitungsverläufe sind zu beachten.
Gasnetz Grevesmühlen GmbH		- Leitungen vorhanden. - Allgemeine Hinweise mit Bezug auf Abstimmungen mit den Stadtwerken Grevesmühlen GmbH. - Kabelschutz ist zu beachten. - Keine Leitungen vorhanden.
E.ON / edis		
E.ON / HANSE		

Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit den Vorentwurfsunterlagen

Hier: Kurzzusammenfassung von Stellungnahmen

Stellungnehmende und Stelle	Behörde und Bürger	Inhalt
Landesamt für Kultur und Denkmalpflege		- Keine Bedenken, jedoch sind mit dem Landkreis Nordwestmecklenburg Abstimmungen zu führen, weil der Landkreis Nordwestmecklenburg Hinweise auf Bodendenkmale gegeben hatte.
Wasser- und Bodenverband		- Oberflächenwasserableitungen abstimmen. - Zweckverband Grevesmühlen ist einzubeziehen. - Untere Wasserbehörde ist Genehmigungsbehörde. - Abstandsflächen, Anforderungen des Amtsgerichtes beachten.
Betrieb für Bau und Liegenschaften		- Grenzregelung eine privatrechtliche Regelung ohne bauleitplanerischen Belang. - Beweissicherungsverfahren keine bauleitplanerische Regelung, sondern privatrechtlich zu regeln. - Teilnahme am Bauausschuss möglich. - Beweissicherungsverfahren gewünscht.
Bürger 1 – G.		
Bürger 2 – K.		
Bürger 3 – B.		- Konzept wird hinsichtlich der Höhe bemängelt. Möglichst geringer bauen, um geringere Auswirkungen zu haben.

Aufgestellt am 30.03.2010 als Diskussionsgrundlage
Ergänzt am 04.05.2010 als Diskussionsgrundlage:

Dipl.-Ing. R. Mahnel
Planungsbüro Mahnel
Rudolf-Breitscheid-Straße 11
23936 Grevesmühlen
Telefon 0 38 81 / 71 05 – 0
Telefax 0 38 81 / 71 05 – 50
pbm.mahnel.gvm@t-online.de

lfd. Nr.

Stellungnahme vom/vom

Behandlung der Stellungnahmen

Entscheidung/Beschluss

1.1

Landkreis Nordwestmecklenburg
Die Landrätin

Fachdienst Baurecht und Planung

Landkreis Nordwestmecklenburg • Postfach 10 • 23536 Grevesmühlen

Stadt Grevesmühlen
Der Bürgermeister
Bauamt
Rathausplatz 1
23536 Grevesmühlen

R	WV	Etr	334	Fz	469
Stadt Grevesmühlen Eingangsbogen					
(4. März 2010)					

Bgm	HA	KA	SA	OA

Kassier: Ingrid Dörmann
Herr P. Lippert
Zusatz: Tödden
2.225 (6386) 722-405
E-mail: plip@stadt-grevesmuehlenburg.de
Anschrift:

Ort: Baunth
Grevesmühlen, 28.10.2010

Aufsichtung der Satzung über den Vorhaben bezogenen B.-Plan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen
„Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ im beschleunigten Verfahren gem. § 16 a BauGB
hier: Änderungen des Landkreises NWB gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Selbst gezeichnete Frau Malacke.

Grundlage der Änderungen bildet das Anschreiben der Stadt Grevesmühlen vom 04.02.2010, hier eingereicht am 03.02.2010 über die Tragenstellung gemäß § 4(1) BauGB, der Vorentscheid der Satzung über den Vorhaben bezogenen Bauabstandsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen mit den Planblättern Teil A und Teil B dringenden Begründung.

Nachfolgendes Fachkriterien und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4(1) BauGB beteiligt worden:

FD Umwelt	FD Ordnung u. Sicherheitsdienstleistungen
• FD Wasser- und Klimaschutz	• Untere Straßenverkehrsplanung
• SD Abfall, Altlasten und Umweltschutz	Bereich Normenkontrolle
FD Baurecht und Planung	FD Bau und Gebäudemangement
• SD Bauordnung und Bauleitplanung	• SD Hoch- und Tiefbau
Bauordnungsamt	• SD Hoch- und Tiefbau
• SD Flächennutzungsplanung	Abfallwirtschaftsamt des LK NWB
SD Flächennutzungsplanung	SDA der HST Wismar und des LK Rostock

Die Änderungen der Fachkriterien und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind diesem Schreiben als Anlage beigefügt.
Daraus ergeben sich Hinweise und Ergänzungen, die in der weiteren Bearbeitung zu beachten sind.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Ingrid Dörmann
SB Bauleitplanung

Verwaltung des Landkreises Nordwestmecklenburg
23536 Grevesmühlen • Postfach 10
23 03 231 722-0 Fax: 03831 722-310
e-Mail: info@landkreis-nwmecklenburg.de

Druckvermerk:
Name der Kreisverwaltung NWB bei der Spezialdruckerei Nordwest
Kreuz-Druck 1 030 014 519
Homepage: http://www.nordwestmecklenburg.de

Zu 1.

Die aufgeführten Stellungnahmen werden nachfolgend behandelt. Siehe dort.

Zur Kenntnis zu nehmen.

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	FD Umwelt: Hier: Gesamtstellungnahme des Fachdienstes Umwelt Untere Wasserbehörde: Frau Dr. Krüger Für den vorgelegten B-Plan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen, für die „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ wird folgende wasserrechtliche Stellungnahme abgegeben: Der überplante Bereich befindet sich in der Trinkwasserschutzzone III der Wasserversorgung Grevesmühlen-Wohnitz, ggf. sind bei speziellen Vorhaben, die dem Grundwasserschutz entgegenstehen, Verbote oder Nutzungsbeschränkungen zu beachten. 1. Wasserversorgung: Die Wasserversorgung mit Trink- und Brauchwasser für die Bevölkerung, die gewerblichen und sonstigen Einrichtungen besteht für den Zweckverband Grevesmühlen. Entsprechende Anschlussanforderungen für die Versorgung sind mit dem Zweckverband zu vereinbaren. 2. Abwasserentsorgung: Die Abwasserentsorgungspflicht für die Stadt Grevesmühlen besteht für den Zweckverband Grevesmühlen. Für den Bereich des überplanten Borsichtes hat der Zweckverband die Abwasserbeseitigungspflicht, so dass ihm das anfallende Abwasser zu überlassen ist. Anschlüsse an öffentliche Abwasserentorgungsanlagen sind mit dem Zweckverband zu vereinbaren. 3. Niederschlagswasser: - Die Einleitung des unbelasteten, nicht behandlungsbedürftigen Niederschlagswassers (z.B. von Dachflächen, Stellplätzen) über vorhandene Anschlussleitungen ist mit dem Zweckverband zu vereinbaren. - Der Versickerungsgrad der Flächen ist auf das Mindestmaß zu begrenzen. 4. Umgang und Lagerung wasserrechtlich definierter Stoffe: - Bei der Baumaßnahme sind Schädigungen durch wassergefährdende Stoffe zu verhindern, Fahrzeuge und die eingesetzte Arbeitstechnik ist gegen Kraftstoff- und Ölverluste zu sichern. - Für den Umgang mit Wasserschadstoffen (Schmierstoffe, Traföle, Getriebeöle u.ä.) sind die Grundanforderungen gem. § 3 VAwS und § 4 VVAwS zu beachten und einzuhalten. 5. wasserrechtliche Hinweise: - vorhandene Ver- und Entsorgungsleitungen sind nicht zu überbauen. - ggf. vorhandene Dreihaltungen oder Entwässerungssysteme sind in ihrer Funktionsfähigkeit zu erhalten, bzw. wieder herzustellen. - Sollte es bei der geplanten Baumaßnahme zu Wasserhaltungen (Grundwasserabsenkungen) kommen, sind diese rechtzeitig vor Baubeginn, gem. § 33 LVAwG der Wasserbehörde anzuzeigen.	A – Fachdienst Umwelt Untere Wasserbehörde Zu 0. – Die Trinkwasserschutzzone III ist zu beachten. Mit der Unteren Wasserbehörde hat am 22.04.2010 eine Abstimmung durch den Vorhabenträger stattgefunden. Zu allen Fragen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erfolgt der Hinweis, dass Detailfragen mit dem Zweckverband Grevesmühlen zu klären sind, weitergehende Forderungen werden nicht gestellt. Zu 1. – Die Wasserversorgung wird dem Zweckverband Grevesmühlen abgestimmt. Zu 2. – Die Abwasserbeseitigung wird mit dem Zweckverband Grevesmühlen abgestimmt. Zu 3. – Die Niederschlagswasserbeseitigung wird mit dem Zweckverband abgestimmt. Zu 4. – Die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen ist nicht vorgesehen. Ansonsten gelten die Gesetze und Verordnungen ohnehin. Hinweise werden nicht als erforderlich angesehen. Zu 5. – Allgemeine wasserrechtliche Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird um allgemeine Aussagen zu Ver- und Entsorgungsanlagen ergänzt.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Untere Abfallbehörde: Herr Scholz Abfallrechtliche Stellungnahme 1. Für das Plangebiet liegen keine Erkenntnisse über das Vorliegen von Altlasten oder altlastverdächtigen Flächen im Sinne des Bundes-Bodenschutzgesetzes vor. Mit dieser Auskunft wird keine Gewähr für die Freiheit des Grundstücks von Altlasten oder altlastverdächtigen Flächen übernommen. 2. Die Planung hat die Belange einer stets geordneten Abfallentsorgung zu beachten. Dies schließt ggf. Einrichtungen für die Getrennthaltung von Abfällen ein. Untere Immissionschutzbehörde: Frau Gruhn Immissionschutzrechtliche Stellungnahme Zur weiteren Bearbeitung übergebe ich hiermit meine Immissionschutzrechtliche Stellungnahme. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 33 liegt am Rande der Altstadt von Grevesmühlen und nimmt die Flächen des ehemaligen „Diamant Bekleidungswerkes“ in Anspruch. Durch den Vorhabensträger ist beabsichtigt, in dem Gebiet insgesamt 78 WE (3 geschossig) in 2 Bauteilen zu realisieren, wovon 42 WE als „Barrierefreie Einfamilienhäuser“ und 36 WE als „Barrierefreie Wohnen“ geplant sind. Um dem Stempelbedarf gerecht zu werden ist u. a. eine Tiefgarage geplant. Aus Immissionschutzrechtlicher Sicht wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Abgabe aus der Tiefgarage belästigungsfrei abzuleiten sind. Die baulichen Festsetzungen zur Minderung von Rauchbelästigungen, zumal ausgehend von Schornsteinen für Feststofffeuerungsanlagen, sind aus Immissionschutzrechtlicher Praxis heraus zu begründen. Darüber hinaus gibt es zu o. g. vorhabenbezogenen B-Plan aus Immissionschutzrechtlicher Sicht keine weiteren Hinweise oder Anregungen. Untere Naturschutzbehörde – Bearbeiter: Frau Hamann Bei der Aufstellung des B-Planes sind die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 42 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zum Schutz der streng und besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten zu beachten. Durch den Plangeber ist im Verfahren der Planaufstellung vorausschauend zu ermitteln und zu beurteilen, ob die vorgesehenen Festsetzungen auf unüberwindbare artenschutzrechtliche Hindernisse stoßen werden. Von Festsetzungen, denen ein dauerhaft rechtliches Hindernis in Gestalt artenschutzrechtlicher Verbote entgegensteht, ist Abstand zu nehmen. Wenn gegen die artenschutzrechtlichen Zugriffe- und Beeinträchtigungsverbote nach § 42 BNatSchG verstoßen wird, ist das für eine Entscheidung nach § 43 BNatSchG zuständige Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Naturschutz, Postfach 13 38, 18553 Gribnow im Verfahren der Planaufstellung zu beteiligen. ¹Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 23. März 2002 (BGBl. I S. 1163), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetz v. 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2972). Seite 3	B – Untere Abfallbehörde Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Altlasten vorliegen. Die Begründung ist zu ergänzen. Zu 2. – Eine geordnete Abfallentsorgung ist vorgesehen. Seitens des Vorhabensträgers hat eine Abstimmung mit der Unteren Abfallbehörde am 22.04.2010 stattgefunden. Die zentrale Müllsammlung in der Tiefgarage und die Bereitstellung der Abfallbehälter an der Karl-Marx-Straße zu den jeweiligen Abholterminen der Müllentsorgung fand Zustimmung. Weitergehend siehe unter Anforderungen des Abfallwirtschaftsbetriebes. C – Untere Immissionschutzbehörde Zu 1. – Es ist davon auszugehen, dass unzumutbare Beeinträchtigungen durch Abgabe, die gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse beeinträchtigen könnten, auszuschließen sind. Zu 2. – Die Ausführung wird zur Kenntnis genommen. Zu 3. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Belange berührt sind. D – Untere Naturschutzbehörde Zu 1. – Eine Artenschutzaustrage wird entsprechend getroffen. Die artenschutzrechtlichen Belange werden beachtet. Mit dem Gutachter Herr Martin Bauer fand ein Ortstermin statt. Es wurde festgestellt, dass dem Antrag auf Abbruchgenehmigung der bestehenden Gebäude in jedem Fall ein Artenschutzgutachten beigefügt werden muss. Zur Risikoabwägung (vermutet werden Fledermäuse) sollte ein entsprechendes Gutachten vorab im Zuge des B-Plan-Verfahrens in Auftrag gegeben werden. Hierzu wird das Gutachterbüro Bauer kurzfristig ein Angebot abgeben. Ergänzung der Begründung.	Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	2 Der unteren Naturschutzbehörde liegen für den Plangeltungsbereich keine aktuellen Ergebnisse der Kartierung der streng und besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten vor. Es ist zu prüfen, ob von der Planung nach § 26a LNatG M-V gesetzlich geschützter Baumbestand betroffen ist. Grundsätzlich sind alle Handlungen unzulässig, die zu ihrer Zerstörung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung führen können. Die Naturschutzbehörde hat von den Vorhaben Auswirkungen zuzulassen, wenn die Tatsachenvoraussetzungen des § 26a Abs.3 LNatG M-V erfüllt sind. Sofern mit der Planung geschützter Baumbestand berührt wird, ist durch den Plangeber im weiteren Planverfahren ein Antrag auf Ausnahme von den Verböten des § 26a LNatG M-V bei der unteren Naturschutzbehörde zu stellen und die Notwendigkeit zur Fällung bzw. Beeinträchtigungen von geschützten Einzelbäumen zu begründen. Der Ausgleich für Fällungen von geschützten Einzelbäumen richtet sich nach dem Baumschutzkompensationsentsatz². Bereich Kommunalaufsicht Die Kommunalaufsicht nimmt wie folgt Stellung: Zur finanziellen Auswirkung der Planung auf die Gemeinde kann keine Aussage getroffen werden, da Kosten nicht angegeben wurden. Vorstehende Stellungnahme gilt im Übrigen unter der Voraussetzung, dass die Stadt/Gemeinde ihre Einnahmefähigkeiten vollständig ausgeschöpft, um die mit der Realisierung der Planung verbundenen Kosten vollständig zu refinanzieren. Hierzu zählt sowohl die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem BauGB bzw. von Beiträgen nach dem KAG als auch die Abwälzung anderer Folgekosten (z.B. für Ausgleichsmaßnahmen, Aufstellung usw.) durch den Abschluss von Folgekostenverträgen. FD Ordnung/Sicherheit und Straßenverkehr SG Untere Straßenverkehrsbehörde Zur beabsichtigten Planung gibt es aus verkehrsrechtlicher Sicht keine Hinweise oder Bedenken. GGA der HST Wismar und des LK NWM Es ist vorgesehen auf dem Grundstück des ehemaligen Diamant-Gewerbeparks in Grevesmühlen, Karl-Marx-Straße 14, einen Standort für Betriebswohnungen zu schaffen. Vom Gesundheitsstandpunkt bestehen keine grundsätzlichen Bedenken zu dem Vorhaben. Geplante Projekte zu den einzelnen Baubeständen liegen vor und vorzulegen. ² Baumschutzkompensationsentsatz, Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz vom 16.10.2007 (AntBSt M-V 2007 2.530) Seite 4	Zu 2. – Die Stadt Grevesmühlen geht davon aus, dass neben nicht vorliegenden Kartierungsergebnissen auch andere Erkenntnisse zu Arten nicht vorliegen. Die Untere Naturschutzbehörde hat hierzu nichts mitgeteilt. Insofern kein weiterer Handlungsbedarf. Zu 3. – Nach § 26a LNatG M-V geschützte Bäume sind nicht vorhanden. Insofern ergibt sich kein weiterer Handlungsbedarf. E – Bereich Kommunalaufsicht Zu 1. – Die Stadt überträgt die Aufwendungen auf den Vorhabenträger. Kein planungsrechtlicher Belang. F – FD Ordnung/Sicherheit und Straßenverkehr SG Untere Straßenverkehrsbehörde Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Hinweise oder Bedenken aus verkehrsrechtlicher Sicht bestehen. G – GGA der HAST Wismar und des LK NWM Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	FD Bau und Gebäudemangement SG Straßenbau Zum B-Plan gibt es unsererseits keine Einwände. Es sind keine Straßen und Anlagen in unserer Trägerschaft betroffen. SG Untere Straßenaufsichtsbehörde Von Seiten der Straßenaufsichtsbehörde bestehen gemäß § 10 StVG M-V keine Einwände gegen die Planung. Abfallwirtschaftsbetrieb des LK NW/M Der B-Plan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen erfüllt in der gegenwärtigen Fassung nicht die rechtlichen Anforderungen nach Baugesetzbuch. Damit ist die vorgesehene Benutzung der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung für die anzuschließenden Grundstücke nicht möglich.³ Es ist: 1. eine Straße einzuplanen, die bei geradem Verlauf mindestens 4,75 m breit (ohne Bürgersteige) sein muss; 2. der Abbiegebereich zu den Stichstraßen so zu gestalten, dass die Schleppkurven für dreirädrige Abfallsmittelfahrzeuge⁴ Berücksichtigung finden; 3. ohne ausrichtend dimensionierte Wendemöglichkeit (mindestens 22,00 m anstelle der bislang geplanten 12,00 m Durchmesser zusätzlich 1,00 m Fahrzeuglenkung) an der im B-Plan vorgesehenen Stelle zu schaffen und 4. für die additiv gelegene Stichstraße ein Stellplatz für Abfallbrüter am Abbiegebereich zu beiden Seiten zu schaffen. Alternativ zu den Punkten 1 bis 4 ist 5. ein Stellplatz im Flangebiet unmittelbar an der Karl-Marx-Straße auszuweisen, der • mit dem Stand der Technik entsprechenden Abfallsmittelfahrzeugen problemlos erreichbar ist, • die zu erwartenden Abfallbehälter aufnehmen kann und • in zumutbarer Entfernung vom am weitesten entfernten Grundstück liegt. Zusätzlich ist zu beachten, dass durch Bepflanzungen und/oder Gebäuden (wie z.B. Straßenbeleuchtung) das Lichttrumpfprofil und die Straßenverfügbarkeit nicht eingeschränkt werden. Ein Zeitpunkt der zur Abfallentsorgung genutzten Straße ist durch geeignete Mittel zu verhindern. Letztlich wird darauf hingewiesen, dass die Straße eine ausreichende Tragfähigkeit für Abfallsmittelfahrzeuge haben muss. 3 §§ 4, 5 und 7, Abs. 2 Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Nordwestmecklenburg (Abfallatzung) vom 16.11.2001, zuletzt geändert am 15.11.2002 4 Traktorenfahrzeuge und Schlepptraktoren zur Überwindung der Bodenhaftigkeit von Verkehrsflächen Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrsplanung, Ausgabe 2001	H – FD Bau und Gebäudemangement SG Straßenbau Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände bestehen. I – SG Untere Straßenaufsichtsbehörde Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände der Straßenaufsichtsbehörde bestehen. K – Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Nordwestmecklenburg Zu 1. – Die Belange des Abfallwirtschaftsbetriebes werden zur Kenntnis genommen. Es ist ein Sammelstandort an der Karl-Marx-Straße bereitzustellen, von dem die Entsorgung gesichert werden kann. Der Vorhabenträger führte am 22.04.2010 eine Abstimmung mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb. Auch der ausführende Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Nordwestmecklenburg, Herr Frenz, gibt hierzu seine Zustimmung. Detailfragen, wie Anzahl und Größe der Abfallbehälter in Abhängigkeit von den Entsorgungsintervallen sind im Zuge des Bauantragsverfahrens zu klären. Um die Möglichkeit der dezentralen Müllentsorgung offen zu halten, sollte an dem Nord-West-Ende der internen Erschließungsstraße ein Wendehammer von 12,0 m Durchmesser vorgesehen werden.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Begründung: Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind allgemeine Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung zu berücksichtigen.⁴ Dazu gehört auch eine regelmäßige Abfallentsorgung. Ferner sind die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen.⁵ Zu den Wohnbedürfnissen der Bevölkerung gehört unter anderem, dass der anfallende Abfall direkt am Grundsitz oder in dessen unmittelbarer Nähe abgeholt wird. Mit dem vorliegenden B-Plan wäre dies nicht möglich. Auch werden die Bedürfnisse der Familien, insbesondere der alten und behinderten Menschen aus dem gleichen Grund verletzt.⁶ Ebenfalls verletzt werden die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Punkt 7 Buchstaben c und e. Es sind Gesundheitsgefahren sowie Emissionen vom anfallenden Abfall zu befürchten, wenn dieser nicht regelmäßig abgeholt werden kann. Die gleichen Gefahren sind zu befürchten, wenn kein Stoppplatz im Plangebiet ölforgerecht wird. Dies hätte zur Folge, dass die Abfallbehälter unkontrolliert innerhalb oder außerhalb des Plangebiets bereitgestellt werden würden und Anwohner von den Emissionen, insbesondere durch Geruch, beeinträchtigt werden könnten. Die Bestimmungen des BauGB werden insoweit dadurch verletzt, dass die Anforderungen der zuständigen Berufsgenossenschaft nicht erfüllt werden. Danach darf MÖT nur abgeholt werden, wenn die Zufahrt zu Müllbehälterplätzen so angelegt ist, dass ein Rückwärtfahren nicht erforderlich ist.⁷ Bei Sackgassen muss die Möglichkeit bestehen, am Ende der Straße zu wenden. Grundsätzlich werden im Landkreis 3-Achsfahrzeuge mit einer Länge von zurzeit etwa 10,30 m eingesetzt. Für diese ist die geplante Wendemöglichkeit zu klein. In der BGR 238-1 wird zur Größe der Wendearbeiten auf die Empfehlungen für die Anlage von Erreichungsstraßen (EAE 85/93; jetzt Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06)) verwiesen. Wendearbeiten sollen so bemessen sein, dass ein nicht mehr als ein- bis zweimaliger Zurücksetzen erforderlich ist.⁸ FD Bauordnung und Planung SG Bauordnung und Bauteilplanung Brandschutz Zum o. p. Bauvorhaben wird anhand vorliegender Unterlagen in brandschutztechnischer Hinsicht wie folgt Stellung genommen: Brandschutztechnische Stellungnahme Löschwasserversorgung: Zum o. g. Entwurf wird anhand vorliegender Unterlagen in brandschutztechnischer Hinsicht wie folgt Stellung genommen: ⁴ § 1 Abs. 6 Punkt 1 BauGB ⁵ § 1 Abs. 6 Punkt 2 BauGB ⁶ § 1 Abs. 6 Punkt 3 BauGB ⁷ § 16 Abs. 1 Unfallverhütungsvorschrift BGR C27 vom 01.01.1997 ⁸ BGR 238-1 Stützweite und Grundsatzregeln bei Trüglücken der Abfallwirtschaft vom August 2007 Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV) Satz: 6	L – FD Bauordnung und Planung SG Förderung Ländlicher Raum/Denkmalchutz Zu 1. – Der Brandschutz kann durch Bereitstellung von ausreichendem Löschwasser durch den Zweckverband Grevesmühlen gesichert werden. Zur Kenntnis zu nehmen.	

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Eine ausreichende Löschwasserversorgung für das Plangebiet ist nicht nachgewiesen. Der Löschwasserbedarf für den Grundschutz nach DVGW-Regelwerk, Arbeitsblatt W405 beträgt entsprechend der Nutzungsart der festgelegten Grundflächenzahl der maximal zulässigen Geschossezahl sowie der Gefahr der Brandausbreitung mindestens 800 l/min = 48 m³/h. Diese Menge muss über einem ununterbrochenen Zeitraum von mindestens 2 Stunden durch die Feuerwehr entnommen werden können. Geeignete Löschwasserentnahmestellen oder Entnahmegeräte dürfen von keiner Stelle der Bebauung mehr als 300 m entfernt sein. Zufahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen: Gemäß § 5 Abs. 1 LBO M-V ist zu Gebäuden, bei denen die Oberkante der Brüstungen von zum Anliefern bestimmten Stellen (2. RW) mehr als 8 m über Gelände liegt, eine Zufahrt zu schaffen. Die Ansiedlung des Plangebietes an die bestehenden öffentlichen Verkehrsflächen (Karl-Marx-Straße), sowie erforderliche interne Erschließungsstraßen, sind für Feuerwehrfahrzeuge entsprechend den Vorgaben der DIN 14080 ausreichend zu bemessen. Hierbei sind insbesondere die ausreichende Beleuchtung, ausreichende Fahrbahnbreiten und ausreichende Kurvenradien dieser Verkehrsflächen, zu beachten und einzutragen. Flurzeile: Sofern die Bebauung für die Personenevakuierung den Einsatz von Hubrettungsfahrzeugen erfordert, sind die dafür erforderlichen Aufstell- und Bewegungsflächen gemäß DIN 14080 vorzusehen. Stabsstelle Regionalplanung Rad-, Reit- und Wanderwege Zum B-Plan gibt es untereinstufige keine Einwände oder Hinweise. Bauleitplanung Zur frühzeitigen Behördenbeteiligung hat das Anschieben der Stadt Grevesmühlen mit Datum vom 04.02.2010, der Vorentwurf zur Sitzung über den Vorhaben bezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen, Wohnbebauung Karl-Marx-Straße mit den Planteilen Teil A im Maßstab 1:750 und Text Teil B, Planungsgesamt 14.12.2009 sowie die Begründung vorgelegen. Mit Bekanntmachen der Vorentwurfsunterlagen über den Bebauungsplan Nr. 33 informiert die Stadt Grevesmühlen über ihre Planungsabsichten zur Schaffung planungswirksamer Voraussetzungen für die Errichtung eines Allgemeinen Wohngebietes mit ca. 78 WE durch Aufteilung eines Vorhaben bezogenen Bebauungsgebietes gemäß § 12 BauGB im Rahmen der Möglichkeit zur Aufstellung von Bebauungsplänen der Innenentwicklung nach Maßgabe § 13 a BauGB, um u. a. weitere Hinweise und Außenwirkungen zu berücksichtigen. Die Auswirkungen der Planung aber auch zu möglichen umweltrelevanten Fragen zu erörtern. Das Planungsziel der Stadtvertretung besteht darin, durch einen Vorhaben bezogenen Bebauungsplan unter Anwendung § 13 a BauGB für Bebauungspläne der Innenentwicklung die Zukunftsicherheit von Vorhaben in einem festgelegten Allgemeinen Wohngebiet zu betreiben. Seite: 7	Zu 2. – Die erforderlichen Zufahrten für Aufstell- und Bewegungsflächen werden mit der zuständigen Behörde abgestimmt. Dies erfolgt im Zuge der Vorbereitung der einzelnen Vorhaben. In einer Abstimmung am 22.04.2010 wurde durch den Vorhabenträger mit der Abteilung Brandschutz abgestimmt, dass die interne Erschließungsstraße auf dem Grundstück für die Rettung der Personen in den Punkthäusern für Feuerwehrfahrzeuge befahrbar sein muss, da die Entfernung von der Karl-Marx-Straße zur hinteren Gebäudewand größer als 50 m ist. Die Straßenbreite und die Kurvenradien sind nach DIN 14090 auszuliegen. Die Aufstell- und Bewegungsflächen sind im Zuge des Bauantragsverfahrens mit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Grevesmühlen abzustimmen. Dem Bauantrag ist ein Brandschutzkonzept für die Tiefgarage beizufügen, welches von einem anerkannten Sachverständigen zu erstellen ist. Die Belange des Brandschutzes für die Wohnhäuser sind in Abstimmung mit der Brandschutzbehörde in die Bauantragspläne direkt einzutragen. Die Freiwillige Feuerwehr hatte keine Bedenken in Bezug auf die Löschwasserversorgung. Es sind ausreichend Hydranten vorhanden. Die Zufahrt zum hinteren Bereich der geplanten Bebauung ist gegeben. Das Aufstellen der Drehleiter ist auch in diesem Bereich möglich, so die Freiwillige Feuerwehr. M – Stabsstelle Regionalplanung Rad-, Reit- und Wanderwege Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände oder Hinweise bestehen. N – Bauleitplanung Zu 1. – Die allgemeinen Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Siehe nachfolgende Behandlung.	Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	24 1 (VL) Ich nehme die Unterrichtung über die Planungsabsichten und die Aufforderung des Planträgers nach Maßgabe § 4(1) BauGB zum Anlass, nachfolgende Äußerungen zum Vorentwurf zu geben und bereits im Vorfeld der Beteiligung nach Maßgabe § 4(2) BauGB auch auf nachfolgende planungsrechtliche Belange hinzuweisen: I. Allgemeines 1. Wahl des Planungsinstrumentes Der Planträger entscheidet sich die Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb eines festzusetzenden Allgemeinen Wohngebietes durch einen Vorhaben bezogenen Bebauungsplan gemäß § 12 BauGB unter Anwendung der Aufstellung von Bebauungsplänen der Innenentwicklung nach Maßgabe § 13 a BauGB planungsrechtlich vorzubereiten. In der Begründung erläutert der Planträger die Gründe zur Aufstellung eines Vorhaben bezogenen Bebauungsplanes unter Benennung des Vorhaben- und Erschließungsplanges und gibt u. a. auf die Anwendungsvoraussetzungen zur Aufstellung des Bebauungsplanverfahrens nach Maßgabe § 13 a BauGB ein. Unter Punkt 3.3 begründet die Stadtvertretung u. a. die Anwendung des Planverfahrens - mit der integrierten Lage des Barmbeck; - dass, Eingriffe in Bebauungspläne, die den Anforderungen des § 13 a genügen, zulässig sind; - es sich um Flächen im Siedlungsbereich handelt; - der Geltungsbereich 10.000 m² umfasst, und der Schwellenwert von 20.000 m² nicht erreicht wird oder auch - Belange des Umweltschutzes nicht erheblich ... berührt werden. Zur Durchsetzung einer abwägungsgerechten und rechtssicheren Gestaltung des Planverfahrens empfiehlt ich der Stadtvertretung die Prüfung der Tatbestandsvoraussetzungen für die Anwendung des beschleunigten Verfahrens eines Bebauungsplanes der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB unter planungsrechtlicher Korrekturenweise zu begründen. Dabei ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß § 13 a BauGB an bestimmte verfahrensspezifische Voraussetzungen gebunden, welche mit § 13 a Abs. 1 bis 4 BauGB aufgeführt sind. Hierzu mache ich auf nachfolgende Schwerpunkte aufmerksam: 1. Voraussetzung (§ 13 a Abs. 1 Satz 1), dass der Bebauungsplan insbesondere der Erhaltung, Erneuerung, Fortentwicklung, Anpassung und Umbau vorantreiben OT dient. Die überplante Fläche darf planungsrechtlich keine Außenbereichsfläche sein; nicht erstmals in Anspruch genommene Außenbereichsfläche. In Betracht kommen nicht beplante Innenbereichsflächen i. S. § 34 BauGB. Innerhalb des Siedlungsgebietes befindliche brach liegende Flächen, eventuell innerhalb des Siedlungsgebietes liegende überplante Gebiete mit B-Plan, der geändert oder ergänzt werden soll. 2. Voraussetzung (§ 13 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1), dass die überplante Grundfläche weniger als 20.000 m² beträgt.	NI – Allgemeines Zu 1. – Die Anforderungen an die Anwendung des Verfahrens nach § 13a BauGB werden ergänzt. Gemäß § 12 Abs. 1 BauGB hat der Vorhabenträger den Antrag an die Stadt gestellt, einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen. Auf der Grundlage eines Vorhaben- und Erschließungsplanes wurde das Verfahren eingeleitet. Die Anwendung von § 12 Abs. 3a BauGB wird die Nutzung, die innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes zulässig sein soll, festgesetzt.	Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	3. Voraussetzung (§ 13 a Abs. 1 Sätze 4 und 5), dass <i>keine Begründung zur Zulässigkeit eines UVP-pflichtigen Vorhabens nach Nr. 16.8 der Anlage 1 BauGB zum UVPG</i> besteht. 4. Voraussetzung (§ 13 a Abs. 1 Sätze 4 und 5), dass durch die Vorhaben keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von FFH- und Vogelschutzgebieten bestehen. 5. Untersuchung der Einhaltung von Rechtsfolgen entsprechend § 13 a Abs. 2 BauGB: Keine förmliche Umweltprüfung I (§ 13 a Abs. 3 BauGB). 6. Voraussetzung (§ 13 a Abs. 2 Nr. 2) ist, dass mit der Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren <i>eine geordnete städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebietes gewahrt bleiben muss</i>. 7. Hinweispflicht nach Maßgabe § 13 a Abs. 3 BauGB, dass die Aufstellung den beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung (Satz 1 Nr. 1) durchgeführt werden soll (ist mit Verfahrensmerkmal 5 nicht baracktiert). 8. Auf die Einhaltung der Teilhabevoraussetzungen gemäß § 12 Abs. 1 BauGB mache ich aufmerksam. Auf § 12 a Abs. 3 a BauGB weise ich in diesem Zusammenhang gleichmaßen hin, wobei eine entsprechende Festsetzung im Text Teil B vorzunehmen wäre. 2. Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan Mit Punkt 4.3 der Begründung rechtfertigt die Sachverteilung, dass Bebauungspläne, die im Vorhaben nach Maßgabe § 13 a BauGB aufgestellt werden, als aus dem Flächennutzungsplan als entwickelt zu betrachten sind. Nach Maßgabe § 13 a Abs. 2 Nr. 2 HS 2 jedoch, kann ein Bebauungsplan, der von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes abweicht nur aufgestellt werden bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist, wenn dabei die städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebietes nicht beeinträchtigt ist. Dieses Entwickeln eines Bebauungsplanes bedeutet dabei immer eine vorgeordnete als auch räumliche Betrachtungs- und Herangehensweise, die eine von der planerischen Fortentwicklung gekennzeichnete Gestaltungsfreiheit im Rahmen des Grundkonzeptions des Flächennutzungsplanes bedeutet muss. Abweichungen des Bebauungsplanes, die die Grundzüge des Flächennutzungsplanes berühren, sind deshalb unzulässig. So z. B. wenn ohne die Darstellung einer Fläche im F-Plan eine Bebauung im B-Plan nach Maßgabe § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB erfolgen soll bzw. wenn im Flächennutzungsplan eine Fläche für Landwirtschaft zur WA Fläche entwickelt werden soll. Die Einhaltung der geordneten städtebaulichen Entwicklung schließt auch off, dass sich der Bebauungsplan der Innenentwicklung mit den vom Flächennutzungsplan vorgegebenen Grundzügen der Planung auseinander setzen muss. Er kann vom Flächennutzungsplan abweichen, muss sich jedoch mit den vorgeordneten und im Flächennutzungsplan vorgegebenen Entwicklungsrichtungen auseinander setzen und die Abweichungen begründen. Das jedoch Konflikte der Begründung nicht hindern werden.	Zu 2. – Die Begründung wird dahingehend ergänzt, dass der Bebauungsplan als aus dem Flächennutzungsplan entwickelt betrachtet werden kann, weil im Flächennutzungsplan bereits eine Baufläche enthalten ist. Die besondere Art der Baufläche wird entsprechend dargestellt und begründet. Zu berücksichtigen.	

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	II. Verfahrensvermerke Mit Bezug auf den dargestellten formellen Verfahrensablauf mache ich auf erforderliche Anwendung nach Maßgabe 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB aufmerksam. Das betrifft: 1. Den Hinweis auf die durchgeführte frühzeitige Beteiligung. 2. Bei Beteiligung nach Maßgabe § 13 Abs.2 Nr. 2 BauGB ist darauf hinzuweisen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird. Dass eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wurde (Punkt 3.3 (e) der Begründung) sollte redaktionell beachtet werden. III. Planungsrechtliche Festsetzungen 1. Planzeichnung Mit der Planzeichnung ist gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB sowie § 4 BauNVO ein Allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Darüber hinaus wurden innerhalb der festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen Bezeichnungen mit A und B getroffen, die nicht erläutert sind. Zur besseren Lesbarkeit der Planzeichnung wird empfohlen, den Teil A und den Teil B sowie die Planzeichenerklärung und die Verfahrensvermerke in einer Planunterlage zusammenzufassen. 2. Zur Festsetzung für Geh-, Fahr- und Leitungsrechte nach § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB Die Stadtverteilung macht davon Gebrauch, die planungsrechtliche Erschließung von Grundstücken öffentlich rechtlich zu sichern, die nicht unmittelbar an Straßen liegen. Zu diesem Zweck hat sie nach § 9 Abs. 1 Nr. 21 im Bebauungsplan Flächen festgesetzt, die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belastet werden. Mit der Festsetzung jedoch ist es erforderlich, diejenigen Nutzer zu benennen, für die eine erschließungswürdige Inanspruchnahme privater Grundstücke gesichert werden soll. Dies kann dann nötfalls auch gegen den Willen des Eigentümers erzwungen werden. Sofern aber die Gemeinde zur Aufrechterhaltung gelangt, dass die eingeschränkte Erschließungsfunktion der mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belasteten Flächen nicht ausreichend ist, müssen Vorkehrungen i. S. d. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB festgesetzt werden. Begünstigte, sind bei der Festsetzung zu benennen bzw. im Teil B (Text) festzusetzen (nicht unbedingt namentlich) aber z.B. mit Grundstücksbezeichnung oder Angabe der Firma (Erschließungs- und Versorgungsträger). Ob jedoch die getroffenen Nutzung (hier nur Wendenöglichkeit für Pkw) unter Beachtung der getroffenen planungsrechtlichen Festsetzungen und Ausweisung überbaubar Grundstücksflächen auf Grundlage der festgesetzten Geschossigkeit und damit auch unter Beachtung baurechtlicher Anforderungen (Grundsatz-	N II - Verfahrensvermerke Zu 1. - Die Verfahrensvermerke werden entsprechend ergänzt. N III - Planungsrechtliche Festsetzungen Zu 1.1 - Eine zusätzliche Erläuterung von den Baugebieten A und B wird vorgenommen. In der Nutzungsschablone werden die entsprechenden Baugebiete damit gekennzeichnet. Zu 1.2 - In der Satzung werden in Teil (A) und Teil (B) sowie die Zeichenerklärung und Verfahrensvermerke zusammengefügt. Zu 2.1 - Die Begünstigten der Geh-, Fahr- und Leitungsrechte werden benannt. Zu 2.2 - Zur besseren Beurteilung wurde der Landkreis Nordwestmecklenburg gebeten, die Passage über Abfall in überarbeiteter Fassung zur Verfügung zu stellen. Die Anforderung an den Landkreis Nordwestmecklenburg ist erfolgt, um für die Diskussion durch Mitglieder der Stadtvertretung und der Ausschüsse eine verständliche Arbeitsgrundlage zugrunde zu legen. Aus Sicht des Landkreises Nordwestmecklenburg wurde weder gegenüber der Anfrage des Planungsbüros noch gegenüber dem Architekten eine Neuformulierung als erforderlich angesehen. Im Gespräch wurden der Mitarbeiterin des Bauamtes Hinweise gegeben. Im Zusammenhang mit der Behandlung der Stellungnahmen wird hier dargelegt, dass der Brandschutz unter Erfüllung der Anforderungen des Sachgebietes Brandschutz, der Freiwilligen Feuerwehr und der Bereitstellung von Löschwasser gesichert werden kann. Die Abstandsflächen sind im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens nachzuweisen.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	anforderungen, erforderlicher Abstandsflächen § 5 LBauO M-V) gesichert werden kann, ist mit der weiteren Planung nochmals zu prüfen. Hier stellt sich die Frage, ob mit der beabsichtigten Bebauung auf den überbaubaren Grundstücksflächen die geordneten Abstandsflächen der Baukörper eingehalten werden können und ob unter Berücksichtigung brandschutztechnischer Anforderungen (Sicherung der Feuerwehrezufahrt für die hintere Bebauung) ein eingeschränktes Befahren der festgesetzten Erschließungsflächen geahndet werden kann. 2. Teil B: Text 2.1 Zu den getroffenen Festsetzungen der Art und Maß der baulichen Nutzung Mit dem Vorhaben bezogenen Bebauungsplan sind u. a. Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung, wie zur überbaubaren Grundstücksfläche mit der höchst zulässigen Grundflächenzahl, zur Zahl der Vollgeschosse, zur Höhe der baulichen Anlagen als auch zur Bauweise getroffen worden. Eine städtebauliche Begründung bzw. Rechtfertigung dieser Festsetzungen konnte der Bauleitplanung nicht entnommen werden. Die getroffenen Festsetzungen mit dem Text Teil B werden wörtlich in der Begründung übernommen. Der Gesetzgeber hat die Notwendigkeit einer Begründung festgelegt und in § Abs. 8 BauGB bestimmt, dass in ihr die Ziele, Zwecke und wesentlichen Auswirkungen des Bebauungsplanes darzustellen sind. Eine Begründung muss geeignet sein, die wesentlichen Aussagen, die zentralen Punkte des Bebauungsplanes zu rechtfertigen. Sie soll nach Möglichkeit einen Überblick über die vom Plangeber angestrebten Überlegungen geben und dabei insbesondere die wesentlichen Abwägungspunkte erkennen lassen. Die Begründung verfolgt dann ihren Zweck, wenn sie sich lediglich in der Wiederholung von Vorschriften des BauGB und Beschreibung des Planinhaltes erschöpfen kann. Einem Antragssteller wird die vorliegende Begründung nicht gerecht, da sie im Wesentlichen beschreibenden Charakter trägt. Für eine sach- und rechtschere Abwägung der öffentlichen und privaten Belange ist es vor allem erforderlich zu begründen, warum im Allgemeinen Wohngebiet nach Maßgabe § 4 (2) BauNVO nur die festgesetzten Nutzungen entsprechend Nr. 1 und 2 allgemein zulässig sind und die nach Abs. 2 Nr. 3 ausnahmsweise zulässigen Nutzungen für unzulässig festgesetzt werden. Aus der festgesetzten GRZ und der festgesetzten Geschossigkeit abzuleiten, der Festsetzungen zur zulässigen Höhe baulicher Anlagen konnte allein die städtebauliche Anforderung und die städtebauliche Entwicklungsrichtung zur Entwicklung eines Allgemeinen Wohngebietes im dargestellten Geltungsbereich nicht abgeleitet werden. Besonders nicht, wenn eine so hohe Bebauungsdichte (GRZ 0,38) und eine 3-geschossige Bebauung (auch straßenbegleitend, zuvor 2-geschossig) erfolgen soll. Die sich aus den Höhenfestsetzungen ableitenden Ergebnisse erlauben Bauleitungsentscheidungen zur angrenzenden Umgebungsbebauung, besonders gegenüber der Wohnbebauung, sollte besondere Beachtung in der Abwägung geschenkt werden. Warum z. B. kleine Wohngebäude, die die Bedeutung einer Nebenanlage nicht überschreiten, innerhalb des Plangebietes unzulässig sind ? Oder, warum nur Flachdächer zulässig sind oder eine Tiefgarage erforderlich wird ? IV. Begründung 3.1. 3.2. 3.3. 3.4.	Zu 3.1 – Die Stadt Grevesmühlen hat eine umfangreiche frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgesehen. Die Unterlagen wurden für die frühzeitige Beteiligung gerichtet. Die Begründung zum Bebauungsplan wird um die entsprechenden Passagen ergänzt. Damit soll eine sach- und rechtssichere Abwägung vorbereitet werden. Zu 3.2 – Die Stadt Grevesmühlen beschäftigt sich nochmals mit dem Ausschluss der nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen, Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke. Zu 3.3 – Die städtebauliche Begründung wird ergänzt. Zu 3.4 – Die Aussagen zum Ausschluss von kleinen Windenergieanlagen, als Nebenanlagen, der Ausschluss von Flachdächern, die Zulässigkeit der Tiefgarage, wird begründet.	Zu berücksichtigen. ? Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Die getroffenen bzw. noch zu treffenden Festsetzungen nach Maßgabe § 9 (4) BauGB in Verbindung mit § 84 LBauO betreffen wie die Festsetzungen nach Maßgabe § 9 BauGB gleichmaßen einer städtebaulichen Begründung. Auf die genannten Hinweise und Änderung ist auch in der Begründung abzustellen. SG Förderung Ländlicher Raum/Denkmalerschutz Die Untere Denkmalbehörde hat Bedenken bzw. Vorbehalte vorzubringen, da zumindest ein Bodendenkmal betroffen ist (Rücksprache mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege) 4 10 1	Zu 4. – Die Begründung wird ergänzt. O – SG Förderung Ländlicher Raum/Denkmalerschutz Zu 1. – Die Bedenken und Vorbehalte der Unteren Denkmalschutzbehörde werden nicht hinreichend argumentiert begründet. Zudem hat das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege mitgeteilt, dass keine Belange berührt sind. Die Aussage „(Rücksprache mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege)“ kann nicht hinreichend nachvollzogen werden. Ist gemeint, dass Rücksprache geführt werden soll oder dass Rücksprache zu führen ist ... ? Durch den Planer wurden Abstimmungen mit dem Landesamt für Denkmalpflege geführt. Das Landesamt hat am 30.03.2010 mitgeteilt, dass keine Denkmale berührt sind. Die Stellungnahme des Landesamtes bleibt aufrechterhalten. Damit werden die Belange nicht berücksichtigt. Nach weiterer Korrespondenz mit dem Landkreis Nordwestmecklenburg hat dieser eine neuerliche Stellungnahme zu dem Sachgebiet abgegeben, die ergänzend zur Stellungnahme des Landkreises Nordwestmecklenburg beigefügt ist. Darin wird mitgeteilt, dass Belange der Denkmalpflege nicht berührt sind.	Zu berücksichtigen. Nicht zu berücksichtigen unter Bezug auf Stellungnahme des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege sowie die erneute Stellungnahme des Landkreises, die nachfolgend beigefügt ist.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 -- Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

I.d. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.1a	<u>II.1a</u> Planungsbüro Mahnel Von: Liepert, Peter (P.Liepert@nordwestmecklenburg.de) Gestand: Mittwoch, 7. April 2010 15:55 An: B.Matschke@grevesmuehlen.de; p.liepert@nwm.de Betreff: B-Plan Nr. 33 GVM - STN Denkmalschutz Sehr geehrte Frau Matschke, Sehr geehrter Herr Mahnel, Nach Rücksprache in unserem Hause hat das Urstern Denkmalschutzbehörde der Sachverhalt mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege in Schwerin abgeklärt. Nach dem von Seiten des LK (LVA) 53 Förderung Ländlicher Raum/Denkmalchutz keine Bedenken gegen den Bebauungsplan bestehen und die Bedenken nicht beruhen auf einer unzulässigen Auslegung des B-Plans, ist die Genehmigung der nachmaligen Nachfrager zur Fortsetzung der vorgesehenen gezielten Stellungnahmen. Mit freundlichen Grüßen Liepert Sachbearbeiter @: P.Liepert@nordwestmecklenburg.de F: 03881722405 F: 03881722488	Zu 1. Die Abstimmung mit dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege wurde geführt. Das Landesamt hat mitgeteilt, dass es seine Stellungnahme nicht ändern wird. Daraufhin wurde erneut die Abstimmung mit dem Landkreis Nordwestmecklenburg gesucht. Dem Landkreis Nordwestmecklenburg wurde mitgeteilt, dass das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege keine Denkmale kennt. Darauf hat der Landkreis Nordwestmecklenburg sich nochmals geäußert und mitgeteilt, dass keine Belange der Bau- und Bodendenkmale berührt sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.

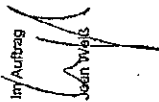
Ifd. Nr. II.2	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	3-12 Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23938 Grevesmühlen Landesplanung Westmecklenburg Postfach 101, 23501 Lüssow Telefon: 0395 580-40-42 Fax: 0395 580-40-10 E-Mail: postfach@landesplanung.de 26.02.2010 Die angezeigten Planungsabsichten werden nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung, gemäß Landesplanungsgesetz, Landesentwicklungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern (LEP M-V), dem Regionalen Raumordnungsprogramm Westmecklenburg (RRÖP WM) und dem in Aufstellung befindlichen Regionalen Raumentwicklungsprogramm Westmecklenburg (RRÖP WM in Aufstellung) beurteilt. Landesplanerische Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33, „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ der Stadt Grevesmühlen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB Ihr Schreiben vom 04.02.2010 (Posteingang 08.02.2010) Bewertungsergebnis Der vorhabenbezogene B-Plan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen ist mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar. Vorgelegte Unterlagen und Planungsinhalt Zur Bewertung hat der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 33 „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ der Stadt Grevesmühlen, bestehend aus Flurzeichnung und Begründung, vorgelegen. Mit dem Bebauungsplan soll der Bau einer Wohnanlage für barrierefreies Wohnen und betreutes Wohnen ermöglicht werden. Raumordnerische Bewertung Die Kreisstadt Grevesmühlen liegt im Norden der Region Westmecklenburg und ist als Mittelzentrum eingestuft, sie befindet sich im Tourismusentwicklungsraum und teilweise im Vorranggebiet bzw. Versorgungsraum Naturschutz und Landschaftspflege. Bis zum 30.06.2009 konnten in der Gemeinde Grevesmühlen 10.830 Einwohner registriert werden. Anschließe: Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg Postfach 101, 23501 Lüssow Telefon: 0395 580-40-42 / Fax: 0395 580-40-10 E-Mail: postfach@landesplanung.de	Zu 1. – Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung wird zur Kenntnis genommen. Zu 2. – Allgemeine Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Zu 3. – Die raumordnerische Bewertung, das Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung nicht entgegenstehen, wird zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Sitzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	3 Mit der Planung folgt die Gemeinde den Grundsätzen der Raumordnung, wonach Grevesmühlen einen regionalen Schwerpunkt für den Wohnungsbau darstellt und der Bau von altersgerechten Wohnungen besonders berücksichtigt werden soll (vgl. § 4, (1) RROP WM). Die Gebäude werden als Ersatzneubauten auf zentralen innerstädtischen Flächen geplant, so dass keine Außenbereichsflächen oder unversiegelte Freiflächen in Anspruch genommen werden müssen (vgl. § 1.1, (5-8) RROP WM und 4.1 (2) RROP WM in Ausfertigung). Der Planung stehen daher keine Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung entgegen. 4 Abschließende Hinweise Die landesplanerische Stellungnahme bezieht sich auf die Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung und greift die erforderlichen Prüfung durch die zuständige Genehmigungsbehörde nicht vor. Sie gilt nur solange, wie sich die Beauftragungsgrundlagen für das Vorhaben nicht wesentlich ändern. 5 Die Gebietskörperschaft wird gebeten, ein Exemplar (Text- und Kartenteil) des genehmigten Planes dem Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg zur Übernahme in das Raumordnungskataster gemäß § 19 LPRG zu übersenden. Im Auftrag  Ralf Pochstein Vertreter Landkreis Nordwestmecklenburg, Fachdienst Bauordnung und Planung VM VIII 420 2	Zu 4. – Dies wird beachtet und entspricht der Vorgabe des BauGB. Zu 5. – Exemplar wird nach Abschluss der Planung zur Verfügung gestellt. Dies ist kein planungsrechtlicher Belang.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.4	 Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin Staatliches Amt für Umwelt und Natur Postfach 10 01 01 • 19051 Schwerin Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Rathausplatz 1 23806 Grevesmühlen Telefon: 0386/5896-101 Fax-Nr.: 0386/5896-271 E-Mail: poststelle@stua.schwerin.mv.de AZ: 52418/SA-3009-6125-0503 Datum: 22.02.2010 Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Ihr Schreiben vom 04.02.2010, AZ: 6004/mst Nach Prüfung der mir übersandten Unterlagen nehme ich in meiner Funktion als Träger öffentlicher Belange und aus fachtechnischer Sicht wie folgt Stellung: 1. Naturschutz und Landschaftspflege (Bearbeitet: Frau Köpke, Durchwahl: -204) Festgesetzt und einseitig abgesicherte Naturschutzgebiete und durch das Land Mecklenburg-Vorpommern geförderte Flächen oder Maßnahmen des Naturschutzes, für die ist nach § 58 Landesnaturschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern (LVNatG M-V) und § 65b Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 2 LVNatG M-V zurechnend, sind vom Vorhaben nicht betroffen. Gemäß § 52 Abs. 2 LVNatG M-V wird die Aufgabe des Naturschutzes und der Landschaftspflege durch die unzureichende Schutzbedeutung des Landkreises Nordwestmecklenburg wahrgenommen. 2. Wasser und Boden (Bearbeitet: Frau Köpke, Durchwahl: -317) 2.1 Wasser Gegen den B-Plan Nr. 33 bestehen keine wasserrechtlichen Bedenken. Gewässer erster Ordnung gem. § 48 Abs. 1 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LVWVG) und wasserwirtschaftliche Anlagen in näherer Zurechnung werden nicht berührt. 2.2 Boden Das Altlastenregister für das Land Mecklenburg-Vorpommern wird vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern, Goldberger Straße 12, 18273 Güstrow, anhand der Erfassung durch die Landräte der Landkreise der Landkreise und Oberbürgermeister/Bürgermeister der kreisfreien Städte geführt. Entsprechende Auskünfte aus dem Altlastenregister sind dort erhältlich. Wirden in Bewertung dieser Auskünfte durch Sie schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) festgestellt, sind mit mir gemäß § 13 BBodSchG die notwendigen Maßnahmen abzusprechen (Sanierungsuntersuchung, Sanierungsplanung, Sanierung bzw. Sicherung). Hausanschrift: Bismarckstr. 13 19053 Schwerin Telefon: 0386/20200-0 Fax: 0386/20200-070 E-Mail: poststelle@stua.schwerin.mv.de www.stua.schwerin.mv.de www.umw.schwerin.mv.de	1. – Naturschutz und Landschaftspflege Zu 1.1 – Es wird zur Kenntnis genommen, dass Belange nicht betroffen sind. Zu 1.2 – Die Stellungnahme des Landkreises Nordwestmecklenburg wird entsprechend behandelt. Siehe dort 2. – Wasser und Boden Zu 2.1 – Es wird zur Kenntnis genommen, dass wasserrechtliche Bedenken nicht berührt sind. Zu 2.2 – Der Landkreis Nordwestmecklenburg wurde beteiligt. Der Landkreis Nordwestmecklenburg hat mitgeteilt, dass keine Erkenntnisse vorliegen. Hinweise sind bereits berücksichtigt. Zu 2.3 – Die allgemeinen Ausführungen zu Belangen des Bodenschutzes sind bereits beachtet.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	2 Bei der Erfüllung dieser Pflichten ist die planungsrechtlich zulässige Nutzung der Grundstücke und das sich daraus ergebende Schutzbedürfnis zu beachten, soweit dieses mit den Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 BBodSchG zu vereinbaren ist. Für jede Maßnahme, die auf den Boden einwirkt, hat der Vorhabensträger die entsprechende Vorsorge zu treffen, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden. Bodenimmissionen sind zu vermeiden bzw. zu vermindern, soweit das im Rahmen der Baumaßnahmen verhältnismäßig ist. Bei der Sicherung von schädlichen Bodenveränderungen ist zu gewährleisten, dass durch die verbleibenden Schadstoffe langfristig keine Gefahr oder erhebliche, nachteilige Belastung für den Einzelnen oder die Allgemeinheit entstehen. Im Falle einer Sanierung muss der Vorhabensträger dafür sorgen, dass die Vorbelastungen des Bodens bzw. die Ablast soweit entfernt werden, dass die für den jeweiligen Standort zulässige Nutzungsmöglichkeit wieder hergestellt wird. 3. Immissions- und Klimaschutz, Abfall und Kreislaufwirtschaft (Bauverfahren: Frau Klum, Durchwahl: - 402) Ich ergänze Ihre Feststellungen in der Begründung wie folgt 3.1 Immissions- und Klimaschutz 3.1.1 Genehmigungsbedürftige Anlagen nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) Im Planungsbereich und seiner Immissionschutzrelevanten Umgebung befinden sich keine Anlagen und Betriebe, die nach BImSchG durch mich genehmigt bzw. nur angeordnet werden. 3.1.2 Lärmimmissionen Zur Gewährleistung des Immissionserschutzes sind die schallschutzbereichsorientierten Werte für die städtebauliche Planung entsprechend DIN 18005 im Gebiet selbst wie auch in den angrenzenden Gebieten, je nach ihrer Ersetzung gemäß Baunutzungsordnung einzutragen und nach Möglichkeit zu unterschreiben. Folgende Immissionsrichtwerte „Außen“ (Lärm) dürfen nicht überschritten werden: allgemeine Wohngebiete (WVA) tags 55 dB (A) nachts 45 dB (A) bzw. 40 dB (A) Der niedrigere Nachtwert gilt für Gewerbe- und Freizeitlärm sowie für Lärm von vergleichbaren öffentlichen Betrieben. Kurzzeitige Geräuschspitzen müssen vermieden werden, wenn sie die o. g. Richtwerte tags um mehr als 30 dB (A) und nachts um mehr als 20 dB (A) überschreiten. 3.2 Abfall und Kreislaufwirtschaft Beim Rückbau vorhandener Anlagen ist darauf zu achten, dass weder der Boden noch der Bauschutt von rückzubauenden Gebäuden und Anlagen schädlich belastet sind. Im Auftrag  John Weiss	3. – Immissions- und Klimaschutz, Abfall und Kreislaufwirtschaft Zu 3.1 – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Belange berührt sind bzw. in der Immissionschutzrelevanten Umgebung keine weiteren Immissionschutzrechtlichen Belange Zu 3.2 – Es handelt sich um ein Gebiet innerhalb bebauter Bereiche. Eine Wohnbebauung ist prägend. Insofern werden keine weiteren Immissionschutzrechtlichen Belange erforderlich gesehen. Zu 3.3 – Die Belange des Abfalls und des Bodenschutzes sind zu beachten. Dies ergibt sich bereits aufgrund von Gesetzen und Verordnungen. Ist im Baugenehmigungsverfahren zu beachten.	

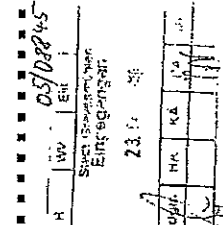
Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.7	Industrie- und Handelskammer in Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Ulf Dreier Grevesmühlen@schwerf.hk.de	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Hinweise, Anregungen und Bedenken bestehen. Zur Kenntnis zu nehmen.	

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Sitzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss								
II.9	271 I.9  Ministerium für Verkehr, Bau- und Landesentwicklung und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 19. Feb. 2010 Landesbeauftragter für Eisenbahnaufsicht <table border="1"><tr><td>Bgr</td><td>HA</td><td>KA</td><td>DA</td><td>OA</td></tr><tr><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table> Landesbeauftragter für Eisenbahnaufsicht Präsidentin Dr. J. Thies, Eisenbahn Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Beauftragte Frau Leo Telefon: 0386 / 7452-224 Fax: 0386 / 7452-5 224 e-mail: Leo.L@sch.bund.de Az: LB 6728/07379 Schwerin, 09.02.2010 Stadt Grevesmühlen Bebauungsplan Nr. 33 „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 Stellungnahme des Landesbeauftragten für Eisenbahnaufsicht (LFB) für die nichtbundeseseigenen Eisenbahnen (NE) Ihr Schreiben vom 04.02.2010 Sehr geehrte Damen und Herren, zum vorliegenden Bebauungsplan bestehen aus Sicht des Landesbeauftragten für Eisenbahnaufsicht (LFB) grundsätzlich keine Einwände. Innerhalb oder angrenzend zum Geltungsbereich der vorgelegten Pläne gibt es keine Eisenbahnanlagen nichtbundeseseigener Eisenbahnen. Mir sind auch keine Planungen bekannt, hier Eisenbahnanlagen einer nichtbundeseseigenen Eisenbahn zu errichten. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag  Oliver Wischnitz Hausrechtlich: Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern Landesbeauftragter für Eisenbahnaufsicht Präsidentin Dr. J. Thies, Eisenbahn Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Planungen berührt sind. Zur Kenntnis zu nehmen.	Bgr	HA	KA	DA	OA					
Bgr	HA	KA	DA	OA							

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.10	351 05/08/45 T 10 Deutscher Telekom Netzbetreiber GmbH Postfach 253, 14533 Jarmersdorf Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen  8004/INT1 PT123, Bauherrenberatung, Stoffen Weidenlagen, PLURAL: 173109 +49 331 123-78992, Fax: +49 331 123-78991 22.02.2010 Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen "Wohnbebauung Karl-Marx-Straße" Sehr geehrte Damen und Herren, gegen die Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen "Wohnbebauung Karl-Marx-Straße" haben wir keine Einwände. Im Bereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Deutschen Telekom AG. Für den rechtzeitigen Ausbau bzw. Erweiterung des Telekommunikationsnetzes, die Konfliktierung mit dem Straßenausbau und Baumaßnahmen anderer Leitungsträger im B-Plan ist Voraussetzung, dass Beginn und Ablauf von Erschließungsmaßnahmen im Plangebiet dem zuständigen Ressort Produktion Technische Infrastruktur (PTI 23) in 18198 Kitzrow, Blotower Weg 20 so früh wie möglich, jedoch mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden. Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen an Telekommunikationsleitungen vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) jederzeit der ungehinderte Zugang zu vorhandenen Telekommunikationsleitungen möglich ist. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführer über die zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationsleitungen der Deutschen Telekom AG spätestens 2 Wochen vor Baubeginn beim zuständigen PTI 23, Postfach 44444, 18198 Kitzrow, informieren. Die Übergabe der Baupläne durch die Deutsche Telekom AG spätestens 2 Wochen vor Baubeginn ist Voraussetzung für die Bauführung. Eine kostenfreie Trassenauskunft kann über die Internetadresse www.telekom.de/bau beantragt werden. Dieser Service der Deutschen Telekom Netzbetreiber GmbH bietet registrierten Anwendern die Möglichkeit, die Lage der Deutschen Telekom AG einzusehen und	Zu 1. – Der Hinweis zum Vorhandensein von Leitungen wird zur Kenntnis genommen. Dies wird beachtet. Abstimmungen finden vor Realisierung von Bauvorhaben statt. Zu 2. – Die allgemeinen Anforderungen an die Herstellung von Anlagen und Leitungen sind zu beachten. Der Hinweis zur kostenlosen Trassenauskunft wird zur Kenntnis genommen. Dennoch geht die Stadt Grevesmühlen davon aus, dass hier die Leitungsverläufe konkret zur Verfügung zu stellen sind, um Missverständnisse zu vermeiden. Die allgemeine Ausführungen zur Vorgehensweise mit Leitungen sind zum Bestandteil der Planunterlagen zu machen.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Sitzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	T..... 24. 2 Datum 22.02.2010 Erziehungs Stadt Grevesmühlen Blatt 2 nach ungesprachener Anforderung als PDF-Datei herunterzuladen. Die Kabeschutzanweisung der Deutschen Telekom AG ist zu beachten. Mit freundlichen Grüßen i.A. <i>W</i> Steffen Weidenhagen		

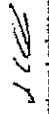
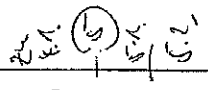
[illegible]

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Istf. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	2 Dem Zweckverband dürfen aus der Umsetzung des B-Planes keine Kosten entstehen. Alle im Zusammenhang mit der Umsetzung entstehenden Kosten sind durch den Erschließungspflichtigen/Beauftragten zu tragen. Der Bau und die Benutzung einer Regenwasserabfuhranlage (z.B. zur Regenwasser-Entsorgung) ist auf der Grundlage des § 3 Abs. 2 der AVE WasserV gestattet beim ZVG zu beantragen und bedarf der Genehmigung. Werden mit dem Abwasser Öl oder Fette abgeschwemmt, sind nach DIN EN 1825 und DIN 4040 entsprechende Abschlüsse zu errichten und zu betreiben. Die Abschlüsse sind dem Zweckverband anzugeben. Alle Grundstücke des B-Plan-Gebietes unterliegen dem Anschluss- und Benutzungszwang gemäß der gültigen Satzungen des Zweckverbandes und sind entsprechend der Beitragsentlastung im Abwasserbereich beitragspflichtig. Sind Bauplanungen beantragt, sind die Festlegungen des DVGW-Abwasserteils GW 125 (Bauplanungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen) sowie die Planungsregeln für Wasserleitungen und Wasserrohrnetze W 403 unbedingt zu berücksichtigen und anzuwenden. Es wird darauf hingewiesen, dass sich im nördlichen Teil des Gebietes eine Kleinkläranlage befindet, die zur Sicherung der Baulastigkeit des Gebietes geborgen und fachgerecht eintrübt werden muss. Ob in dem Bereich ein Bodenmussaustausch vorgenommen werden muss, muss u.U. vor Beginn der Erschließungsarbeiten geprüft werden. Der Standort der Kleinkläranlage kann der beigefügten Kopie des Bestandsplans Abwasser entnommen werden. 2. Trinkwasserversorgung Von der vorhandenen Versorgungslage in der Karl-Marx-Straße müssen neue Leitungssysteme zur Versorgung des Gebietes einschließlich Trinkwasseranschlüssen verlegt werden. Dazu sind durch ein Fachplanungsbüro in Vorbereitung des Vorhabens die erforderlichen Planungen zu erarbeiten und mit dem ZVG abzustimmen. Die Trinkwasseranschlüsse, die der Versorgung des auf dem Grundstück befindlichen Gebäudekomplexes dienen, müssen vor dem Abriss der Gebäude von der Versorgungsleitung abgetrennt und zurück gebaut werden. Diese Arbeiten werden nach der Beauftragung durch den Bauherren/Erstbauer durch den Zweckverband vorgenommen. Alle damit im Zusammenhang entstehenden Kosten sind durch den Auftraggeber zu tragen. 3. Schmutzwasserentwässerung/Schmutzwasserentsorgung Zur Errichtung des Schmutzwasser-Abwassers müssen von den vorhandenen Anlagen neue Leitungssysteme einschließlich Grundstücksanschlüssen für Schmutzwasser verlegt werden. Als Anschlusspunkt wird der Schacht 400425/1040 (Karl-Marx-Straße/Einführung Pappelstraße) vorgegeben. Der vorhandene Grundstücksanschluss für Schmutzwasser muss im Zuge der Erschließungsarbeiten zurück gebaut werden. Die Lage des Anschlusspunktes und des Grundstücksanschlusses können der beigefügten Kopie des Bestandsplans Abwasser entnommen werden.	Zu 1.4 – Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kosten für die Herstellung im Gebiet durch den Vorhabenträger zu übernehmen sind. Dies wird in der Begründung ergänzt. Zu 1.5 – Die allgemeinen Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Standort der Kleinkläranlage, die zurückzubauen ist, ist bekannt. Zu 2.1 – Die erforderlichen Fachplanungen zur Trinkwasserversorgung werden mit dem Zweckverband abgestimmt. Zu 2.2 – Rückbaumaßnahmen vorhandener Leitungen werden abgestimmt. Zu 3.1 – Die Anforderungen an die Ableitung des Schmutzwassers sind zu beachten. Dazu gehören die Belange des Neubaus und des Rückbaus.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	3 Das Regenwasser soll möglichst auf dem Grundstück versickert werden. Werden Anlagen zur Regenwasserentsorgung errichtet, sind diese auf der Grundlage des Arbeitsblattes ATV-A 138 „Bau und Bemessung von Anlagen zur dezentralen Vorrichtung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser zu baulichen und zu bauen. Die gültigen Regeln der Technik sind bei der Herstellung zu beachten.“ Bei der Versickerung des Regenwassers auf dem Grundstück ist darauf zu achten, dass Belange des Nachbarns nicht beeinträchtigt werden. Kann das Regenwasser auf dem Grundstück nicht versickert werden, sind neue Leitungssysteme einschließlich Grundstücksanschluss Regenwasser zu verlegen. Als Anschlusspunkt wird der Schacht 40083251030 (Karl-Marx-Straße/Erhöhung Felsstraße) vorgegeben. Werden Anlagen zur Regenwasserentsorgung erforderlich, ist der hierfür erforderliche Flächenbedarf zu berücksichtigen. Die vorhandenen Regenwasserleitungen und Grundstücksanschlüsse für Regenwasser müssen im Zuge der Erschließungsarbeiten zurück gebaut werden. Die Lage des Anschlusspunktes und die Lage und der Verlauf der Regenwasserleitungen und der Grundstücksanschlüsse können der beigefügten Kopie des Bebauungsplans Abwasser entnommen werden. Werden die neuen Schmutz- und Regenwasserleitungen auf privaten Grundstücken verlegt, sind zugunsten des Zweckverbandes die Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zu gewährleisten. Die Entwässerungsanlagen sind durch ein Fachplanungsbüro zu planen und mit dem Zweckverband abzustimmen. 4. <u>Löschwasserentwurf</u> Der Zweckverband kann Trinkwasser zu Löschwasserzwecken nur im Rahmen seiner Möglichkeiten bereitstellen. Die Bereitstellung wird über eine Sondervereinbarung geregelt. Zwischen der Stadt Grevesmühlen und dem Zweckverband besteht eine Sondervereinbarung über die Bereitstellung von Trinkwasser zu Löschzwecken aus dem öffentlichen Trinkwasserversorgungssystem. In der Nähe des B-Pflegegebietes befinden sich 3 Hydranten. Hydrant 1 - Karl-Marx-Straße, vor dem B-Pflegegebiet Unterflurhydrant UHF 80, (GIS-Identifikator: 40021-4029), 70 m³/Sunde bei einem Vordruck von 1,5 bar Hydrant 2 - Kreuzung Karl-Marx-Straße/Freitagstraße, Unterflurhydrant UHF 80, (GIS-Identifikator: 40021-4029), 91 m³/Sunde bei einem Vordruck von 1,5 bar Beide Hydranten sind nicht in die Vereinbarung aufgenommen worden.	Zu 3.2 – Möglichkeiten zur Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers durch Versickerung werden geprüft. Zu 3.3 – Alternativ werden Möglichkeiten zur Ableitung der geordneten Ableitung des Regenwassers überprüft. Zu 3.4 – Die Entwässerungsanlagen sind entsprechend zu planen. Zu 4.1 – Die Belange der Löschwasserbereitstellung werden abschließend geregelt.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Sitzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Hydrant 3 - Kreuzung Parkstraße/Reydestraße, Unterflurhydrant UFH 80, (GIS-Identr.: 40063-1009), 94 m³ Stunde bei einem Vordruck von 1,5 bar - Dieser Hydrant ist in die Voreinbarung aufgenommen worden. - Der Standort der Hydranten kann dem befolgenden Bestandsplan Trinkwasser entnommen werden. Jede weiterführende Planung und Änderung ist dem ZVG erneut zur Abstimmung vorzulegen. Nach Abschluss des Planverfahrens bitte ich um Übersendung einer Ausfertigung des nachvollziehbaren Bebauungsplanes an den ZVG. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.  Andreas Lachmann <u>Anlagen:</u> - Bestand Trinkwasser 1 x A 4 - Bestand Abwasser 1 x A 4 <u>Verteiler:</u> - Empfänger - ZVG t11 	Zu 5.1 – Abstimmungen werden im erforderlichen Maß geführt. Zu 5.2 – Die Stadt Grevesmühlen nimmt diesen Hinweis zur Kenntnis und wird ihn beachten. Er ist bauleitplanerisch nicht relevant.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

lfd. Nr. II.15

Stellungnahme von/vom

Behandlung der Stellungnahmen

Entscheidung/Beschluss

STADTWERKE
GREVESMÖHLEN GMBH

Stadtwahlkreis
23. Feb. 2019

HA	KA	KA	KA
HA	KA	KA	KA

Stadtwahlkreis
23. Feb. 2019

Stadtwahlkreis
23. Feb. 2019

Grevesmöhlen, 20.02.19
BA, Abteilung Sewa
Tel. 0 38 81/23-45 46
Fax-Nr. 2705510

Bauvorhaben: Sanierung über B-Plan Nr.: 33, „Wohnbebauung Karl-Marx-Strasse“

Ort: Grevesmöhlen, Karl-Marx-Strasse

Sehr geehrte Damen und Herren,
dem o. g. Bauvorhaben stimmen wir grundsätzlich zu. Die Zustimmung beschränkt sich auf das in der Anfrage angegebene Baufeld.

Im o. g. Bauvorhaben befinden sich Versorgungsleitungen der Stadtwerke Grevesmöhlen GmbH und anderer Rechtsträger. Eine Über- bzw. Unterbauung ist nicht zulässig. Bei Kreuzungen und Nützungen sind Mindestabstände lt. DIN einzuhalten. Die Kosten für etwa eventuelle Unverfügung gehen zu Lasten der Verursacher.

Zur termingerechten Abklärung für die erforderliche Kabelsicherung vor Ort setzen Sie sich bitte rechtzeitig vor Baubeginn mit Herrn Otto L. D. (Tel. 038822 52 220) in Verbindung. Die genaue Lage und Verlaufsrichtung ist nur durch eine Vorvermessung bzw. Suchschachtlungen festzustellen.

Während der Vorortvermessung werden weitere Festlegungen zum Schutz der Versorgungsleitungen getroffen.

Zusätzlich sind keine Neuverlegungen in dem Baubereich geplant.

Diese Zustimmung gilt für die Dauer eines Jahres, bezogen auf das Datum dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen
i. A. *B. B. B.*
Bernd B. B.
Abteilungsleiter Stromnetz

Kontaktperson:
Stadtwahlkreis
23. Feb. 2019

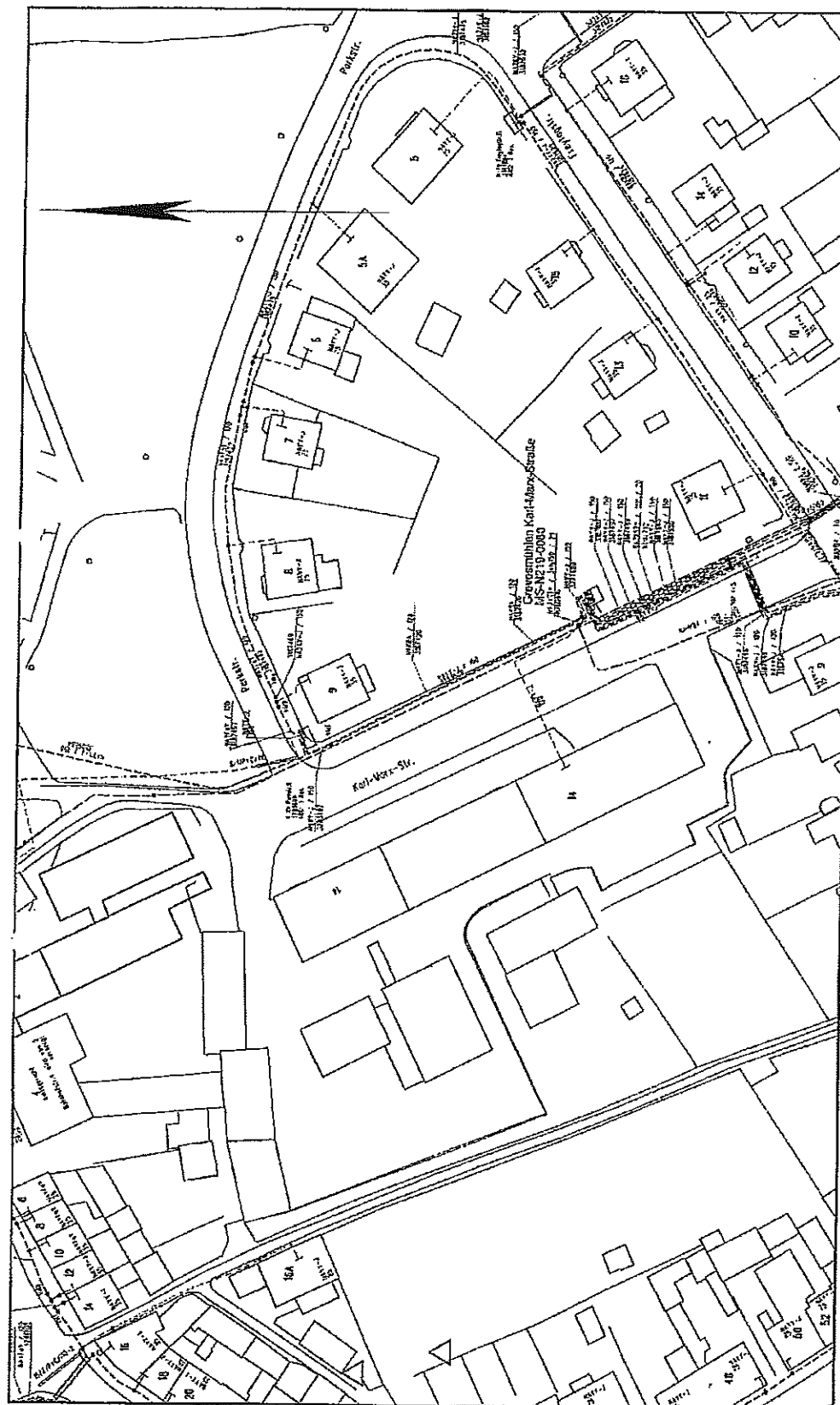
Verantwortlicher des Baubereichs
23. Feb. 2019

Geschäftsführer
23. Feb. 2019

HRG Grevesmöhlen
Stadtwahlkreis 2019
23. Feb. 2019

Zu 1. – Allgemeine Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
Zu 2. – Der Hinweis auf Versorgungsleitungen wird zur Kenntnis genommen. Die Abstimmung zu Leitungen bzw. zur Beachtung von Leitungen erfolgt im Rahmen der Vorbereitung des Vorhabens.
Zu 3. – Der Hinweis zur Kontaktaufnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.
Zu 4. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Neuverlegungen bekannt sind.
Zu 5. – Die Befristung wird zur Kenntnis genommen. Da ohne das § 4 (2) BauGB – Verfahren durchzuführen ist, ergeht noch eine Stellungnahme, die jedoch dann ohne zeitliche Beschränkung in die Planunterlagen aufgenommen wird.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf



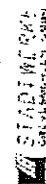
Kartenname: Wohnbebauung K.-Marx-Str.

Ausgabenr.: 912924

Benutzer: oyze

Ausgabedatum: 19.02.2010

1:1000



Stadtwerke Grevesmühlen GmbH

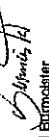
Die Karte ist Eigentum der Stadtwerke Grevesmühlen GmbH.
Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Ort/Distrikt: Grevesmühlen / Grevesmühlen
Straßen: Karl-Marx-Straße
Benennung:

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.15 a	350  GASNETZ GREVESMÜHLEN GMBH Grevesmühlen, 2010-02-19 Satzung Nr. 33 Tel.: 0 38 81 78 45-46 Start Grevesmühlen z.H. Frau Matschke Rathausplatz 1 23938 Grevesmühlen Leitungsauskunft Baumaßnahme: Satzung über B-Plan Nr. 33 „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Reg.-Nr.: 41477 Bei Störungen und Gasgeräuschen ca. 0180-1616616 (0 38 81) aus dem Festnetz, ggf. Stromkosten fallen an aus dem Mobilfunk Tag und Nacht besetzt Sehr geehrte Damen und Herren, In dem von Ihnen angegebenen Bereich befinden sich Anlagen oder Leitungen in Rechtsangelegenheit der Gasnetz Grevesmühlen GmbH. Mit diesem Schreiben erhalten Sie eine Kopie unserer Leitungspläne aus der die Lage unserer Versorgungsleitungen im o.a. Bereich ersichtlich ist. Die Pläne sind für die Planungszwecke und dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden. Die in den Leitungsplänen enthaltenen Angaben und Maßzahlen sind hinsichtlich der Lage und Verläufe der Versorgungsleitungen unverändert, Abweichungen sind möglich. Bei einer Bauausführung sind durch die ausführende Firma aktuelle Leitungspläne rechtzeitig vor Baubeginn anzufordern. Das Merkblatt „Schutz von Versorgungsanlagen bei Bauarbeiten“ ist bei den Planungen zu beachten. Anmerkungen: Zum Schutz der im genannten Bereich befindlichen Niederdruckgasleitungen sowie der Hausanschlüsse sind folgende Hinweise zu beachten: Beim Verlegen von Entwässerungsleitungen oder Bebauungsmaßnahmen sind die nach dem jeweiligen gültigen Regelwerk geforderten Mindestabstände/Schutzabstände einzuhalten. Keine Überbauung mit Blumen, Büten oder ähnlichem Material, außer im direkten Kontaktbereich. Beitragende: IJZ 140.510.00 Gasnetz Grevesmühlen An Nr. 10.02.35 Nr. 13 Satzung Nr. 33 Satzung Nr. 33 Seit der Gasleitung Grevesmühlen Satzung Nr. 33	Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich Leitungen im Planbereich befinden. Zu 2. – Die Leitungen zu Leitungen und Leitungsverläufen werden zur Kenntnis genommen. Sie sind nachrichtlich mit dem entsprechenden Bezug, unverbindlich, zu übernehmen. Zu 3. – Die Schutzanforderungen für Leitungen sind zu beachten. Die Vorgehensweise ist entsprechend Anforderung durchzuführen.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Freigelegte Gasseitungen/Anlagen sind fachgerecht gegen Beschädigungen zu sichern. Schäden an Gasseitungen/Anlagen sind unverzüglich zu melden. Die Überdeckung der Gasseitungen darf sich nicht ändern. Die genaue Lage und Überdeckung der Gasseitungen ist durch Suchschachtungen zu ermitteln. Ober- oder Unterirdische Anlagen/Inhaltszeichen dürfen in Lage oder Standort nicht verändert werden. Die Bestandsunterlagen werden zurzeit überarbeitet. Der Bauausführende hat vor Beginn der Bauarbeiten einen Auftragsbeschein zu beantragen. Eventuell notwendige Umverlegungen/Änderungen/Sicherungen sind nicht in dieser Zustimmung enthalten und bedürfen einer gesonderten Klärung. Die Durchführung von Baumaßnahmen (z.B.: Instandhaltungsarbeiten, Einblendungen oder die Verlegung von Hausanschlüssen) im Bereich der Gasseitungen muss gewährleistet sein. Anlagen: Merkblatt Richtlinienplan Mit freundlichen Grüßen i.H.  Bernd Burmeister Abteilungsleiter Netze		



**Merkblatt Schutz von
Versorgungsanlagen
bei Bauarbeiten**

Hinweise und Pflichten

So lassen sich Schäden vermeiden

Um Schäden an Versorgungsanlagen für Strom, Gas, Wasser, Wärme und Kommunikation zu vermeiden, sind bei Bauarbeiten folgende Hinweise zu beachten:

Jeder Bauunternehmer hat bei der Durchführung ihm übertragene Hoch- und Tiefbauarbeiten auf öffentlichen und privaten Grund mit dem Vorhandensein unterschiedlich verlegter Versorgungsanlagen zu rechnen und seine Mitarbeiter und gegebenenfalls Subunternehmer entsprechend zu unterweisen und zu überwachen.

Der Bauunternehmer ist verpflichtet,

rechtzeitig vor Beginn der Bauarbeiten bei der Gasnetz Grevesmühlen GmbH durch Anordnung von Leitungspfählen, sich Auskunft über die Lage der im Arbeitsbereich befindlichen Versorgungsanlagen einzuholen sowie aus Sicherheitsgründen vor Beginn der Bauarbeiten die tatsächliche Lage und Überdeckung der Versorgungsanlagen durch Probegrabung festzustellen. Sollten sich Differenzen zwischen Planungsunterlagen und der Örtlichkeit ergeben, ist die weitere Vorgehensweise mit der Gasnetz Grevesmühlen GmbH abzustimmen.

Lage der Versorgungsanlagen

Die Gasnetz Grevesmühlen GmbH betreibt Versorgungsanlagen sowohl in öffentlichen als auch privaten Grund. Die Leitungen haben in der Regel folgende Überdeckung:

Überdeckung der Leitungen

0,40 – 0,80 m in privatem Grund

0,40 – 1,00 m in öffentlichem Grund

1,00 – 1,60 m bei Wasserleitungen

0,30 – 1,20 m bei Gasfernleitungen

bis 1,20 m auf Landwirtschaftlicher Nutzfläche

In den Leitungen sind Einbauten vorhanden, die stöckig abzweigen und/oder über den Rohrschacht hinaus zum Teil bis zur Geländeoberfläche reichen. Folgende Mindestabstände zu Leitungen und ihren Einbauten dürfen ohne Zustimmung von der Gasnetz Grevesmühlen GmbH nicht unterschritten werden. Art und Umfang eventuell erforderlicher Schutzvorkehrungen sind rechtzeitig mit der Gasnetz Grevesmühlen GmbH abzustimmen.

Seite 1 von 5



**Merkblatt Schutz von
Versorgungsanlagen
bei Bauarbeiten**

Mindestabstände zu Leitungen und ihren Einbauten

Für erdverlegte Versorgungsanlagen:

0,10 m bei Kreuzungen

0,20 m bei Parallelverlegungen

Zwischen PE-Leitungen und Kabeln über 1 kV, sowie bei Gas-Hochdruck- sind die doppelten und bei Wärmeleitungen die dreifachen Mindestabstände einzuhalten. Gasfernleitungen sind in einem Schutzstreifen verlegt. Hier gelten noch größere Mindestabstände, die im Einzelfall mit der Gasnetz Grevesmühlen GmbH abzustimmen sind.

Für Freileitungen:

1,00 m bei Freileitungen bis 1 kV

3,00 m bei Freileitungen von 1 kV – 60 kV

über 60 kV erfolgen die Angaben von der Stadtwerke Grevesmühlen GmbH

Maßnahmen

Schutz und Sicherheit gehen vor

Einsatz von Baugeräten

Baugeräte sind nur so einzusetzen, dass eine Gefährdung der Versorgungsanlagen ausgeschlossen ist und die Abstände zu Freileitungen eingehalten werden. In unmittelbarer Nähe von Leitungen darf Boden nur in Handschachtung ausgehoben werden.

Leitungsstrassen

Leitungsstrassen mit nicht tragfähigen Oberflächen dürfen erst nach deren Befestigung (z.B. durch Beggermatrizen) mit Baufahrzeugen befahren werden.

Ramm- und Bohrarbeiten

Vor Beginn von Ramm- und Bohrarbeiten sind Leitungen durch Handschachtung freizulegen, zu schützen und zu sichern (auch gegen Schwingungen bei Vortrieb- und Ziehvorgängen). Mit der Rammung darf erst unterhalb der Rohrschle begonnen werden. Im Bereich von Guss-, PVC- und Stahlruffleitungen sind Rammungen unzulässig.

Seite 2 von 5



Markblatt Schutz von
Versorgungsanlagen
bei Bauarbeiten

Freigelegte Versorgungsleitungen

Freigelegte Versorgungsleitungen und ihre Einbauten sind fachgerecht gegen Beschädigungen sowie Lageveränderungen in Abstimmung mit der Gasnetz Grevesmühlen GmbH zu sichern. Freigelegte Leitungen dürfen nicht betreten oder anderweitig belastet werden. Insbesondere bei Wärmeleitungen ist die Gefahr des Ausklickens durch Wärmeexpansionen zu beachten. Durch Baugrubenverbau dürfen keine Kräfte auf die Rohre übertragen werden.

Kathodischer Rohrschutz

Um den kathodischen Rohrschutz von Leitungen nicht zu gefährden, dürfen keine elektrisch leitenden Verbindungen zu metallischen Gasrohrleitungen hergestellt werden.

Wärmequellen

Wärmequellen sind aus dem Bereich von Versorgungsanlagen fernzuhalten.

Zugänglichkeit von Versorgungsanlagen

Im Baustellen befindliche Versorgungsanlagen (erkennbar durch Strahlentkappen, Hinweisschilder u. ä.) müssen jederzeit zugänglich sein und bedienbar bleiben. Dies gilt auch bei Asphaltierungsarbeiten.

Über Versorgungsanlagen dürfen Baustelleneinrichtungen, Baumaterial, Bodenaushub und ähnliches nur nach vorheriger Zustimmung der Gasnetz Grevesmühlen GmbH für einen begrenzten Zeitraum gelagert werden. Die Zustimmung wird bei der PVC- und Gasleitungen nicht gegeben. Bei Erfordernis muss die Leitungstrasse sofort nach erster Aufforderung von der Gasnetz Grevesmühlen GmbH, vom Verursacher auf dessen Kosten geräumt werden.

Überbauungen/Bepflanzungen

Jediges Überbauen der Leitungen einschließlich der Hausanschlussleitungen ist unzulässig. Auch die Herstellung vollständig geschlossener gasundurchlässiger Oberflächen bis an Gebäudewände ist nicht zulässig. Bei Baumbepflanzungen im Bereich von 2,5 m sind Maßnahmen zum Schutz der Leitungen mit der Gasnetz Grevesmühlen GmbH abzustimmen.

Vorfaltung der Baugrube und Verdichtung des Bodens

Die Leitung muss mit einer Schichtdicke von mindestens 10 cm allseitig mit verdichtungsfähigem, staubfreiem Boden umgeben sein. Die Rohrlage darf nicht verändert und die Umhüllung bzw. Wärmeisolierung nicht beschädigt werden. Der eingebrachte Boden ist bis zu 40 cm über Rohrschmelze von Hand zu verdichten. Erst darüber ist der Einsatz von maschinellem Gerät zulässig.

Seite 3 von 5



Markblatt Schutz von
Versorgungsanlagen
bei Bauarbeiten

Trassenwarband

Trassenwarband muss ca. 40 cm über dem Scheitel der Leitung verlegt werden. Trassenwarband für die jeweilige Leitungsart kann bei der Gasnetz Grevesmühlen GmbH angefordert werden.

Gasströmungswächter

In Hausanschlussleitungen werden in zunehmendem Umfang Gasströmungswächter eingebaut.

Dadurch kann es selbst bei schweren Beschädigungen dazu kommen, dass nur ein geringer Gasaustritt festgestellt wird.

Beachten Sie bei jeder Beschädigung die obigen Hinweise und informieren Sie uns sofort.

Vorgehensweise

Was tun bei Schadensfällen

Bei Schäden sind sofort folgende Vorkehrungen zur Verminderung von Gefahren zu treffen:

- Arbeiten im Bereich der Schadenstelle sofort einstellen
- Gefahrenbereich räumen und weiträumig absichern
- Zutritt unbefugter Personen verhindern
- Erforderlichenfalls Polizei und/oder Feuerwehr benachrichtigen
- Weitere Maßnahmen mit der Gasnetz Grevesmühlen GmbH abstimmen
- Eine verantwortliche Person der bauausführenden Firma muss bis zum Eintreffen der Gasnetz Grevesmühlen GmbH an der Schadenstelle bleiben

Bei austretendem Gas besteht akute Zündgefahr, deshalb außerdem:

- Funkenbildung vermeiden
- Nicht rauchen
- Keine offenen Flammen gebrauchen
- Keine elektrischen Anlagen bedienen
- Sofort alle Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abstellen
- Angrenzende Gebäude auf Gasdichtheit prüfen. Falls Gas eingetraten ist, ist für ausreichende und gefahrlose Lüftung zu sorgen
- Bei angrenzenden Gebäuden sind Fenster und Türen zu schließen um einen Gasaustritt zu verhindern, hiermit ist die Windrichtung zu beachten

Bei Schäden an Wärmeleitungen besteht durch austretendes Heizwasser Verbrühungsgefahr.

Seite 4 von 5

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf



Merkblatt Schutz von
Versorgungsanlagen
bei Bauarbeiten

Informationspflicht

Meldung bei Schadenfällen

Jede Beschädigung von Versorgungsanlagen ist bei der Gasnetz Grevesmühlen GmbH sofort unter folgenden Rufnummern mit genauer Angabe des Schadensortes und der Schadensart zu melden.

Hier melden Sie den Schaden

Gasnetz Grevesmühlen GmbH Störungsannahme

Gasnetz Grevesmühlen GmbH
Grüner Weg 26
23636 Grevesmühlen

Internet: www.gasnetz-gym.de

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

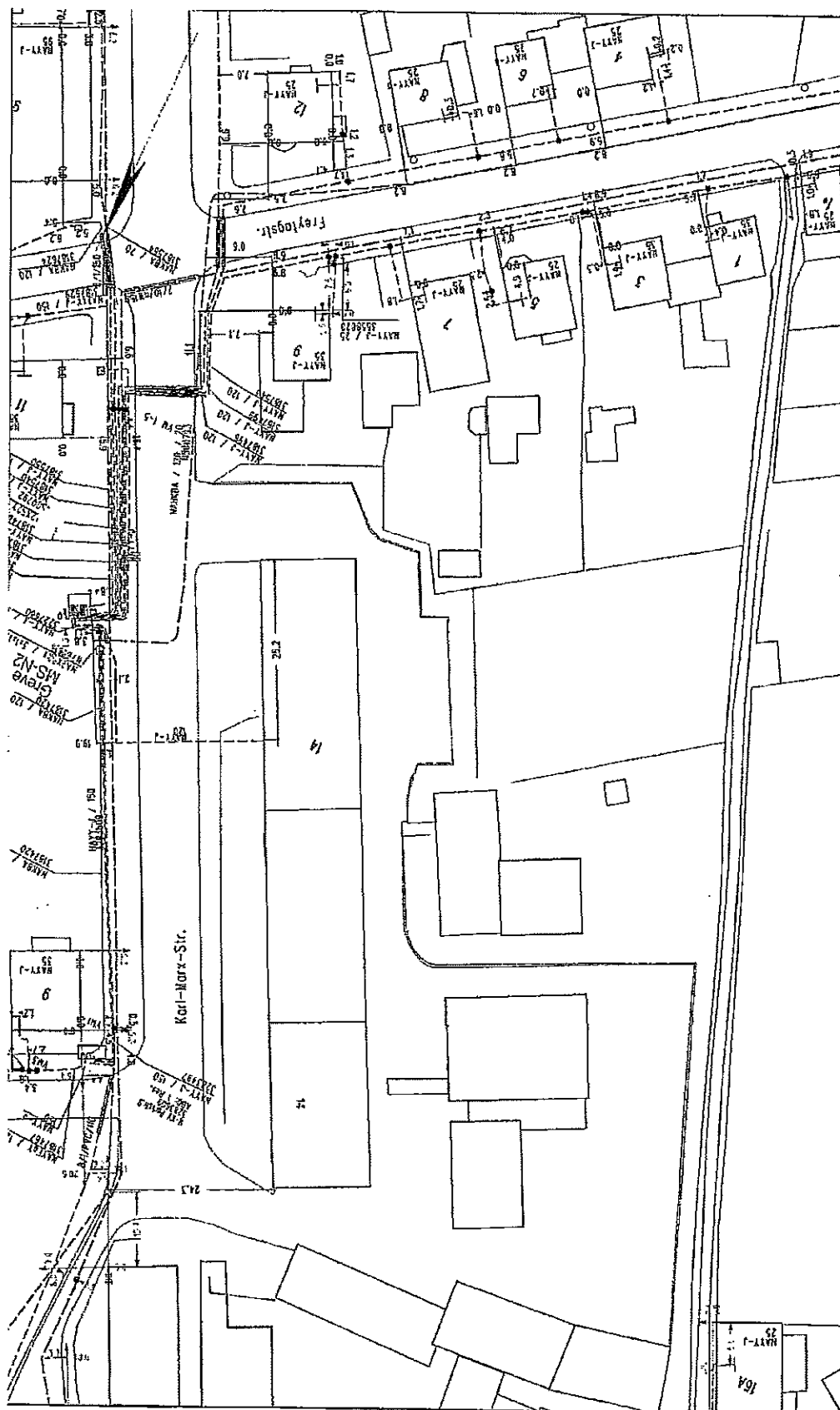
Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.15 b	Stadtwerke GmbH, Günter Weg 26, 23936 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen z. H. Frau Malschke Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen STADTWERKE GREVESMÜHLEN GMBH 153 Stadt Grevesmühlen Eingangsgang: 01. März 2010 R: ☐ W: ☐ B: ☐ 1203 Bgm: ☐ HA: ☐ KA: ☐ DA: ☐ O: ☐ Im Zeichen: Unser Zeichen: VVK: Telefon: Name: Datum: Ihre Nachricht vom: 04.02.2010 Unsere Nachricht vom: 08.02.2010 Herr Küster: 26.02.2010 Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Sehr geehrte Frau Malschke, bezüglich der im genannten Bereich vorhandenen Anlagen und Leitungen haben Sie bereits eine Zusage aus unserem Hause erhalten: Die Stadtwerke Grevesmühlen planen die Anbindung der Innerstadt an das vorhandene Fernwärmenetz. In verschiedenen Ausbaustufen. In einem ersten Bauschritt wird in diesem Jahr die Anbindung des Rathauses erfolgen. In weiteren Abschnitten planen wir die Anbindung weiterer potenzieller Kunden. Dazu gibt es derzeit aber noch keine konkreten Termine. In einem weiteren Schritt ist u.a. die Anbindung der ehemaligen Mälzfabrik an die Fernwärme geplant. Im Zuge der Realisierung dieser Maßnahme wäre die Versorgung des o.g. Baugebietes mit Fernwärme möglich. Wir würden es gerne sehen, wenn die Satzung eine Option zur Fernwärmeerschließung des Gebietes enthalten könnte. Die Entscheidung über den möglichen Fernwärmeanschluss sollte der Investor im Rahmen seiner weiteren Planungen treffen können. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen Stadtwerke Grevesmühlen GmbH <i>Handwritten signature: H. Küster</i> Küster Technischer Leiter Beckenbrück: 02 140 510-00 Niederlande der Auftrags: 02 140 510-00 Spezialwerkzeugbau Nordamer: 02 140 510-00 02 140 510-00	Zu 1. – Allgemeine Ausführung zu Leitungen wird zur Kenntnis genommen. Zu 2. – Die Information zum Fernwärmenetz wird zur Kenntnis genommen. Abstimmungen mit der Stadtwerke Grevesmühlen GmbH werden avisiert. Zu 3. – Der Hinweis wird beachtet. Die Stadt Grevesmühlen überträgt dem Vorhabenräger den Wunsch für entsprechende Abstimmungen. Zwischen dem Vorhabenräger und der Stadtwerke Grevesmühlen GmbH fand am 22.04.2010 eine Verständigung statt. Ein Termin für die Realisierung der Fernwärmeversorgung kann von den Stadtwerken nicht benannt. Der Bebauungsplan sollte deshalb auf die Möglichkeit eines späteren Fernwärmeanschlusses hinweisen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.16	e-on edis EDS AG, Postfach 144, 23561 Postwerbe/Schöne, VV, Eilf, 349 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen 22. Feb. 2010 HA KA DA OA Neubukow, 15. Februar 2010 Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Bitte stets angeben: Upl/10/04 Sehr geehrte Damen und Herren, gegen die o.g. Planung bestehen unsererseits keine Bedenken. Sie erhalten mit diesem Schreiben Planungsunterlagen mit unserem eingetragenen 20 KV Leitungs- und Anlagenbestand. Wir weisen darauf hin, dass diese Eintragungen nur zu Ihrer Information bestimmt sind und keine Einwirkung darstellen. Zum aktuellen Leitungsbestand der Stadtwerke Grevesmühlen fügen Sie bitte bei den Stadtwerken direkt nach. Bitte beachten Sie, dass rechtzeitig vor Beginn eventueller Bauarbeiten ohne Einweisung unserer Anlagen durch den Leitungsleiter Tel. Nr. 03 88 52 52-220 erfolgen muss. Zu Fragen der Elektroanlagensicherheit setzen Sie sich bitte mit den Stadtwerken Grevesmühlen in Verbindung. Nachfolgend möchten wir Ihnen allgemeine Hinweise zur Kenntnis geben, die Sie bitte bei der weiteren Planung in o. g. Bereich berücksichtigen möchten: Um einen sicheren Netzbetrieb und eine schnelle Störungsbehebung zu gewährleisten, bitten wir Sie, unsere Leitungstrassen von Baumbeplantungen freizuhalten. Dabei ist es erforderlich, im Rahmen der konkreten EDS AG, Postfach 144, 23561 Postwerbe/Schöne, VV, Eilf, 349 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen 22. Feb. 2010 HA KA DA OA Neubukow, 15. Februar 2010 Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Bitte stets angeben: Upl/10/04 Sehr geehrte Damen und Herren, gegen die o.g. Planung bestehen unsererseits keine Bedenken. Sie erhalten mit diesem Schreiben Planungsunterlagen mit unserem eingetragenen 20 KV Leitungs- und Anlagenbestand. Wir weisen darauf hin, dass diese Eintragungen nur zu Ihrer Information bestimmt sind und keine Einwirkung darstellen. Zum aktuellen Leitungsbestand der Stadtwerke Grevesmühlen fügen Sie bitte bei den Stadtwerken direkt nach. Bitte beachten Sie, dass rechtzeitig vor Beginn eventueller Bauarbeiten ohne Einweisung unserer Anlagen durch den Leitungsleiter Tel. Nr. 03 88 52 52-220 erfolgen muss. Zu Fragen der Elektroanlagensicherheit setzen Sie sich bitte mit den Stadtwerken Grevesmühlen in Verbindung. Nachfolgend möchten wir Ihnen allgemeine Hinweise zur Kenntnis geben, die Sie bitte bei der weiteren Planung in o. g. Bereich berücksichtigen möchten: Um einen sicheren Netzbetrieb und eine schnelle Störungsbehebung zu gewährleisten, bitten wir Sie, unsere Leitungstrassen von Baumbeplantungen freizuhalten. Dabei ist es erforderlich, im Rahmen der konkreten	T.16 EDS AG, Postfach 144, 23561 Postwerbe/Schöne, VV, Eilf, 349 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen 22. Feb. 2010 HA KA DA OA Neubukow, 15. Februar 2010 Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Bitte stets angeben: Upl/10/04 Sehr geehrte Damen und Herren, gegen die o.g. Planung bestehen unsererseits keine Bedenken. Sie erhalten mit diesem Schreiben Planungsunterlagen mit unserem eingetragenen 20 KV Leitungs- und Anlagenbestand. Wir weisen darauf hin, dass diese Eintragungen nur zu Ihrer Information bestimmt sind und keine Einwirkung darstellen. Zum aktuellen Leitungsbestand der Stadtwerke Grevesmühlen fügen Sie bitte bei den Stadtwerken direkt nach. Bitte beachten Sie, dass rechtzeitig vor Beginn eventueller Bauarbeiten ohne Einweisung unserer Anlagen durch den Leitungsleiter Tel. Nr. 03 88 52 52-220 erfolgen muss. Zu Fragen der Elektroanlagensicherheit setzen Sie sich bitte mit den Stadtwerken Grevesmühlen in Verbindung. Nachfolgend möchten wir Ihnen allgemeine Hinweise zur Kenntnis geben, die Sie bitte bei der weiteren Planung in o. g. Bereich berücksichtigen möchten: Um einen sicheren Netzbetrieb und eine schnelle Störungsbehebung zu gewährleisten, bitten wir Sie, unsere Leitungstrassen von Baumbeplantungen freizuhalten. Dabei ist es erforderlich, im Rahmen der konkreten	Zu 1. - Die Informationen zum Leitungsverlauf werden zur Kenntnis genommen. Die Leitungsinformationen werden berücksichtigt. Abstimmungen mit der Stadtwerke Grevesmühlen GmbH folgen. Zu 2. - Anforderungen an die Herstellung und Elektroerschließung werden entsprechend abgestimmt. Dies ist nicht von bauleitplanerischer Bedeutung. Zu 3. - Allgemeine Hinweise werden zur Kenntnis genommen und soweit erforderlich berücksichtigt.

Iffl. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	e-on edis Planung von Pflanzmaßnahmen im Bereich öffentlicher Flächen eine Abstimmung mit uns durchzuführen. Bitte stellen Sie uns einen Lageplan, vorzugsweise im Maßstab 1:500, in dem die geplanten Baumstandorte eingetragen sind zur Verfügung. Kabel Zu unseren vorhandenen elektrischen Betrieben sind grundsätzlich Abstände nach DIN VDE 0100 und DIN VDE 0101 einzuhalten. Vorhandene und in Betrieb befindliche Kabel dürfen weder freigelegt noch überbaut werden. Zur Gewährleistung der geforderten Mindestabstände sind Abtragungen der Oberfläche nicht zulässig. In Kabeln ist Handschneidung erforderlich. Bei weiteren Fragen steht Ihnen Herr Lange unter der o.g. Telefonnummer gern zur Verfügung. Mit Freundlichen Grüßen E.ON edis AG <i>[Handwritten signature]</i> Anlage: Lageplan 2 2	Zu 4. – Die Anforderungen zum Kabelschutz werden zur Kenntnis genommen und beachtet. Zu berücksichtigen.	

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Sitzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf



Kartenname:	906360	Ort/Ortsteil: Grevesmühlen / Grevesmühlen
Ausgabenr.:	greves	Straße: Karl-Marx-Str.
Benutzer:	08.02.2010	Bemerkungen:
Ausgabedatum:		----- 2011-11-10 -----
		----- 09.01.2012 -----
		UPL 120104
		EON edit AG
		Regionalbereich Nord-Mecklenburg
		Standort Neubukow
		Am Steilweg 12 - 18231 Neubukow
		TEL 039524-72-00 - Fax 039524-72-01

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Ird. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	2 Anmerkungen: Hinweis für die Antragstellung: In dem von Ihnen genannten Bereich befinden sich Anlagen/Leitungen in Rechtsgeschäft der Gasversorgung Grevesmühlen GmbH. Auf Veranlassung der Gasversorgung Grevesmühlen erfolgt die Antragstellung seit 01.07.1998 für den Bereich Grevesmühlen (einschließlich der zur Zeit gasversorgten Orte Grevesmühlen, Wöcknitz, Neu Dargow, Upahl) an folgende Adresse: Gasversorgung Grevesmühlen Göhrner Weg 24 23904 Grevesmühlen Die vorliegenden Unterlagen schicken Sie bitte für eine weitere Bearbeitung an die Gasversorgung Grevesmühlen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die Gasversorgung Grevesmühlen, Telefon -03381/78450. Leitungsbaufl. - Reg.-Nr.: 41101 Seite 2/2	Zu 2. – Allgemeine Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie sind nicht von Bedeutung, da das Gebiet nicht von Leitungen berührt ist.	Zur Kenntnis zu nehmen.

Leitungsanfrage an e-on Hanse	
Leitungsanfrage per Mail an: leitungsanfrage@e-on-hanse.com (per Fax an 0 16 0 7 33 23 02-1 oder die zuständige Hochspannungsmannschaft)	
Zweck der Leitungsanfrage	☐ Baumaßnahme ☐ Planung ☐
voraussichtliches Ausführungsdatum	☐ Pressarbeiten ☐ Planung für Erdern ☐
	☐ Rammarbeiten ☐ Name der beauftragenden Firma:
	☐ Spundungsarbeiten
	☐ Sprengarbeiten
	☐ Entfernung von Bomben ☐ Planung für E.ON Hanse
Fragen zur Maßnahme	☐ Eine Außerbetriebnahme von Leitungen ist erforderlich ☐ Ansprechpartner bei E.ON Hanse
	☐ A4 ☐ A3 ☐ A2 ☐ A1 ☐ A0 ☐ beliebig ☐ DWG ☐ DXF ☐ DGN ☐
gewünschtes Abgabeformat	
Zu Planungswecken in Konzept veränderten Bereichen alle	
Beschreibung der Maßnahme	
Lokation der Maßnahme (Bitte Lageplan beifügen):	
Ort / Gemeinde	
Straße von / bis	
Adressdaten des Auskunftnehmers:	
Firmenname	
Ansprechpartner	
Ort / Gemeinde	
Straße	
Telefonnummer:	
Faxnummer	
E-Mailadresse	
Datum/Unterschrift	

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Istf. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.18	Im Auftrag der Verbundnetz Gas AG Stabschef: Herrmann 4. 10.2010 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen DS 0824 Stich: Grevesmühlen Eingegangen: 19. Feb. 2010 GDMcom Ansprechpartner: Gis Hilber Tel.: (0441) 3504-481 Fax: (0441) 3504-100 Ute Hilber@jdcom.de Ihr Zeichen: 004-Lma 04.02.2010 GDM FH 0170316000 Unter Zeichen: 0170316000 16.02.2010 Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen "Wohnbebauung Karl-Marx-Straße" (Vorentwurf) Umsatzregisternummer: 0170316000 Sehr geehrte Damen und Herren, GDMcom ist verblüfft als von der VNG - Verbundnetz Gas AG (nachfolgend VNG genannt) beauftragtes Dienstleistungsunternehmen tätig und handelt in einem ersten und in Vollmacht der VNG. Ihr Auftrag entsprechend teilen wir Ihnen mit, dass o. a. Vorentwurf wieder die vorhandenen Anlagen nach die aktuellstenden Planungen der VNG besteht. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben. Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Anbauumfang die dargestellten Planungsdaten überschreiten, so ist es notwendig, die GDMcom am weiteren Verfahren zu beteiligen. Die VNG ist ein überregionaler Ferngasversorger. Bezüglich Leistungen und Anlagen regionaler und/oder örtlicher Gasversorgungsunternehmen bitten wir Sie höflich, sich unmittelbar mit dem zuständigen Leistungsanbieter in Verbindung zu setzen. Die GDMcom verteidigt die Interessen der VNG gegenüber Dritten in o. g. Angelegenheit. Ihre Anfragen stellen Sie bitte direkt an die GDMcom. Bei Rückfragen steht Ihnen o. g. Sachbearbeiterin gern zur Auslastung zur Verfügung. Freundliche Grüße <i>[Signature]</i> Sven Probst Technischer Auskunft/Genehmigung <i>[Signature]</i> Ute Hilber Sachbearbeiterin Auskunft/Genehmigung GDMcom Verbundnetz Gas AG Postfach 10 15 00 14469 Grevesmühlen Tel.: 0441 3504-100 Fax: 0441 3504-100 E-Mail: info@jdcom.de Internet: www.jdcom.de Zertifikat DIN EN ISO 9001 und DIN 14000 04 129 14020 Genehmigung Grevesmühlen Tel.: 0441 3504-100 Fax: 0441 3504-100 E-Mail: info@jdcom.de Internet: www.jdcom.de Zertifikat DIN EN ISO 9001 und DIN 14000 04 129 14020	Zu 1. – Vollmacht wird zur Kenntnis genommen. Zu 2. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände bestehen. Zu 3. – Geltungsbereich wird nicht verändert. Zu 4. – Regionale Versorger wurden beteiligt. Entsprechende Stellungnahmen werden im Planverfahren behandelt. Kontakt wird über die GDMcom gesucht. Zu 5. Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Sitzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

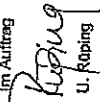
Ird. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.19	50HERTZ II.19 50HERTZ Transmissions GmbH - Hauptstraße 34 - 23039 Berlin Stadt Grevesmühlen Rathaus 23039 Grevesmühlen Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen "Wohnbebauung Karl-Marx-Straße" Siehe gezeichnete Frau Masacke, Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten. Folgende Unterlagen legen uns von Ihnen zur Einsichtnahme vor: - Satzung - Begründung Nach Prüfung Ihrer Materialien können wir Ihnen mitteilen, dass sich im o. g. Planungsbereich derzeit keine Anlagen der 50-Hertz Transmissions GmbH (u. a. Umspannwerke, Freileitungen und Informationsanlagen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind. Bitte geben Sie bei künftigen Schriftverkehr unsere Streifennummer „Regio-Nummernangabe“ an. Freundliche Grüße 50HERTZ Transmissions GmbH <i>Dr. Ziebold</i> West 50HERTZ Transmissions GmbH Hauptstraße 34 10557 Berlin Telefon: 030 260 110 Fax: 030 260 111 E-Mail: info@50herzt.de Web: www.50herzt.de 50HERTZ Transmissions GmbH Hauptstraße 34 10557 Berlin Telefon: 030 260 110 Fax: 030 260 111 E-Mail: info@50herzt.de Web: www.50herzt.de 50HERTZ Transmissions GmbH Hauptstraße 34 10557 Berlin Telefon: 030 260 110 Fax: 030 260 111 E-Mail: info@50herzt.de Web: www.50herzt.de	Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Leitungen vorhanden sind. Zu 2. – Kontakt wird entsprechend gesucht.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	50HERTZ 50Hertz Transmission GmbH Gesellschaft 50Hertz Transmission GmbH, Öffentlichkeits- und Informationsstelle 5. Januar 2010 50Hertz Transmission – offizielle Umfirmierung Sehr geehrte Damen und Herren, die Vattenfall Europa Transmission GmbH heißt ab heute offiziell 50Hertz Transmission GmbH. Unser Name ist ein Verweis auf unsere Kernaufgabe, die Netzfrequenz stabil auf 50 Hertz zu halten. Wir werden weiterhin in Zusammenarbeit mit unseren Partnern im europäischen Netzverbund ENTSO-E für die sichere und zuverlässige Stromversorgung sorgen. Unser hoher Anspruch bleibt es, die Erzeugung des europäischen Strommarktes voran zu treiben und unser Netz so auszubauen, dass alle Erneuerbaren Energien sicher ins Netz integriert werden. Unsere Tochter, die sich speziell um den Anschluss von Offshore-Windenergieanlagen an das Stromnetz an Land kümmert, heißt nun 50Hertz Offshore GmbH. Ab sofort sind wir über die zentrale Vermittlungsnr. +49-30-5150-0 zu erreichen. Unsere Durchwahlnummern ändern sich nicht. Unsere Handelsregister-, Nummer, Steuernummer und Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.) sowie unsere Bankverbindung bleiben ebenfalls gleich. Mit unserem neuen Namen findet sich unsere Erreichbarkeit im Internet. Sie finden uns ab sofort unter www.50hertz-transmission.net. Die E-Mail-Adressen unserer Mitarbeiter ändern sich dementsprechend in vorname.nachname@50hertz-transmission.net. Wir freuen uns auf die weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit. Sollten Sie Fragen zur Umfirmierung haben, können Sie uns gern persönlich kontaktieren. Mit freundlichen Grüßen 50Hertz Transmission GmbH <i>[Signature]</i> Döhler <i>[Signature]</i> Dohler <i>[Signature]</i> Dohler <i>[Signature]</i> Dohler		

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.21	II.21  Landesamt für Kultur und Denkmalpflege – Archäologie und Denkmalpflege – Stadtkreis Grevesmühlen Der Bürgerhaushalt Bauamt Friedrichsplatz 1 23836 Grevesmühlen Stadtkreis Grevesmühlen Der Bürgerhaushalt Bauamt Friedrichsplatz 1 23836 Grevesmühlen Stadtkreis Grevesmühlen Der Bürgerhaushalt Bauamt Friedrichsplatz 1 23836 Grevesmühlen Vorhabenbezogene B-Plan Nr. 33 "Vorbauung Karl-Marx-Straße" der Stadt Grevesmühlen, flur-fürzeitige Baufeldausweisung, Planungsstand 14.12.09 Stellungnahme des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege Sehr geehrte Damen und Herren, durch das Vorhaben werden keine Bau- und Kunstdenkmale berührt. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind im Gebiet des o. g. Vorhabens keine Bodendenkmale bekannt. Bei Bauarbeiten können jedoch jederzeit archäologische Funde und Fundstellen entdeckt werden. Daher sind folgende Hinweise zu beachten: Wenn während der Erdarbeiten Funde oder sonstige Bodeneigenschaften entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG M-V die zuständige Untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern der Bauaufsicht des Landesamtes in unveränderter Lage zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundstückseigentümer sowie zutreffende Zeugen, die den Wort des Fundes erkennen. Die Verpflichtung umfasst 5 Werktage nach Zugang der Anzeige. Diese Stellungnahme erfolgt auf Grundlage der §§ 1 (3) und 4 (2) Nr. 6 DSchG M-V. Mit freundlichen Grüßen Prof. Ewa Pryor-Pennersche Landeskonservatorin Das Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig. Herausgeber: Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Direktor: Prof. Ewa Pryor-Pennersche Telefon: 0383 254-140 Fax: 0383 254-146 E-Mail: kult@lkd.vorpommern.de Landeskonservator: Prof. Ewa Pryor-Pennersche Telefon: 0383 254-140 Fax: 0383 254-146 E-Mail: kult@lkd.vorpommern.de Landesarchiv: Landesarchiv Grevesmühlen Telefon: 0383 254-140 Fax: 0383 254-146 E-Mail: kult@lkd.vorpommern.de	Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bau- und Kunstdenkmale berührt sind. Zu 2. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bodendenkmale vorhanden sind. Zu 3. – Allgemeine Hinweise sind bereits beachtet.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss							
II.25	II, 25  Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Rathausplatz 1 23836 Grevesmühlen <table><tr><td>WV</td><td>Ein</td><td>28.1</td></tr><tr><td colspan="3">Stadt Grevesmühlen Eingegangen</td></tr><tr><td colspan="3">13. Feb. 2010</td></tr></table> Bgm HA KA GA QA beschiedet von: Frau Hilping Telefon: 03852388 6217 o-mahh@landvolk.de Aktezeichen: V210-4 (bitte bei Schriftverkehr angeben) Schwerin, den 8. Februar 2010 Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Ihr Schreiben vom 4. Februar 2010 Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für Ihr o. g. Schreiben vom 4. Februar 2010 zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB und Information über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB. Ich informiere die Landesrat Mecklenburg-Vorpommern als zuständige Forstbehörde. Falls diese eine Stellungnahme für erforderlich hält, geht Ihnen diese direkt zu. Mit freundlichen Grüßen im Auftrag  u. Rüping Heuteanrede: Paulshaus Weg 1 16061 Schwerin Telefon: (0385) 585-0244 Telefax: (0385) 585-0244 6025 Verkehrsverbindungen: Buslinie Nr. 14 Jugendhofbrunne (ab Hauptplatz bei Sternwarte) Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Forstbehörde informiert wird. Zur Kenntnis zu nehmen.	WV	Ein	28.1	Stadt Grevesmühlen Eingegangen			13. Feb. 2010		
WV	Ein	28.1								
Stadt Grevesmühlen Eingegangen										
13. Feb. 2010										

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Istf. Nr.	II.26	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
		Stellungnahme von/vom Amr für Landwirtschaft Wittenburg <i>I, 26</i> Amr für Landwirtschaft Wittenburg Wittenburg, 22.02.2010 Stellungnahme zur Satzung über den Vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Die o. g. Planungsunterlagen habe ich aus landwirtschaftlicher und agrarstruktureller Sicht geprüft. Durch den Amr für Landwirtschaft Wittenburg als Landwirtschaftsbehörde und als Flurnutzungsbehörde wurden für das betreffende Gebiet keine Planungen und sonstige Maßnahmen eingeleitet. Anregungen und Bedenken werden nicht geäußert. Im Auftrag <i>[Signature]</i> Dresitz Stad. Grevesmühlen Eingegangen 31. März 2010 Stad. Grevesmühlen Rathausplatz 1 23926 Grevesmühlen Bestandteil von: Plan 2010/2011 Teil 1: Grevesmühlen Teil 2: Grevesmühlen Teil 3: Grevesmühlen Teil 4: Grevesmühlen Teil 5: Grevesmühlen Teil 6: Grevesmühlen Teil 7: Grevesmühlen Teil 8: Grevesmühlen Teil 9: Grevesmühlen Teil 10: Grevesmühlen Teil 11: Grevesmühlen Teil 12: Grevesmühlen Teil 13: Grevesmühlen Teil 14: Grevesmühlen Teil 15: Grevesmühlen Teil 16: Grevesmühlen Teil 17: Grevesmühlen Teil 18: Grevesmühlen Teil 19: Grevesmühlen Teil 20: Grevesmühlen Teil 21: Grevesmühlen Teil 22: Grevesmühlen Teil 23: Grevesmühlen Teil 24: Grevesmühlen Teil 25: Grevesmühlen Teil 26: Grevesmühlen Teil 27: Grevesmühlen Teil 28: Grevesmühlen Teil 29: Grevesmühlen Teil 30: Grevesmühlen Teil 31: Grevesmühlen Teil 32: Grevesmühlen Teil 33: Grevesmühlen Teil 34: Grevesmühlen Teil 35: Grevesmühlen Teil 36: Grevesmühlen Teil 37: Grevesmühlen Teil 38: Grevesmühlen Teil 39: Grevesmühlen Teil 40: Grevesmühlen Teil 41: Grevesmühlen Teil 42: Grevesmühlen Teil 43: Grevesmühlen Teil 44: Grevesmühlen Teil 45: Grevesmühlen Teil 46: Grevesmühlen Teil 47: Grevesmühlen Teil 48: Grevesmühlen Teil 49: Grevesmühlen Teil 50: Grevesmühlen Teil 51: Grevesmühlen Teil 52: Grevesmühlen Teil 53: Grevesmühlen Teil 54: Grevesmühlen Teil 55: Grevesmühlen Teil 56: Grevesmühlen Teil 57: Grevesmühlen Teil 58: Grevesmühlen Teil 59: Grevesmühlen Teil 60: Grevesmühlen Teil 61: Grevesmühlen Teil 62: Grevesmühlen Teil 63: Grevesmühlen Teil 64: Grevesmühlen Teil 65: Grevesmühlen Teil 66: Grevesmühlen Teil 67: Grevesmühlen Teil 68: Grevesmühlen Teil 69: Grevesmühlen Teil 70: Grevesmühlen Teil 71: Grevesmühlen Teil 72: Grevesmühlen Teil 73: Grevesmühlen Teil 74: Grevesmühlen Teil 75: Grevesmühlen Teil 76: Grevesmühlen Teil 77: Grevesmühlen Teil 78: Grevesmühlen Teil 79: Grevesmühlen Teil 80: Grevesmühlen Teil 81: Grevesmühlen Teil 82: Grevesmühlen Teil 83: Grevesmühlen Teil 84: Grevesmühlen Teil 85: Grevesmühlen Teil 86: Grevesmühlen Teil 87: Grevesmühlen Teil 88: Grevesmühlen Teil 89: Grevesmühlen Teil 90: Grevesmühlen Teil 91: Grevesmühlen Teil 92: Grevesmühlen Teil 93: Grevesmühlen Teil 94: Grevesmühlen Teil 95: Grevesmühlen Teil 96: Grevesmühlen Teil 97: Grevesmühlen Teil 98: Grevesmühlen Teil 99: Grevesmühlen Teil 100: Grevesmühlen	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen und Bedenken geäußert werden und keine Belange berührt sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.

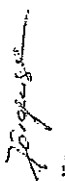
Hd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.29	SKX T.29 Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern 10. März 2010 Staat Grevesmühlen Rathausplatz 1 23326 Grevesmühlen Stadtkommunikation Telefon: +49 385 208-7100 E-Mail: MAdressen@stgmv-regierung.de Fax: VII 100 Schreiben, d. d. 2. März 2010 Sehr geehrte Frau Matschke, Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Zu Ihren Schreiben vom 4. Februar 2010, in dem Sie mich über o. g. Satzung unterrichten, teile ich Ihnen mit, dass das Plangebiet betreffende Planungen des Bildungsministeriums nicht vorliegen. Zugleich möchte ich die Gelegenheit nutzen Ihnen mitzuteilen, dass Planungen auf kommunaler Ebene regelmäßig keine Planungen betreffen, die in meiner Zuständigkeit liegen. Soweit Schul- oder Schulnetzplanungen berührt sind, würde die Wahrung der damit verbundenen öffentlichen Interessen durch Beteiligung der dafür zuständigen Träger gewährleistet. Mit Hochschulpflicht ist innerhalb ihres örtlichen Zuständigkeitsbereiches nicht zu rechnen. Ich gehe auch davon aus, dass der in bodenrechtlichen Planungsverfahren regelmäßig zu beachtende Gehalt des Denkmalschutzes durch die Beteiligung des Landes als unserer Denkmalschutzbehörde ebenso wie durch Beteiligung des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege als Denkmalfachbehörde gewahrt wird. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Margarete Nebben-Klinger Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern Telefon: +49 385 208-7100 Telefax: +49 385 208-7102 http://www.stgmv-regierung.de	Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Belange berührt sind. Zu 2. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass Belange des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur nicht berührt sind. Zu 3. – Die zuständigen Behörden des Landes und der Landkreis Nordwestmecklenburg werden beteiligt.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

Ifd. Nr. II.31	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	352 Wasser- und Bodenverband Stepenitz-Maurine 05/0246 Körperschaft des öffentlichen Rechts Grevesmühlen 23936 Grevesmühlen Vorsitz: 03881/2305 und 71 44 15 Telefax: 03881/71 44 20 E-Mail: WBG-Grevesmuelen@grevesmu.de Stadtrat Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen 04.02.2010 17.02.2010 Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Sehr geehrte Damen und Herren, gegen den o. g. Bebauungsplan äußert der Wasser- und Bodenverband Stepenitz - Maurine keine Bedenken. Im unmittelbaren Bereich des von Ihnen zu beplanenden Baulandes befinden sich keine Gewässer in der Umräumungspflicht des Wasser- und Bodenverbandes Stepenitz - Maurine. Die Ableitung des Oberflächenwassers obliegt nach Absatz 9.5 dem Zweckverband Grevesmühlen. Die natürliche Vorflutverhältnisse bilden der Stadtplan (1716/23), welcher sich als Gewässer zweiter Ordnung in der Umräumungspflicht des WBV befindet. Für die Nutzung von Gewässern zweiter Ordnung zur Ableitung von Abwasser (Stoffentwässerung) ist in Abstimmung mit dem Wasser- und Bodenverband gemäß § 7a des Wasserschutzes (WHS) und § 8 des Landeswassergesetzes (LWdG M-V) eine Einleitungsstelle der zuständigen Wasserbehörde einzuholen. Es ist die hygienische Nachweise zu erbringen, dass die Einleitungsstelle in die natürliche Vorflut dem derzeit existierenden Wasserabfluss der Fläche entspricht. Eine detaillierte Stellungnahme kann durch den WBV erst bei Vorlage der hydraulischen Berechnungen und Einleitestellen erfolgen. Diese Stellungnahme berechtigt nicht zur Ausführung jeglicher Arbeiten ohne Zustimmung der unteren Wasserbehörde des Landes NWM als unsere Genehmigungsbehörde. Mit freundlichen Grüßen <i>[Signature]</i> Andreas Bauer Verbandsingenieur Vorteil: Untere Wasserbehörde beim Landkreis NWM Verbandsingenieur: Uwe Scherfeld Gutachter: Kai Henschel Verbandsingenieur: Kai Henschel Verbandsingenieur: Kai Henschel	Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken bestehen und keine Gewässer in der Unterhaltungspflicht vorhanden sind. Zu 2. – Die Belange der Ableitung anfallenden Oberflächenwassers sind mit dem Zweckverband abzustimmen. Zu 3. – Die Belange sind mit der Unteren Wasserbehörde ohnehin abzustimmen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
II.32	Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern Geschäftsbereich Schwerin Bereich für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern Postfach 10 00 000 Schwerin 23500 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23838 Grevesmühlen Beschäftigte: Steffen Böhm Tel.: 0385 / 100 87338 Fax: 0385 1028-1028-1028-44-665210 FS 109 Schwerin, 19.02.2010 Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB in der Fassung des Europaparlamentsgesetzes Bau (EAG Bau) vom 24.06.2004 Satzung über den vorhabenbezogenen B - Plan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Landkreis: Nordwestmecklenburg Ihr Schreiben vom 04.02.2010, AZ: 6004/Inst. neben Anlagen nach Überprüfung der dem Bezugsschreiben beigefügten Unterlagen teile ich Ihnen mit, dass das geplante Bauprojekt direkt an das Grundstück des Antragstellers anschließt. Die Abstandsflächen sind gemäß Baugesetzbuch und der Landesbauordnung M-V einzuhalten. Ansonsten werden nach dem derzeitigen Kenntnisstand bezüglich der Liegenschaften des Sondervermögens des BBL M-V, GB Schwerin keine weiteren Bedenken erhoben. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich im Planungsbereich forst-, wasser- oder landschaftliche sowie für Naturschutz Zwecke genutzte Landschaften befinden. Für eventuelle Hinweise und Anregungen wird die jeweiligen Ressortverwaltungen, vom § 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Modernisierung der Liegenschaftsverwaltung des Landes M-V sowie des Statuten Hochbau vom 17.12.2001, für die nicht zum Sondervermögen BBL M-V gehörenden Grundstücke zuständig, ich gehe davon aus, dass bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eine Einbindung dieser Fachstellen erfolgt ist. Mit freundlichen Grüßen  Michael Bleyder Leiter des Geschäftsbereiches Geschäftsbereich: Ralf Busch Rathausplatz 1 23838 Grevesmühlen Kommunikation: 130 7002 Geschäftsbereich: 0385 1028-104 Telefon: 0385 100 87338 Telefax: 0385 1028-104 postfach@mgbl-mv.de www.mgbl-mv.de	Zu 1. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Abstandsflächen einzuhalten sind. Dies ist ohnehin nach Landesrecht geregelt. Zu 2. – Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine anderen Belange berührt sind. Zu 3. – Die Ressortverwaltungen sind selbständig zu beteiligen. Die Stadt Grevesmühlen hat die Landgesellschaft beteiligt. Weitere Beteiligungen sind nicht erforderlich.	Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Sitzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag  Jörgen Jürgensen Rechtsinhalte: <i>Nach VDE Teil C und DIN 18299 ist der Bauherr verpflichtet bei den Angaben zur Baustelle auch Angaben zu vermuteten Kampfmitteln im Bereich der Baustelle sowie zu Ergebnissen von Erkundungs- und Befragungsmassnahmen zu machen.</i> Wer Kampfmittel entdeckt, in Besitz hat oder Kenntnis von Lagerstellen derartiger Mittel erhält, ist nach § 5 Kampfmittelverordnung verpflichtet dies unverzüglich den örtlichen Ordnungsbehörden anzuzeigen.		

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss												
II.37	Ordnungsamt Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Freiwillige Feuerwehr Grevesmühlen Langer Stiefschlag 12 23936 Grevesmühlen Datum: 09.03.2010 <table border="1"> <tr> <td>R</td><td>WV</td><td>Einr</td><td>378</td></tr> <tr> <td colspan="4">Stadt Grevesmühlen Eingegangen 11. März 2010</td></tr> <tr> <td>Bgm</td><td>HA</td><td>KA</td><td>DA</td></tr> </table> Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Von Seiten der Freiwilligen Feuerwehr gibt es keine Bedenken in Bezug auf die Löschwasserversorgung, es sind ausreichend Hydranten in der näheren Umgebung vorhanden. Die Zufahrt zum hinteren Bereich der geplanten Bebauung ist gegeben, das Aufstellen der Drehleiter ist auch in diesem Bereich möglich. Mit freundlichen Grüßen 	R	WV	Einr	378	Stadt Grevesmühlen Eingegangen 11. März 2010				Bgm	HA	KA	DA	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Löschwasserbereitstellung gesichert ist. Die Unterlagen werden ergänzt.	Zu berücksichtigen.
R	WV	Einr	378												
Stadt Grevesmühlen Eingegangen 11. März 2010															
Bgm	HA	KA	DA												

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss												
II.38	LANDESLÄNGLERVERBAND MECKLENBURG-VORPOMMERN e.V. – gesetzlich anerkannter Naturschutzverband – Landesjägerschaft M-V e.V. · Datzing 10a · 10000 Rostock Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen II.38 <table border="1"> <tr> <td>R</td> <td>WW</td> <td>LA</td> <td>12.11.2010</td> </tr> <tr> <td colspan="4">Stadt Grevesmühlen Eintragungs-Nr. 25.11.2010</td> </tr> <tr> <td>Bgm</td> <td>HA</td> <td>HA</td> <td></td> </tr> </table> Im Zeichen: Pro Bescheid vom: Unterzeichnet: Datum: 22.02.10 Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen "Wohnbebauung Karl-Marx-Straße" Sehr geehrte Damen und Herren, Im Rahmen der von uns wahrzunehmenden Belange bei den Schutzgütern Wasser, Boden, aquatische Flora und Fauna ergeben sich zur Satzung und der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 33 keine weiteren Hinweise, Anregungen oder Bedenken. Mit freundlichen Grüßen <i>A. Friedrich</i> Horst Friedrich Dipl.-Ing. II.38 Entwicklungs- und Bauverfahren RLA 1403/000 RFG-Nr. 370010303 Präsident Herrn Dr. Karl-Heinz Böhmert Grevesmühlen Am Tiefen Nachricht VHM 118 Grevesmühlen St. Nr. 0007-1101179	R	WW	LA	12.11.2010	Stadt Grevesmühlen Eintragungs-Nr. 25.11.2010				Bgm	HA	HA		Zu I. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Belange berührt sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.
R	WW	LA	12.11.2010												
Stadt Grevesmühlen Eintragungs-Nr. 25.11.2010															
Bgm	HA	HA													

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss													
II.39	II.39 Herrmann Wittig 19055 Schwerin, am 05.03.2010 Klein Madewege 1 Tel.0385/4781441 <table><tr><td>R</td><td>WV</td><td>Einl.</td><td>3 1/2</td></tr><tr><td colspan="4">Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Rudhausplatz 1 08. März 2010 23936 Grevesmühlen</td></tr><tr><td>Bgm</td><td>HA</td><td>KA</td><td>BA</td><td>OA</td></tr></table> Betr.: Satzung zum Bebauungsplan Nr.33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marxstraße“ Ihr Schreiben vom 04.02.2010 Vorentwurf Sehr geehrte Frau Matschke, die Unterlagen zum o.g. Vorhaben haben wir im Namen des Kreisjagdverbandes im Landesjagdverband M – V dankend erhalten. Da es sich um ein innerstädtisches Vorhaben handelt. Sind nach den vorliegenden Unterlagen keine jeglichen Einschränkungen sowie größere Störungen im Bereich des Naturschutzes zu erwarten. Mit freundlichen Grüßen Im Namen des Kreisjagdverbandes Nordwestmecklenburg 	R	WV	Einl.	3 1/2	Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Rudhausplatz 1 08. März 2010 23936 Grevesmühlen				Bgm	HA	KA	BA	OA	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Belange berührt sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.
R	WV	Einl.	3 1/2													
Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Rudhausplatz 1 08. März 2010 23936 Grevesmühlen																
Bgm	HA	KA	BA	OA												

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
III.1 a	Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister  Zugleich Vorstellungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land und seinen Gemeinden: Eckern, Börsen, Chaheln, Hantschen, Kollentin, Pörschen, Roggenstorf, Rütz, Tschiersdorf, Upen, Vanger Für die Gemeinde Hantschen Durch: Oberverwaltungs-Planungsstelle 4-2003 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23536 Grevesmühlen Zustand: 2.1.10 Nr. 2: 10.000 Eschwege: Friesch, Wiethe Dauverheit: 2011/2012 (10) E-Mail-Adresse: info@grevesmuehlen.de Internet-Adresse: www.grevesmuehlen.de Ansprechpartner: Udo Jäh Datum: 08.02.2010 Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2(2) BauGB zum Vorentwurf Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Hantschen bestehen keine Anregungen zu den o. g. Planungsabsichten der Stadt Grevesmühlen. Wahzunehmende nachbarschaftliche Belange werden durch die Planung nicht berührt. Mit freundlichem Gruß <i>J. Ditz</i> J. Ditz Bürgermeister Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen bestehen. Zur Kenntnis zu nehmen. Telefon: 0394/725-0 Fax: 0394/725-111 E-Mail: info@grevesmuehlen.de Internet: www.grevesmuehlen.de Öffnungszeiten: Mo-Fr: 9.00-17.00 Uhr Di-Mi: 9.00-12.00 Uhr Do: 9.00-12.00 Uhr Sa: 10.00-12.00 Uhr Son: 10.00-12.00 Uhr Bankverbindung: Sparkasse Rostock Kontokorrent-Konto BLZ 25120330 IBAN 100 000 000 000 000 000 000 PLZ 140 510 00 130 610 78 130 610 78 130 610 00		

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
III.1 b	Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Zylich Weg 10 Grevesmühlen 17239 Tel.: 03941 1723-0 Fax: 03941 1723-113 E-Mail: info@grevesmuehlen.de Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnabsiedlung Karl-Marx-Straße“ hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2(2) BauGB zum Voranwurf Sehr geehrte Damen und Herren, Von Seiten der Gemeinde Barmstedt bestehen keine Anregungen zu den o. g. Planungsabteilungen der Stadt Grevesmühlen. Wahrungnehmende nachbarschaftliche Beziehungen werden durch die Planung nicht berührt. Mit freundlichem Gruß J. Ditz Bürgermeister  Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23935 Grevesmühlen Bauamt Zentrum 2.1.10 Haus 2 Friedrichstraße 1 Grevesmühlen 17239 Tel.: 03941 1723-113 Fax: 03941 1723-113 E-Mail: info@grevesmuehlen.de Abschick: 0394/1723 Datum: 06.02.2010	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.

Ifd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
III.1 c	Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Zugleich Verordnungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land und das Gemeindegebiet: Bornow, Gagerow, Hagenow, Malsdorf, Möbendorf, Pörschendorf, Rühlowitz, Tietzenhagen, Uperow, Vitzdorf Für die Gemeinde Bornow Stellen: Grevesmühlen + Rühlowitz 1 + 2 (Stille Grevesmühlen) Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Zentrale: 21.116 Fax: 21.116 E-Mail: info@stadt-grevesmuehlen.de Telefon: 0381 1725-111 Telefax: 0381 1725-112 E-Mail-Adresse: info@stadt-grevesmuehlen.de Internet-Adresse: www.stadt-grevesmuehlen.de Telefax: 0381 1725-112 Telefon: 0381 1725-111 Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2(2) BauGB zum Vorentwurf Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Bornow bestehen keine Anregungen zu den o. g. Planungsabsichten der Stadt Grevesmühlen. Wahrungsberechtigende nachbarschaftliche Belange werden durch die Planung nicht berührt. Mit freundlichen Grüßen J. Dietz Bürgermeister	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen bestehen. Zur Kenntnis zu nehmen.	

Ifd. Nr. III.1 d	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Zugleich Verwaltungsjahr für das Amt Grevesmühlen-Land mit dem Gemeinderat: Bürgermeister: Ralf A. Tietzschmann, Ute H. Wernow Rathausplatz 1, 23556 Grevesmühlen Für die Gemeinde Warnow  Brief: Grevesmühlen • Rathausplatz 1 • 23556 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23556 Grevesmühlen Zentrum: 23510 Haus 2: Rathausplatz 1 Es versteht sich: Frau D. Leitzke Durchwahl: 0385 47723-410 E-Mail-Adresse: info@grevesmuehlen.de Internet-Adresse: www.grevesmuehlen.de Alternativ: 0385 47723-410 Datum: 10.02.2010 Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2(2) BauGB zum Voranwurf Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Warnow bestehen keine Anregungen zu den o. g. Planungsabsichten der Stadt Grevesmühlen. Wahrzunehmende rechtsstaatliche Belange werden durch die Planung nicht berührt. Mit freundlichem Gruß J. Ditz Bürgermeister	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.

Ifd. Nr. III.1 e	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	 Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Zugleich Vertretungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land auf den Qualitätszirkeln Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel, Kultur, Sport, Jugend, Soziales, Umwelt, Regenwasser, Wärme, Trinkwasser, Luft, Verkehr Für die Gemeinde Plüschow Brief: Grevesmühlener Rathausplatz 1 • 23938 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23938 Grevesmühlen Telefon: 0381/723-0 Fax: 0381/723-111 E-Mail: info@grevesmuehlen.de Telefon: 0381/723-111 Fax: 0381/723-111 E-Mail: info@grevesmuehlen.de Telefon: 0381/723-111 Fax: 0381/723-111 E-Mail: info@grevesmuehlen.de	Satzung über den Vorhabenbezogenen Baugebietplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karthaus-Straße“ hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2(2) BauGB zum Vorentwurf Sehr geehrte Damen und Herren, Ihre o.g. Planungsarbeiten wurden in der Gemeindevertretung am 05.04.2010 behandelt. Danach bestehen von Seiten der Gemeinde Plüschow keine Anregungen zum Vorentwurf des Vorhabenbezogenen Baugebietplanes Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen. Weiterzulebende nachbarschaftliche Belange werden durch die Planung der Stadt Grevesmühlen nicht berührt. Mit freundlichem Gruß <i>J. Ditz</i> J. Ditz Bürgermeister	Zu 1. Die Stadt Grevesmühlen nimmt zur Kenntnis, dass die Gemeinde Plüschow keine Anregungen oder Stellungnahmen vorzutragen hat. Zur Kenntnis zu nehmen.

Ifd. Nr. III.1 f	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Zugleich Verwaltungsbereich für die Amt Grevesmühlen und der Gemeinden: Bützow, Finkenwerder, Lüssow, Ralswiek, Rostock, Torgelow, Torgelow- Koggenhöfen, Torgelow, Torgelow-Strand, Torgelow, Torgelow Für die Gemeinde Upahl Platz: Grevesmühlen - Wismar 1 + 2000 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23536 Grevesmühlen Zentrale: 2 1 10 Hess 2: 10 10 10 Es schreibt: Frau D. Meckow Dienstwahl: 03301/725-100 E-Mail-Adresse: info@grevesmuehlen.de Internet: www.grevesmuehlen.de Adressen: 03301/725-100 Datum: 09.02.2010 Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbauzone Karl-Marx-Straße“ hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2(2) BauGB zum Vorentwurf Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Upahl bestehen keine Anregungen zu den o. g. Planungs- abteilungen der Stadt Grevesmühlen. Wahrungnehmende nachbarschaftliche Belange werden durch die Planung nicht berührt. Mit freundlichem Gruß <i>J. Ditz</i> J. Ditz Bürgermeister	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.

Ifd. Nr. III.1	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
III.1	 Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Zugelassen Verordnungsgeberin ist das Amt Grevesmühlen-Land mit dem Geschäftssitz: Hauptstraße 1, 17220 Grevesmühlen, Meckl.-Vorpomm., Postfach 1, 17220 Grevesmühlen, Meckl.-Vorpomm., Telefon 03931/722-111, Telefax 03931/722-111, E-Mail: info@grevesmuehlen.de Wahl-Gemeinderat - Zusammensetzung 1. Stimmbezirk Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23958 Grevesmühlen Wahl-Gemeinderat Wahl-Gemeinderat Hauptstraße 1 23958 Grevesmühlen Wahl-Gemeinderat Wahl-Gemeinderat Hauptstraße 1 23958 Grevesmühlen Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2(2) BauGB zum Vorentwurf Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Giegelow bittichen keine Anregungen zu den o. g. Planungsabsichten der Stadt Grevesmühlen. Weiterzunehmende nachbarschaftliche Belange werden durch die Planung nicht berührt. Mit freundlichen Grüßen <i>J. Ditz</i> Bürgermeister Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen bestehen. Zur Kenntnis zu nehmen.		

Fol. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
III.2 b	Absender Amr Klützer Winkel Lepensiedler Schloßstraße 1 23948 Klützer ☐ / Fax Einschlag Postfach 23936 Garschütz Rothausplatz 1 23936 Garschütz Unterzeichnen Amr Klützer Winkel Thema: 3-Plan Nr. 33 ☐ Grundstück ☐ Veräußerung ☐ Veräußerung ☐ Veräußerung Beauftragte ☐ Veräußerung ☐ Veräußerung ☐ Veräußerung Beauftragte ☐ Veräußerung ☐ Veräußerung ☐ Veräußerung Beschluss Die Gemeindevertretung der Gemeinde Hohenkirchen beschließt, dass keine Bedenken vorgetragen werden. Zur Kenntnis zu nehmen.	Beschluss Die Gemeindevertretung der Gemeinde Hohenkirchen beschließt, dass keine Bedenken vorgetragen werden. Zur Kenntnis zu nehmen.	Beschluss Die Gemeindevertretung der Gemeinde Hohenkirchen beschließt, dass keine Bedenken vorgetragen werden. Zur Kenntnis zu nehmen.

Anlage zum Beschluss _____ 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
IV.1	353 Kerstin Gruhn Bahnhofstr. 10 23936 Grevesmühlen Postleitzahl: 23936 Grevesmühlen, 16. 12. 2009 Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Bauamt Frau Matschke Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Datum und Unterschrift: 10. Februar 2010 Vorhabenbezogener B-Plan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ Sehr geehrte Frau Matschke, als Eigentümer der Flurstücke 80 und 83 der Flur 5 der Gemarkung Grevesmühlen betrifft mich o.g. Vorhaben als Anwohner unmittelbar. Gegenwärtig wird mein Grundstück im Süden durch die Philippsallee (Gartenanlage) begrenzt. Diese soll laut Planung abgetrennt werden. Somit wäre mein Grundstück nach Süden hin offen. Wer ist dann für die Grundstückssicherung verantwortlich? Wann erfolgt die Grenzfestlegung? Wie soll die neue Grenzbebauung aussehen? Sollten dies Baugrundgutachten, welches für den Bau der beabsichtigten Tiefgarage erforderlich sein wird, eine Grundwasserabsenkung begründet, ist natürlich auch mit erheblichen Erschütterungen zu rechnen. Über das Einleiten eines Bewässerungsverfahrens sollte man sich dann im Vorfeld verständigen. Aufgrund der Komplexität des Vorhabens wünsche ich ein Anwohnersprech oder besser eine öffentliche Abstimmungsveranstaltung mit dem Vorhabenträger und Planungsbüro. Mit freundlichem Gruß K. Gruhn Seiten 1 von 1 Datum: 10. Februar 2010 Uhrzeit: 10:00:00	Zu 1. – Die Belange zur Grenzregelung werden zur Kenntnis genommen. Es handelt sich hier nicht um bauleitplanerische, sondern um privatrechtliche Belange. Diese privatrechtlichen Belange sind unabhängig vom Bauleitplanverfahren auf privater Ebene zu klären. Zu 2. – Der Hinweis über das Beweisicherungsverfahren wird zur Kenntnis genommen. Dies wird den Vorhabenträgern entsprechend übermittelt. Zu 3. – Im Rahmen von Aufstellungsverfahren sind Abstimmungen im Bauausschuss und in der Stadtvertretung üblich. Die Teilnahme steht jedem offen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

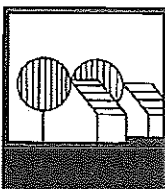
lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss																						
IV.2	Fam Kobialka Balkenhofstr. 8 23936 Giesenmühle Stadt Giesenmühle Der Bürgermeister Benannt Frau Matschke Rathausplatz 1 23936 Giesenmühle 01.03.2010 Vorhaben bezogener B-Plan Nr. 33 der Stadt Giesenmühle "Wohnbebauung Kurt-Mark-Strasse" Sehr geehrte Frau Matschke als Eigentümer des Grundstückes 8A der Flur 5 der Gemarkung Giesenmühle betrifft uns o.g. Vorhaben. Durch die geplante Errichtung des Philipps-Land- und durch den Bau des geplanten Tiefgarage-Komplexes in Giesenmühle werden somit Folgeschäden an umstritten Wohn- u. Nebengebäude dabei entstehen wie vorab im klärenden Anwohnergipfel. Hart Philipp-Land Gips J. Kobialka	IV.2 <table><tr><td>R</td><td>WV</td><td>Ent</td><td>Stb</td></tr><tr><td colspan="4">Stell. angenommen</td></tr><tr><td colspan="4">02. März 2010</td></tr></table> <table><tr><td>Bgm</td><td>HA</td><td>KA</td><td>OA</td><td>OA</td></tr><tr><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>	R	WV	Ent	Stb	Stell. angenommen				02. März 2010				Bgm	HA	KA	OA	OA						Zu 1. Die Hinweise werden dem Vorhabenträger bezüglich eines Beweissicherungsverfahrens mitgeteilt. Dies ist kein bauleitplanerischer Belang. Zur Kenntnis zu nehmen.
R	WV	Ent	Stb																						
Stell. angenommen																									
02. März 2010																									
Bgm	HA	KA	OA	OA																					

Anlage zum Beschluss 2010 – Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen „Wohnbebauung Karl-Marx-Straße“ in Grevesmühlen
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Vorentwurf

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss												
IV.3	Bordow, Adolf 27. Am Kapellenberg 56 23936 Grevesmühlen 16.03.2010 Freitag, Strafe 7 23936 Grevesmühlen Betreff: Bebauungsplan Nr. 33 Grundsätzlich ist eine Neugestaltung der Karl-Marx-Straße u. dem ehemaligen "Diamant" positiv zu sehen. Fraglich ist aber, ob die geplanten Gebäude in das Stadtbild passen. Mit einer Höhe von über 9,00m wird hier eine, aus meiner Sicht, überdimensionierte Bauweise angestrebt. Daraus wird sich zwangsläufig eine erhöhte Dürbung auf alle anderen Gebäude in der Karl-Marx-Straße und der Freytagstraße ergeben. Hier gilt es zu überlegen, ob nicht eine geringere Bauhöhe, auf Kosten von einigen wenigen Wohneinheiten, empfohlen werden sollte. A. Bordow	Grevesmühlen, den 02.03.01 IV, 3 <table><tr><td>WV</td><td>Ein</td><td>372</td></tr><tr><td colspan="3">Stadt Grevesmühlen Eingegangen 02. März 2010</td></tr><tr><td>Bgm</td><td>HA</td><td>KA</td></tr><tr><td></td><td>BA</td><td>OA</td></tr></table> Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Bebauung wird unter Berücksichtigung der Stadteinlage als geeignet angesehen, diesen Standort zu entwickeln. Es ist eine Bebauung, die sich an die höhenmäßige Ausnutzung des Amtsgerichtes anlehnt. Zweigeschossige Gebäude mit Steildach sind im Bereich bereits vorhanden. Insofern wird die Bebauung nicht als überdimensioniert angesehen. Im Zuge der Abwägung der Aufrechterhaltung des Konzeptes zugestimmt. Die Realisierung gemäß Konzept wird aus Sicht der Stadt Grevesmühlen begrüßt. Der Umgestaltung des Bereiches mit dem Ziel Betreute Wohnungen zu entwickeln, die zentrumsnah sind und dem Ziel, den Standort umzubauen, wird Vorrang gegenüber den anderen Interessen eingeräumt. Unzumutbare Beeinträchtigungen werden nicht gesehen.	WV	Ein	372	Stadt Grevesmühlen Eingegangen 02. März 2010			Bgm	HA	KA		BA	OA	Nicht zu berücksichtigen.
WV	Ein	372													
Stadt Grevesmühlen Eingegangen 02. März 2010															
Bgm	HA	KA													
	BA	OA													

SATZUNG

ÜBER DEN VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN NR. 33 DER STADT GREVESMÜHLEN "WOHNBEBAUUNG KARL-MARX-STRASSE"



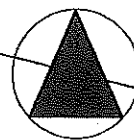
Planungsbüro Mahnel

Rudolf-Breitscheid-Straße 11 Tel. 03881/7105-0
23936 Grevesmühlen Fax 03881/7105-50

Planungsstand:

ENTWURF

Bahnhofstr.



M 1 : 500

Flur 5

Parkstraße

Vermutlicher Verlauf von Leitungen
der Stadtwerke Grevesmühlen GmbH

Vermutlicher Verlauf von Leitungen
des Zweckverbandes Grevesmühlen

Vermutlicher Verlauf von Leitungen
der Gasnetz Grevesmühlen GmbH

Vermutlicher Verlauf von
Leitungen der Stadtwerk
Grevesmühlen GmbH

GFL-R zug. Anlieger, Ver- und Entsorger
(Zweckverband, Stadtwerke, Telekom
und Abfallwirtschaftsbetriebe)

Stützmauer

Freitag-Str.

GFL-R zug. Anlieger, Ver- und Entsorger
(Zweckverband, Stadtwerke, Telekom
und Abfallwirtschaftsbetriebe)

Vermutlicher Verlauf von Leitungen
der Stadtwerke Grevesmühlen GmbH

Vermutlicher Verlauf von Leitungen
der Gasnetz Grevesmühlen GmbH

B

A

B

WA

B

A

B

Bah

PLANZEICHENERKLÄRUNG

I. FESTSETZUNGEN

Planzeichen

Erläuterung

DIE FÜR DIE BEBAUUNG VORGESEHENEN FLÄCHEN NACH
DER BESONDEREN ART DER BAULICHEN NUTZUNG

Rechtsgrundlagen

Par. 9 (1) 1 BauGB



Allgemeinde Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

MAß DER BAULICHEN NUTZUNG

Par. 9 (1) 1 BauGB

Par. 16 BauNVO

GRZ 0,35

Grundflächenzahl, als Höchstmaß (z.B. 0,35)

III

Zahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß

OK_A 1.0G = 6,60m

Oberkante Attika 1. Obergeschoss, als Höchstmaß

OK_A STG = 9,20m

Oberkante Attika Staffelgeschoss, als Höchstmaß

OK_A = 9,20m

Oberkante Attika des Gebäudes, als Höchstmaß

BAUWEISE

Par. 9 (1) 2 BauGB

Par. 22 und 23 BauNVO

o

Offene Bauweise

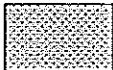


Baugrenze

VERKEHRSFLÄCHEN

Par. 9 (1) 11 BauGB

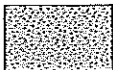
Par. 9 (6) BauGB



Straßenverkehrsfläche



Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung



Straßenbegleitgrün



Straßenflächen besonderer Zweckbestimmung



Öffentliche Parkplätze

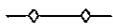


Fußgängerbereich

HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSER LEITUNGEN

Par. 9 (1) 13 BauGB

Par. 9 (6) BauGB

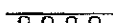


Vermutlicher Verlauf von Leitungen,
unterirdisch

ANPFLANZUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN SOWIE BINDUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, UND STRÄUCHERN

Par. 9 (1) 25 BauGB

Par. 9 (6) BauGB



Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen,
Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Par. 9 (1) 25a BauGB

Par. 9 (6) BauGB

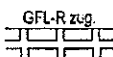


Anpflanzgebot für Bäume



Erhaltungsgebot für Bäume

SONSTIGE PLANZEICHEN



Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende
Flächen

Par. 9 (1) 24 BauGB



Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen und Gemeinschaftsstellplätze

Par. 9 (1) 4, 22 BauGB

Stellplätze

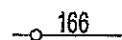
Tiefgarage

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 33 der Stadt Grevesmühlen

Par. 9 (7) BauGB

Müllbehälter-Sammelstandort, Bereitstellung am Entsorgungstag

II. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER



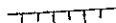
Flurstücksgrenze, Flurstücksnummer



vorhandene Gebäude



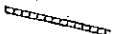
vorhandener Zaun



vorhandene Böschung



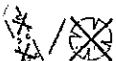
vorhandene Gehölze / Bäume



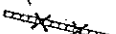
vorhandene Mauer

x 33,51

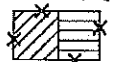
Höhenangaben in Meter über HN



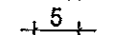
künftig entfallende Darstellungen, z.B. Gehölze / Bäume



künftig entfallende Darstellungen, z.B. Mauer



künftig entfallende Darstellungen, z.B. Gebäude



Bemaßung in Metern

FD

Flachdach (FD)



Stützmauer (1,50m)



Baugebiet / Baukörper im Bereich für betreutes Wohnen



Baugebiet / Baukörper im Bereich für Wohnungen in Stadtvillen

Erläuterung der Nutzungsschablone

WA A
WA Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)
III
o
0,35
OK _{A 1.OG} = 6,60m
OK _{A STG} = 9,20m
OK _A = 9,20m
Bezugspunkt 36,00 m ü HN
FD

Baugebiet
Art der baulichen Nutzung
Geschossigkeit
offene Bauweise
GRZ Grundflächenzahl
Oberkante Attika 1. Obergeschoss
Oberkante Attika Staffelgeschoss
Oberkante Attika des Gebäudes
Bezugspunkt
Flachdach

TEIL B - TEXT

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN ZUR SATZUNG ÜBER DEN VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN NR. 33 DER STADT GREVESMÜHLEN FÜR DAS GEBIET „WOHNBEBAUUNG AN DER KARL-MARX-STRASSE“ (§ 9 Abs. 1 und 2 BauGB)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Gemäß § 12 Abs. 3a BauGB wird in Anwendung des § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt, dass im Rahmen des festgesetzten Allgemeinen Wohngebietes gemäß § 4 BauNVO nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet. Änderungen des Durchführungsvertrages oder der Abschluss eines neuen Durchführungsvertrages sind zulässig.

Im Allgemeinen Wohngebiet sind die Nutzungen nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO sowie nach § 4 Abs. 3 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und deshalb nicht zulässig.

2. BAUWEISE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Für die Flächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird die offene Bauweise festgesetzt.

3. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt. Für Balkone und Terrassen darf die festgesetzte Baugrenze überschritten werden.

4. GARAGEN, ÜBERDACHTE STELLPLÄTZE UND NEBENANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

Nebenanlagen sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Dabei gelten die §§ 14 Abs. 1 und 2 und 23 Abs. 5 BauNVO.

Kleine Windenergieanlagen, die die Bedeutung einer Nebenanlage nicht überschreiten, sind innerhalb des Plangebietes unzulässig.

Garagen und überdachte Stellplätze sind innerhalb des Plangebietes unzulässig. Stellplätze sind innerhalb des Gebietes nur in den dafür festgesetzten Bereichen als offene Stellplätze zulässig. Die als Tiefgarage umgrenzte Fläche darf unterbaut werden.

5. HÖHENLAGE (§ 9 Abs. 2 BauGB)

Die konstruktive Sockelhöhe darf eine Höhe von 0,30 m über dem Bezugspunkt nicht überschreiten. Der Erdgeschossfußboden (Rohbau) darf jedoch auch nicht unter dem Bezugspunkt liegen. Das Maß der Sockelhöhe bezieht sich auf den vertikalen Abstand zwischen der Erdgeschossfußbodenoberkante (Rohbau) und dem Bezugspunkt. Die

Sockelhöhe ist der Schnittpunkt von Oberkante Erdgeschossfußboden (Rohbau) und aufstrebendem Mauerwerk.

Als Bezugspunkt bei Höhenangaben wird die Fahrbahnoberkante der Anliegerstraße in Flucht zur straßenseitigen Gebäudefrontmitte festgesetzt.

Als Traufhöhe wird die Höhe der äußeren Schnittkante der Außenwand des aufgehenden Mauerwerks mit der Dachaußenhaut bezeichnet. Die Oberkante des Gebäudes stimmt mit der Oberkante der Attika überein. Die Oberkante ist der höchste Punkt eines Gebäudes. Es ist der höchste Punkt der Attika.

6. SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN IM SINNE DES BUNDES-IMMISSIONSSCHUTZGESETZES UNTER BEZUG AUF § 9 ABS. 1 NR. 24 UND ABS. 6 BAUGB

Schornsteine sind nach VDI 3781 an Dächern mit Neigungen größer 20° in der Nähe des Firstes (oberes Drittel) hochzuführen und müssen diesen mindestens um 40 cm überragen. Die Mündungen der Schornsteine müssen umgebungsbedingt mindestens 1 m höher sein als die Oberkanten der höchsten Nachbarfenster, die sich im Einwirkungsbereich (15 m) des Schornsteines befinden.

II. FESTSETZUNGEN ÜBER DIE ÄUSSERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 84 LBauO M-V)

Die Festsetzungen über die Gestaltung baulicher Anlagen werden erst zu dem Entwurfsbeschluss für das Verfahren nach § 3 Abs. 2 BauGB ergänzt. Zunächst werden allgemeine Festsetzungen getroffen:

1. DÄCHER

Unzulässig sind glasierte Dachziegel.

2. AUSSENWÄNDE

Zur Gestaltung der Außenwände nicht zulässig sind:

- hochglänzende Baustoffe (z.B. Edelstahl, emaillierte Elemente, einschließlich Fliesen oder ähnliches)
- kleinteiligere Baustoffe als dünnformatige Ziegel bei Verblendmauerwerk.

Außenwände aus Blockbohlen (Blockbohlenhäuser) sind unzulässig.

3. EINFRIEDUNGEN

Einfriedungen von Grundstücken zur Erschließungsstraße hin sind zulässig, wenn sie mit einer maximalen Höhe von 1,20 m bezogen auf die Höhe der zugehörigen Erschließungsfläche hergestellt werden.

4. ABFALLBEHÄLTER

Innerhalb des Geltungsbereiches sind Abfallbehälter auf dem eigenen Grundstück unterzubringen. Mülltonnenstandplätze sind durch Anordnung, Materialwahl und Farbgebung in die Gestaltung von Gebäuden, Einfriedungen oder Bepflanzungen einzubeziehen. Dies gilt auch für Sammelstandorte für Abfallbehälter.

5. BEFESTIGUNG VON FLÄCHEN AUF PRIVATEN GRUNDSTÜCKEN

Die Befestigung von privaten Stellplätzen und deren Zufahrt ist mit wasserdurchlässigen Materialien und/oder Rasengittersteinen und/oder großfugig verlegtem Steinpflaster ohne Fugenverguss zu gestalten. Ein wasserundurchlässiger Unterbau ist nicht zulässig. Für Garagen gilt diese Festsetzung nicht.

6. FESTSETZUNG ZU BUßGELDERN

Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die gesetzlichen Festsetzungen II.1 bis II.5 verstößt, handelt rechtswidrig im Sinne des § 84 Abs. 1 Nr. 1 LBauO M-V und kann mit Bußgeld geahndet werden.

III. ANPFLANZUNGEN UND ERHALTUNGEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN; GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Nr. 20 BauGB i. V. m. Nr. 25 BauGB)

1. ANPFLANZUNGEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

Für Anpflanzungen sind ausschließlich heimische standortgerechte Gehölze gemäß Pflanzliste in folgenden Pflanzqualitäten zu verwenden:

Bäume 2. Ordnung- Heister, Höhe 175/200 cm.
oder Hochstamm, 3xv, Stammumfang 18-20 cm.
Obstbäume- Hochstamm, 3xv, Stammumfang 10-12 cm.

Bäume 2. Ordnung Feld-Ahorn (*Acer campestre*),
Hain-Buche (*Carpinus betulus*),
Eberesche (*Sorbus aucuparia*),
Linden in Sorten (*Tilia cordata* „Rancho“ oder gleichwertig).

Obstbäume, alter Sorten
Apfel (*Malus*), z.B. „Gravensteiner“, „Prinzenapfel“,
Birne (*Pyrus*), z.B. „Augustbirne“, „Graf Moltke“,
Kirsche (*Prunus*), z.B. „Morellenfeuer“, „Kassens Frühe
Herzkirsche“.

Sträucher
Eingrifflicher / Zweigrifflicher Weissdorn (*Crataegus monogyna* / *C. laevigata*), Hasel (*Corylus avellana*), Schlehe (*Prunus spinosa*),
Roter Hartriegel (*Cornus sanguinea*), Rote Heckenkirsche
(*Lonicera xylosteum*), Strauch-Rosen in Arten (*Rosa* ssp.), Rain-
Weide (*Ligustrum vulgare*), Gewöhnlicher Schneeball (*Viburnum
opulus*), Strauch-Weiden in Arten (*Salix* ssp.).

2. BUSSGELDVORSCHRIFT

Zu widerhandlungen gegen die Festsetzungen des Bebauungsplanes in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB für festgesetzte Flächen für Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern werden durch Bußgeld geahndet. Wer der Festlegung zuwider handelt, wird

gemäß § 213 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 BauGB mit einer Geldbuße bis zu 10.000 € geahndet.

IV. HINWEISE (§ 9 Abs. 6 BauGB)

1. VERHALTEN BEI BODENDENKMALFUNDEN

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG M-V die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege oder dessen Vertreter in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

2. ANZEIGE DES BAUBEGINNS BEI ERDARBEITEN

/ Der Beginn der Erdarbeiten ist der unteren Denkmalschutzbehörde spätestens zwei Wochen vor Termin schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, dass Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein können und eventuell auftretende Funde gemäß § 11 DSchG Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich bergen und dokumentieren können. Dadurch werden Verzögerungen der Baumaßnahmen vermieden (vgl. § 11 Abs.3 DSchG M-V).

3. VERHALTENSWEISE BEI UNNATÜRLICHEN VERFÄRBUNGEN BZW. GERÜCHEN DES BODENS

Sollten während der Erdarbeiten/ Auffälligkeiten, wie unnatürliche Verfärbungen bzw. Gerüche des Bodens auftreten oder Altablagerungen (Hausmüll, gewerbliche Abfälle etc.) angetroffen werden, ist der Landrat als zuständige Behörde zu informieren. Grundstücksbesitzer sind als Abfallbesitzer zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubs oder Bauabfalls nach § 11 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz verpflichtet. Er unterliegt der Nachweispflicht nach § 42 KrW-/AbfG. Diese Abfälle dürfen nicht zu erneuten Bodenverfüllung genutzt werden. Die Anforderungen des Bundesbodenschutzgesetzes sind zu beachten.

4. MUNITIONSFUNDE

Sollten bei Erdarbeiten und sonstigen Bauarbeiten kampfmittelverdächtige Gegenstände oder Munition aufgefunden werden, ist aus Sicherheitsgründen die Arbeit an der Fundstelle und der unmittelbaren Umgebung sofort einzustellen und der Munitionsbergungsdienst zu benachrichtigen. Nötigenfalls sind die Polizei und gegebenenfalls die örtliche Ordnungsbehörde heranzuziehen.

Wer Kampfmittel entdeckt, in Besitz hat oder Kenntnis von Lagerstellen derartiger Mittel erhält, ist nach § 5 Kampfmittelverordnung verpflichtet dies unverzüglich den örtlichen Ordnungsbehörden anzuzeigen.

5. ZEITRAUM UND KOSTENZUTEILUNG FÜR DIE REALISIERUNG VON BEGRÜNUNGSMAßNAHMEN

Die Durchführung von Begrünungsmaßnahmen wird im Durchführungsvertrag geregelt. Die Pflanzmaßnahmen sind innerhalb der Pflanzperiode nach Fertigstellung der Erschließungsanlagen im jeweiligen Bauabschnitt vorzunehmen.

6. ABFALL UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

Alle Baumaßnahmen sind so vorzubereiten und durchzuführen, dass von den Baustellen als auch von den fertiggestellten Objekten eine vollständige und geordnete Abfallentsorgung entsprechend der Abfallsatzung des Landkreises erfolgen kann. Der Grundstücksbesitzer ist als Abfallbesitzer nach §§ 10 und 11 KrW-/AbfG zur ordnungsgemäßen Entsorgung belasteten Bodenaushubs verpflichtet. Abfälle (verunreinigter Erdaushub bzw. Bauschutt), die nicht verwertet werden können, sind entsprechend §§ 10 und 11 KrW-/AbfG durch einen zugelassenen Beförderer in einer Abfallbeseitigungsanlage zu entsorgen. Unbelastete Bauabfälle dürfen gemäß § 18 AbfAlG M-V nicht auf Deponien abgelagert werden. Sie sind wieder zu verwerten.

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: VO/12SV/2010-042				
Federführender Geschäftsbereich: Bauamt	Status: öffentlich Aktenzeichen: Datum: 27.05.2010 Verfasser: Herpich, Cornelia				
Beschluss einer außerplanmäßigen Ausgabe auf der Haushaltsstelle 0397 0000					
Beratungsfolge:					
Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
01.06.2010	Hauptausschuss				

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 30.000 Euro für die Maßnahme Ankauf Allgemeines Grundvermögen, Konto 0397 0000 030.

Die Deckung erfolgt aus der Maßnahme Ankauf Flächen neben dem ehemaligen Jugendclub, Konto 0293 0000 036.

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Sachverhalt:

Der Hauptausschuss hat am 23.02.2010 beschlossen, dass die Stadt Grevesmühlen an der Wiederversteigerung für das Flurstück 955/3, Flur 6, Gemarkung Grevesmühlen bis maximal zur Höhe des Verkehrswertes von 30.000 Euro teilnimmt, Beschluss-Nr. VO/12SV/2010-017. Diese zusätzliche Ausgabe sollte zunächst aus dem Konto 0299 0000 030 - Ankauf allg. Grundvermögen - erfolgen. In der Abwicklung musste festgestellt werden, dass dies so nicht möglich ist, da das Konto infolge interner Abstimmungsmängel nicht beplant wurde. Insofern ist der Beschluss einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 30.000 Euro für die Investitionsmaßnahme Ankauf allgemeinen Grundvermögens, Konto (neu) 0397 0000 030 erforderlich. Die Deckung erfolgt aus der Maßnahme Ankauf Flächen neben dem ehemaligen Jugendclub, Konto 0293 0000 036. Dies ist möglich, da derzeit nicht davon ausgegangen werden kann, dass das Geld in diesem Jahr eingesetzt werden muss.

Finanzielle Auswirkungen:**Anlage/n:**